

# *Vorbericht*

*und*

# *Sonstige Anlagen*

*zum Haushaltsplan*

# *2012*



– Entwurf –

**LWL**

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

**Entwurf**

**Vorbericht**

und

**Sonstige Anlagen**

zum Haushaltsplan

**2012**

## Inhaltsverzeichnis

### A Vorbericht zum Haushaltsplan-Entwurf 2012

<b>1</b>	<b>Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2012</b>	<b>1</b>
<b>1.1</b>	<b>Vorbemerkungen zum Haushaltsplanentwurf 2012</b>	<b>1</b>
1.1.1	Jahresabschluss 2010	1
1.1.2	Haushaltsabwicklung 2011	1
1.1.3	Haushaltskonsolidierungsprogramm	2
<b>1.2</b>	<b>Gesamtüberblick 2012</b>	<b>2</b>
<b>1.3</b>	<b>Ergebnisplan 2012</b>	<b>5</b>
1.3.1	Erträge und Aufwendungen des Ergebnisplanes	5
1.3.2	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	9
1.3.2.1	Dezernatsspezifische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr	9
1.3.2.2	Stellenplanentwurf 2012, Personal- und Versorgungsaufwendungen	17
<b>1.4</b>	<b>Finanzplan 2012</b>	<b>22</b>
1.4.1	Gegenüberstellung von Ergebnis- und Finanzplan	22
1.4.2	Investitionstätigkeit	25
1.4.3	Finanzierungstätigkeit	25
<b>1.5</b>	<b>Schwerpunkte des LWL-Haushaltes</b>	<b>26</b>
1.5.1	LWL-Direktor	26
1.5.2	LWL-Dezernat Erster Landesrat	28
1.5.3	LWL-Jugenddezernat	31
1.5.4	LWL-Sozialdezernat	36
1.5.5	LWL-Krankenhausdezernat	44
1.5.6	LWL-Kulturdezernat	47
<b>2</b>	<b>Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2013 bis 2015</b>	<b>49</b>

<b>3</b>	<b>Übersicht über alle vom LWL bewirtschafteten Mittel</b>	<b>50</b>
3.1	Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (Sondervermögen des LWL)	50
3.2	Mittel des Landes NRW für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen öffentlicher und freier Träger im Bereich der Jugendhilfe	52
3.3	Mittel des Landes NRW zur Förderung von Maßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen der Wohlfahrtspflege	52
3.4	Mittel des Landes NRW für Integrationsmaßnahmen und für die Kriegsopferfürsorge	53
3.5	Mittel des Bundes und des Landes NRW zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht	53

## B Sonstige Anlagen zum Haushaltsplan-Entwurf 2012

- Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen 57
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen 61
- Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen 63
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten 69
- Vom LWL-Ersten Landesrat aufgestellter und vom LWL-Direktor bestätigter Entwurf der Bilanz des LWL zum 31.12.2010. Die Feststellung des vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschlusses 2010 durch die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe ist noch nicht erfolgt. 71
- Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist. 73
  - Ardey-Verlag GmbH 75
  - Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH 85
  - Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) 95
  - Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH 111
  - Westfälische Werkstätten GmbH – Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen – 129
- Übersicht über Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen, bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat. 157
  - LWL-Kulturstiftung 158
- Glossar zu den Begriffen des doppelten Haushalts im NKF 169

## 1. Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfes 2012

### 1.1 Vorbemerkungen zum Haushaltsplanentwurf 2012

#### 1.1.1 Jahresabschluss 2010

Der Entwurf des vom Kämmerer aufgestellten und vom LWL-Direktor bestätigten NKF-Jahresabschlusses wurde gemäß § 96 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) am 31.05.2011 dem LWL-Rechnungsprüfungsamt (LWL-RPA) zur Prüfung zugeleitet.

In der Ergebnisrechnung schließt das Haushaltsjahr 2010 mit einem **Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 78,4 Mio. EUR** ab.

Der Haushaltsplan 2010 sah einen haushaltswirtschaftlichen Fehlbetrag in Höhe von rd. 90,7 Mio. EUR vor, so dass gegenüber der Veranschlagung eine Verbesserung von rd. 12,3 Mio. EUR zu verzeichnen ist, die im Wesentlichen auf den Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 zurückzuführen ist.

Nach § 96 Absatz 1 GO NRW beraten und entscheiden die zuständigen Gremien der Landschaftsversammlung bis zum 31.12. des Folgejahres über die Behandlung des in der Bilanz ausgewiesenen Jahresfehlbetrages 2010.

Unter Beachtung der Ausgleichsfiktion der Ausgleichsrücklage nach § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW hat die Deckung des Jahresfehlbetrages **durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 78,4 Mio. EUR zu erfolgen.**

#### 1.1.2 Haushaltsabwicklung 2011

Die Aufstellung des Haushaltes 2011 war geprägt durch das Zusammentreffen von deutlich geringeren Erträgen bei den allgemeinen Deckungsmitteln aufgrund wegbrechender Steuereinnahmen mit gleichzeitig weiterhin steigenden Sozialkosten.

Gegenstand der politischen Beratungen war das Zusammenwirken der drei Komponenten Konsolidierungsprogramm, Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und Hebesatzgestaltung. Das Haushaltskonsolidierungsprogramm (Vorlage 13/0343) ist mit einem Entlastungsbetrag für 2011 von rd. 40 Mio. EUR in die Haushaltsgestaltung eingeflossen.

Am 24.02.2011 hat die Landschaftsversammlung den Haushaltsplan 2011 mit einem gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %-Punkte erhöhten Hebesatz zur Landschaftsumlage von 15,7 % beschlossen. Der dann noch verbleibende **Fehlbetrag in Höhe von rd. 132,8 Mio. EUR soll durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden.** Damit gilt der Haushaltsplan 2011 gemäß § 75 Abs. 2 Satz 3 GO NRW als fiktiv ausgeglichen.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes NRW (MIK NRW) hat mit Erlass vom 06.06.2011 den Beschluss der Landschaftsversammlung über die Haushaltssatzung 2011 zur Kenntnis genommen, den Antrag auf Erhöhung des Umlagesatzes genehmigt und sich ausnahmsweise aufgrund der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Situation der Verbandskommunen bereit erklärt, die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage mitzutragen.

Trotz restriktiver Haushaltsbewirtschaftung wird das Jahr 2011 nach dem vorläufigen Stand des Ergebnisberichtswesens **voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von rd. 160 Mio. EUR abschließen.** Wesentlicher Grund für die Ergebnisverschlechterung in Höhe von rd. 30 Mio. EUR sind Mehraufwendungen in der LWL-Behindertenhilfe, insbesondere wegen höherer Fallzahlsteigerungen.

Damit ergeben sich aus den Ergebnisrechnungen der Jahre 2010 und 2011 **vo-raussichtlich rd. 240 Mio. EUR neue Schulden**, die nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zur Klage der Stadt Remscheid gegen den Landschaftsverband Rheinland („Remscheid-Urteil“) nicht im Rahmen der Haushalts**planung** abgebaut werden können.

### 1.1.3 Haushaltskonsolidierungsprogramm

Das in 2011 aufgelegte Haushaltskonsolidierungsprogramm mit einem Volumen von rd. 40 Mio. EUR wirkt weiter. Es umfasst die Jahre 2011 bis 2014.

Für das Jahr 2011 ist ein Paket geschnürt worden, das u. a. folgende Maßnahmen enthält:

- Es gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Ambulante Angebote sind kostengünstiger als stationäre. Deshalb werden die Angebote des stationären Wohnens im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nicht weiter ausgebaut, der Zuwachs an Fallzahlen wird begrenzt. Regionale Engpässe werden nur bei gleichzeitigem Nettoplatzabbau in anderen Regionen ausgeglichen.
- In der Eingliederungshilfe werden verstärkt vorrangige Sozialleistungssysteme in Anspruch genommen. Es wird in jedem Einzelfall, aber auch generell überprüft, ob Kosten auf andere Sozialleistungssysteme verlagert werden können. Hier geht es aktuell insbesondere darum, Leistungen der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen.
- Die Zuschüsse des LWL für den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb sind stark gekürzt worden.
- Die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) hat einen Teil ihrer Erträge aus Beteiligungen an die „Mutter LWL“ ausgeschüttet.
- Die Beschaffung für Hard- und Software ist reduziert worden.
- Aufwendungen für externe Beratungs- und Unterstützungsleistungen sind reduziert worden.
- Der Ansatz für Fortbildungen und Personalentwicklungsmaßnahmen ist reduziert worden.
- Die Sanierung des LWL-Museums für Naturkunde ist auf die Bereiche „Sicherheit“ und „technische Gebäudeausrüstung“ reduziert worden.
- Die investiven Mittel für Beschaffungen sind pauschal gekürzt worden.
- Zuschüsse im Kulturbereich sind gekürzt worden.

Die Planungen sehen vor, dass im Haushalt 2012 das Einsparpotenzial so hoch sein wird wie in 2011, **also rd. 40 Mio. EUR**.

## 1.2 Gesamtüberblick 2012

Die **Deckungslücke im Ergebnisplan** betrug nach dem vorläufigen Abschluss der Planung **rd. 84 Mio. EUR**.

**Zum Ausgleich des Haushaltsplanentwurfes ist eine Erhöhung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 15,7 % um 0,8 %-Punkte auf 16,5 % der Umlagegrundlagen notwendig.**

**Auf der Basis eines Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,5 % ist der Ergebnisplanentwurf mit dem Gesamtbetrag der Erträge und Aufwendungen in Höhe von 2.575.366.349 EUR ausgeglichen.**

Allerdings bestehen erhebliche Risiken bei der Berechnung der Aufkommen aus Schlüsselzuweisungen und Landschaftsumlage sowie bei der Entwicklung der Entgelte im Sozialbereich (siehe Ziffern 1.5.2 und 1.3.2.1 - Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat).

Deshalb können Veränderungen des vorgeschlagenen Hebesatzes zur Landschaftsumlage erforderlich werden. Dabei werden Verbesserungen der Haushaltsituation zu einer Verringerung der vorgesehenen Erhöhung führen; bei Verschlechterungen muss die Erhöhung noch größer ausfallen als bisher vorgeschlagen.

Die Verwaltung schlägt eine Umlageerhöhung von 0,8 %-Punkten aus folgenden Gründen vor:

Der LWL wird bereits in den Jahren 2010 und 2011 die Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 240 Mio. EUR in Anspruch nehmen. Von ehemals rd. 325 Mio. EUR bleibt dann noch ein Bestand von rd. 89 Mio. EUR.

Dieser Bestand wird gebraucht für unvorhersehbare Verschlechterungen während der Bewirtschaftung, da der Haushaltsplanentwurf am unteren Rand der Einschätzungsbandbreite kalkuliert ist (siehe Aussagen zu den Entgeltverhandlungen unter Ziffer 1.3.2.1 - Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat).

Zudem sollen unvermeidbare Aufwandssteigerungen in wirtschaftlich nicht so günstigen Jahren in der Zukunft noch abgedeckt werden können.

Der Liquiditätsbedarf des LWL würde bei einer weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage stark steigen (siehe Ziffer 1.4.3).

Es ist eine weitere Problematik in der gesetzlichen Regelung des § 22 Landschaftsverbandsordnung (LVerbO) zu sehen, nach der die Landschaftsverbände durch die Landschaftsumlage keine planmäßigen Überschüsse erwirtschaften dürfen. Dieses führt u. a. dazu, dass zwingend erforderliche Liquiditätskredite, die aus den negativen Jahresabschlüssen vergangener Jahre erforderlich waren, planmäßig nie abgebaut werden können; der Abbau ist nur bei zufällig aus der Bewirtschaftung heraus erreichbaren positiven Jahresabschlüssen möglich (siehe dazu auch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf zum Rechtsstreit der **Stadt Remscheid gegen den Landschaftsverband Rheinland**).

Gefordert ist hier zwingend der Gesetzgeber, um einerseits den langfristigen Abbau des Eigenkapitals zu unterbinden und andererseits das erforderliche Eigenkapital wieder aufbauen zu können.

Inhaltlich in die gleiche Richtung zielt auch der **Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen** (MIK NRW) zur LWL-Haushaltssatzung 2011 vom 06.06.2011: Es sei nur ausnahmsweise bereit, eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage für 2011 mitzutragen. Der kreditfinanzierte Abbau der Ausgleichsrücklage sei auf Dauer nicht hinnehmbar. Das Rücksichtnahmegebot sei nicht dahingehend auszulegen, dass Belastungen bei den Umlageverbänden kreditfinanziert würden, um die Haushalte der Umlagezahler kurzfristig zu entlasten. Vielmehr würden die Mitgliedskörperschaften des LWL auf lange Sicht durch erhöhten Zinsaufwand belastet.

Außerdem bedinge der Eigenkapitalverzehr eine weitere erhebliche Aufnahme von Liquiditätskrediten und konterkariere damit die erreichte Entschuldung der letzten Haushaltsjahre.

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zur gezielten Nichtanhebung des Hebesatzes ist auch aus Sicht der **Gemeindeprüfungsanstalt NRW** keine nachhaltige Lösung zur Entlastung der Mitgliedskörperschaften und sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Für den Entwurf des Ergebnis- und Finanzplanes 2012 ergibt sich folgendes Bild:

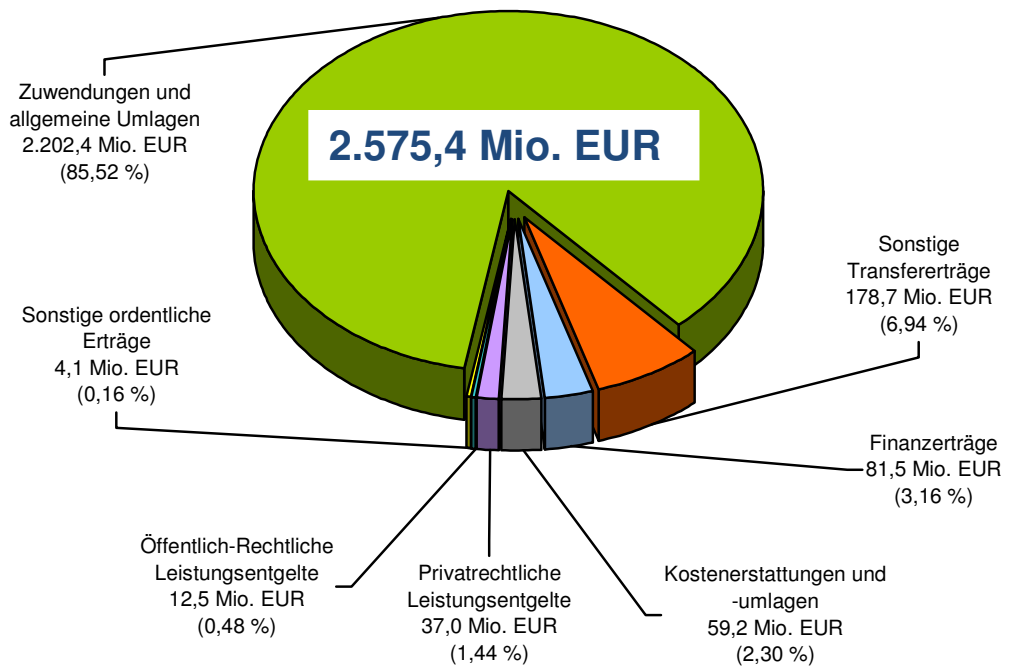
<b>Ergebnis 2012</b>			
<b>Ergebnisplan 2012</b>	<b>EUR</b>	<b>Finanzplan 2012</b>	<b>EUR</b>
Erträge	2.575.366.349	Einzahlungen	2.554.036.630
Aufwendungen	2.575.366.349	Auszahlungen	2.560.188.489
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>- 6.151.859</b>
		Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	72.341.339
		davon: Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit	12.186.600
		Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit	55.220.479
		davon: ordentliche Tilgung	12.969.100
		<b>Saldo aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit</b>	<b>17.120.860</b>
		<b>Änderung Finanzmittelbestand</b>	<b>+ 10.969.001</b>

Bei dem dargestellten positiven Finanzmittelbestand von 11,0 Mio. EUR ist zu berücksichtigen, dass die im Ergebnis- und Finanzplan zweckgebundenen erwirtschafteten Einzahlungen des „Treuhandvermögens“ (insbesondere Ausgleichsabgabe, Piepmeyer-Stiftung) von 0,6 Mio. EUR für die laufende Verwaltungstätigkeit des LWL mit eingesetzt werden. **Von daher ergibt sich tatsächlich ein positiver Finanzmittelbestand von 10,4 Mio. EUR.**

### 1.3 Ergebnisplan 2012

#### 1.3.1 Erträge und Aufwendungen des Ergebnisplanes

Die Erträge des Ergebnisplanes 2012 in Höhe von rd. 2,58 Mrd. EUR setzen sich auf Zeilenebene wie folgt zusammen:



**Zuwendungen und allgemeine Umlagen** 2.202,4 Mio. EUR 85,52 %

Neben den fachspezifischen Zuwendungen sind hier insbesondere die Landschaftsumlage (1.726,7 Mio. EUR) sowie die Schlüsselzuweisungen (398,0 Mio. EUR) und Bedarfszuweisungen (3,7 Mio. EUR) des Landes Nordrhein-Westfalen veranschlagt.

Die Allgemeine Umlagequote (Anteil der Landschaftsumlage an den ordentlichen Erträgen) beträgt 69,24 % (Vorjahr: 68,29 %), die Zuwendungsquote (Anteil der Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen) beträgt 19,08 % (Vorjahr 19,03 %).

**Sonstige Transfererträge** 178,7 Mio. EUR 6,94 %

Hierunter fallen Ersatzleistungen von Sozialleistungs- und Pflegeversicherungsträgern sowie Unterhaltspflichtigen für Transferleistungen der Jugend- und Sozialhilfe. Davon entfallen allein 154,9 Mio. EUR auf die LWL-Behindertenhilfe Westfalen sowie 23,2 Mio. EUR auf das LWL-Integrationsamt Westfalen und die LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen.

**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte** 12,5 Mio. EUR 0,48 %

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte beinhalten die Erträge, die für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden, wie z.B. Vergütungssatzerträge in Einrichtungen. Diese entfallen nahezu ausschließlich auf das LWL-Jugenddezernat für Berufsausbildungen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen im LWL-Berufsbildungswerk Soest sowie für bedarfsgerechte Wohn- und Förderangebote in den LWL-Internaten.

**Privatrechtliche Leistungsentgelte** 37,0 Mio. EUR 1,44 %

Hier sind insbesondere Erträge aus Personalgestaltung, Erträge für Vermietung und Verpachtung, Erträge aus dem Verkauf von Vorräten sowie sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte wie z.B. Eintrittsgelder in den Museen und Erträge aus dem Verkauf von Publikationen veranschlagt. Davon entfallen auf die Personalgestaltung 19,4 Mio. EUR, die LWL.IT Service Abteilung 6,0 Mio. EUR, das LWL-Kulturdezernat 5,3 Mio. EUR und das LWL-Jugenddezernat 4,8 Mio. EUR.

**Kostenerstattungen und -umlagen** 59,2 Mio. EUR 2,30 %

Dies sind Ersätze von Transfer-, Sach- und Personalaufwendungen, die der LWL für den Bund, das Land NRW sowie für Gemeinden und sonstige Bereiche geleistet hat. Davon entfallen auf das LWL-Integrationsamt Westfalen für Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen 37,4 Mio. EUR sowie auf das LWL-Versorgungsamt Westfalen für Erstattungen des Landes NRW im Rahmen des Konnexitätsausführungsgesetzes 6,0 Mio. EUR.

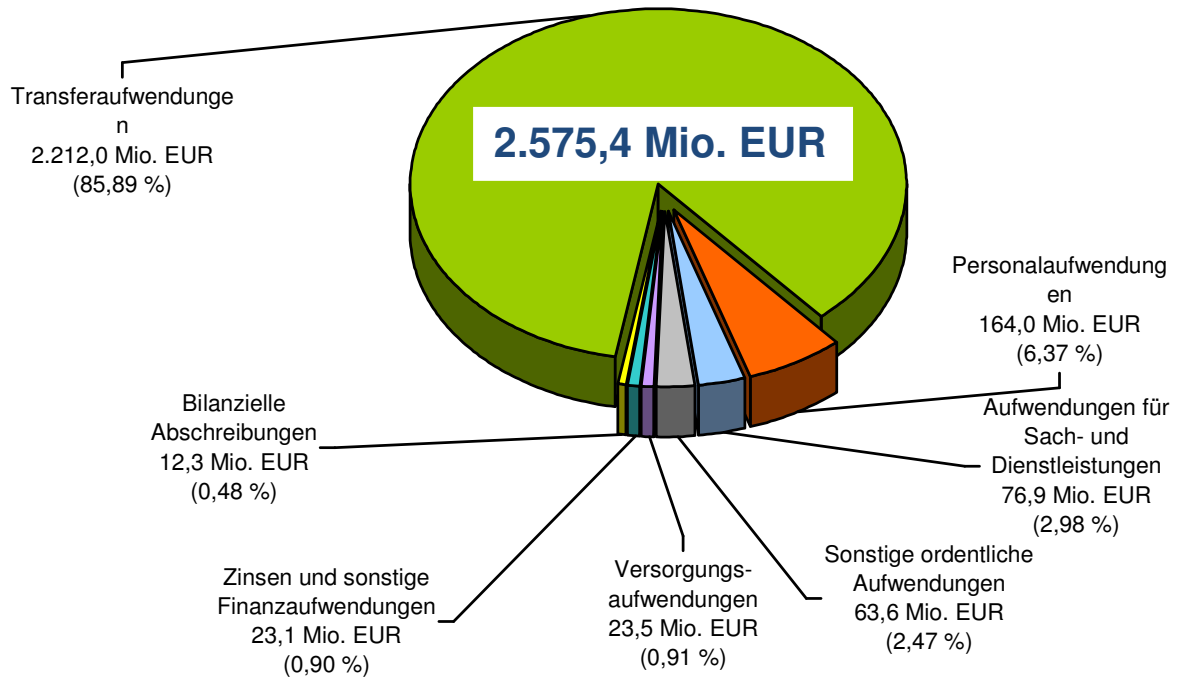
**Sonstige ordentliche Erträge** 4,1 Mio. EUR 0,16 %

Hierunter fallen alle Erträge des LWL, die nicht speziell unter einer anderen Ertragsposition erfasst werden.

**Finanzerträge** 81,5 Mio. EUR 3,16 %

Es handelt sich um Zinsen für Finanzanlagen, gewährte Darlehen und für zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sowie um Erträge aus Beteiligungen. Davon entfallen auf die LWL-Unternehmensbeteiligungen 23,8 Mio. EUR, auf Erträge aus den dem LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb gewährten Darlehen 13,2 Mio. EUR und auf Finanzerträge aus der Ausgleichsabgabe 40,8 Mio. EUR.

Die Aufwendungen des Ergebnisplanes 2012 in Höhe von rd. 2,58 Mrd. EUR setzen sich auf Zeilenebene wie folgt zusammen:



**Personalaufwendungen** 164,0 Mio. EUR 6,37 %

Hier werden die beim LWL anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den aktiv Beschäftigten des LWL veranschlagt.

Davon entfallen auf die Zuführung zu Rückstellungen 12,1 Mio. EUR, und zwar für Pensionen (9,6 Mio. EUR), Altersteilzeit (0,1 Mio. EUR) und Beihilfe (2,4 Mio. EUR). Dem gegenüber steht die aufwandsmindernde Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit (0,9 Mio. EUR).

Die Personalintensität (Anteil der Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 6,43 % (Vorjahr 6,63 %).

**Versorgungsaufwendungen** 23,5 Mio. EUR 0,91 %

Hier werden die beim LWL anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den ehemaligen Beschäftigten des LWL (insbesondere Versorgungsbezüge und Beihilfen für ehemalige Beamte) veranschlagt.

Berücksichtigt ist hier die aufwandsmindernde Inanspruchnahme von Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von 9,2 Mio. EUR.

**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** 76,9 Mio. EUR 2,98 %

Hierunter fallen insbesondere die Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Anlagevermögens sowie Erstattungen für Aufwendungen Dritter aus laufender Verwaltungstätigkeit. Weiterhin werden hier Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten, für Dienstleistungen Dritter sowie für die fachspezifische Aufgabenwahrnehmung veranschlagt.

Besonders hervorzuheben sind das LWL-Jugenddezernat mit 36,7 Mio. EUR (davon allein für Schülerfahrtkosten 19,1 Mio. EUR, für die Förderung von Schulen in fremder Trägerschaft 3,5 Mio. EUR), das LWL-Sozialdezernat mit 17,3 Mio. EUR (u. a. Individuelle Hilfe im Einzelfall 6,9 Mio. EUR und Ausgleichsabgabe 10,1 Mio. EUR) sowie das LWL-Kulturdezernat mit den LWL-Museen und Außenstellen mit 15,2 Mio. EUR.

**Bilanzielle Abschreibungen** 12,3 Mio. EUR 0,48 %

Die Bilanziellen Abschreibungen beinhalten die periodengerechte Verteilung des Wertverlusts von abnutzbaren Vermögensgegenständen auf die jeweilige Nutzungsdauer.

Darin enthalten sind planmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen (gewährte nicht rückzahlbare Ausleihungen an das Sondervermögen des LWL und an die WLW) in Höhe von 4,2 Mio. EUR.

**Transferaufwendungen** 2.212,0 Mio. EUR 85,89 %

Es handelt sich im Wesentlichen um Transferleistungen der Jugend- und Sozialhilfe innerhalb und außerhalb von Einrichtungen nach den einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Davon entfallen allein auf das LWL-Sozialdezernat 2.087,7 Mio. EUR (Individuelle Hilfe im Einzelfall 1.952,2 Mio. EUR, Ausgleichsabgabe 44,9 Mio. EUR sowie Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen 79,2 Mio. EUR) sowie auf das LWL-Jugenddezernat für die Versorgung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen 106,8 Mio. EUR.

Die Transferaufwandsquote (Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 86,67 % (Vorjahr 86,02 %).

**Sonstige ordentliche Aufwendungen** 63,6 Mio. EUR 2,47 %

Darunter fallen insbesondere Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (z.B. Mieten, Geschäftsaufwendungen). Aus- und Fortbildung sowie die Zuführung zum Sonderposten der Ausgleichsabgabe.

Der Großteil der Geschäftsaufwendungen über alle LWL-Dezernate entfällt auf die an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu entrichtende Miete für die Gebäude einschließlich der Mietnebenkosten in Höhe von insgesamt 46,0 Mio. EUR. Auf die Aus- und Fortbildung entfallen 1,6 Mio. EUR.

**Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen** 23,1 Mio. EUR 0,90 %

Hier sind Zinsen für eingegangene Verbindlichkeiten und für vom LWL zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse sowie Kreditbeschaffungskosten veranschlagt.

Die Zinslastquote (Verhältnis der Zinsaufwendungen zu den ordentlichen Aufwendungen) beträgt 0,91 % (Vorjahr: 0,79 %).

## 1.3.2 Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

### 1.3.2.1 Dezernatsspezifische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

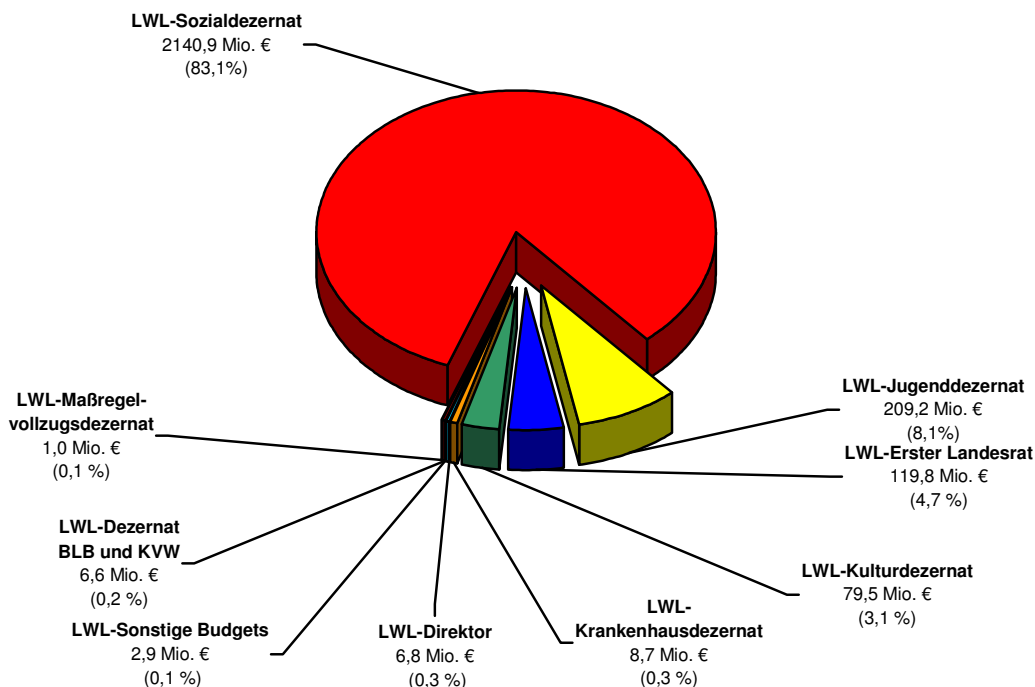
In der Darstellung der dezernatsspezifischen Veränderungen wird auf die Personalaufwandsveränderungen nur dann eingegangen, wenn diese im jeweiligen Dezernat erheblich sind.

Das **ausgeglichenere ordentliche Ergebnis** 2012 fällt in Höhe des geplanten Defizites 2011 (**rd. - 132,8 Mio. EUR**) besser aus als das geplante Ergebnis 2011.

Diese saldierte Veränderung verteilt sich im Haushaltsplanentwurf 2012 wie folgt auf die Dezernatsbudgets:

	+ Verbesserung / - Verschlechterung
LWL-Direktor	+ 2,1 Mio. EUR
LWL-Erster Landesrat <i>ohne Allgemeine Finanzwirtschaft</i>	+209,5 Mio. EUR (- 6,8 Mio. EUR)
LWL-Dezernat BLB und KVW	- 4,0 Mio. EUR
LWL-Jugenddezernat	+ 1,2 Mio. EUR
LWL-Sozialdezernat	- 80,9 Mio. EUR
LWL-Krankenhausdezernat	+ 2,6 Mio. EUR
LWL-Kulturdezernat	+ 2,1 Mio. EUR
<u>andere Dezernatsbudgets</u>	<u>+ 0,2 Mio. EUR</u>
<b>Verbesserung</b>	<b>+ 132,8 Mio. EUR</b>

Das nachfolgende Schaubild gibt einen Überblick über die **Struktur der Aufwendungen** im Ergebnisplan 2012 nach Dezernatsbudgets. Wie in den Vorjahren liegt das Schwergewicht der Aufwendungen mit rd. 83 % beim LWL-Sozialdezernat.



## LWL-Direktor

**Verbesserung: rd. 2,1 Mio. EUR**

Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen aus Veränderungen in der Produktgruppe „**Unternehmensbeteiligungen**“.

Insbesondere ist hier die Verbesserung von **2,9 Mio. EUR** aus der zweiten Rate einer kapitalertragsteuerpflichtigen **Gewinnausschüttung durch die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLW) an den LWL** (siehe Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung) zu nennen.

Verschlechternd wirken sich dagegen Mindererträge aus der **Verzinsung des gewährten Gesellschafterdarlehens durch die WLW** in Höhe von **1,0 Mio. EUR** aus.

Die verbleibende Verbesserung von **0,2 Mio. EUR** ist auf verschiedene saldierte Veränderungen in den einzelnen Produktgruppen zurückzuführen.

## **LWL-Erster Landesrat (ohne Allgemeine Finanzwirtschaft)**

**Verschlechterung: rd. 6,8 Mio. EUR**

Die Produktgruppe „**Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten**“ weist einen Mehrbedarf in Höhe von **8,2 Mio. EUR** aus. Dieser begründet sich im Wesentlichen durch die **insgesamt haushaltsneutrale** zentrale Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung ab dem Jahr 2012. Allein durch diesen Effekt, ergeben sich in dieser Produktgruppe Mehraufwendungen in Höhe von **8,1 Mio. EUR**. In den übrigen Produktgruppen der Hauptverwaltung ergeben sich dementsprechende Verbesserungen.

Darüber hinaus wirken sich Personalmehraufwendungen von **0,1 Mio. EUR** verschlechternd aus. Dementgegen stehen gegenüber dem Vorjahr nochmals um **0,2 Mio. EUR** reduzierte Aufwendungen für Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Rahmen von OE-Maßnahmen.

Die Verbesserung in der Produktgruppe „**Personalmanagement**“ um **0,8 Mio. EUR** ist begründet durch die Reduzierung der veranschlagten Personal- und Versorgungsaufwendungen um **0,7 Mio. EUR** sowie die Verlagerung der Mieten und Mietnebenkosten in Höhe von **0,3 Mio. EUR**. Dem steht ein saldierter Mehrbedarf für Personalentwicklungs- und Fortbildungsmaßnahmen von **0,1 Mio. EUR** sowie geringere Erträge aus der Abführung von Aufsichtsrats- und Nebentätigkeitsvergütungen in Höhe von **0,1 Mio. EUR** gegenüber.

In der Produktgruppe „**LWL.IT Service**“ ergibt sich eine Verbesserung um **0,6 Mio. EUR**. Ertragsseitig ergeben sich höhere Erträge in Höhe von **0,5 Mio. EUR** von den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen für IT-Dienstleistungen. Verbessernd wirken sich zudem die Verlagerung der Mieten und Mietnebenkosten (**0,6 Mio. EUR**) sowie verringerte Sachaufwendungen, insbesondere für Lizenzgebühren, (**0,2 Mio. EUR**) aus. Demgegenüber erhöht sich der Personalaufwand der LWL.IT Service Abteilung um **0,7 Mio. EUR**.

In der Produktgruppe "**Haushaltsmanagement und Controlling**" stehen den Verbesserungen aus der Verlagerung der Mieten und Mietnebenkosten von **0,2 Mio. EUR** Personalmehraufwendungen aufgrund von Stellenverlagerungen im Rahmen der Zentralisierung der Geschäftsbuchführung in Höhe von ebenfalls **0,2 Mio. EUR** gegenüber.

## **LWL-Dezernat BLB und KVV**

**Verschlechterung: rd. 4,0 Mio. EUR**

Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogramms wurde im Jahr 2011 der jährliche Zuschuss an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb um 13,3 Mio. EUR aufgrund der Rückführung von nicht in vollem Umfang benötigter Trägerzuschüsse reduziert. **In 2012 erhöht sich der Zuschuss** zum Ausgleich sonstiger, nicht über die Miete refinanzierbarer, Leistungen daher **wieder um 4,3 Mio. EUR**. Auf einen **Zuschuss zur Sicherstellung der Liquidität** wird dagegen **weiter verzichtet**.

Demgegenüber stehen **Verbesserungen** in Höhe von **0,3 Mio. EUR** aus Zins-erträgen vom LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb für gewährte Darlehen.

## **Dezernatsbudget LWL-Jugenddezernat**

**Verbesserung: rd. 1,2 Mio. EUR**

Die Ergebnisverbesserung von 1,2 Mio. EUR entfällt allein mit einem Betrag von 2,4 Mio. EUR auf den Aufgabenbereich „Versorgung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen“ in der Produktgruppe „**Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung**“.

- Im Bereich der **Förderung von Kindern mit Behinderung in integrativen Kindertageseinrichtungen** ist ein saldierter Minderbedarf in Höhe von **2,2 Mio. EUR** gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Der Minderbedarf ist insbesondere auf die ab 01.01.2012 gekürzte und zum 01.08.2012 wegfallende Jugendamtspauschale zurückzuführen. Demgegenüber ist ein Mehrbedarf durch die vermehrte Inanspruchnahme der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen durch **weitere 300 Kinder** (inklusive 100 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren) ab dem 01.08.2012 (Kindergartenjahr 2012/2013) zu verzeichnen. In der Gesamtzahl der zu fördernden Kinder mit Behinderung sind bis zu **600 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren** (im Vorjahr bis zu 500 Kinder mit Behinderung unter 3 Jahren) enthalten.
- Bei den **Fahrtkosten im Rahmen der Eingliederungshilfe für Kinder mit Behinderungen** ist eine Verbesserung in Höhe von **0,2 Mio. EUR** zu verzeichnen, die sich durch die Verlagerung der Kinder mit Behinderungen aus ehemaligen Schwerpunkteinrichtungen in integrative Kindertageseinrichtungen nach den Richtlinien für die Förderung der gemeinsamen Erziehung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen, mit Ausnahme der unter Bestandsschutz fallenden Kinder, ergibt.

In der Produktgruppe „**Erzieherische Hilfen**“ ergibt sich beim Produkt „Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen“ eine Verschlechterung von **0,5 Mio. EUR**. Vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung der Landesjugendämter hat der Landschaftsausschuss am 07.10.2011 beschlossen, dass sich der LWL bereiterklärt, sich an dem Entschädigungsfonds ehemalige Heim-erziehung mit einer Summe bis zu 1,5 Mio. EUR zu beteiligen. Hierfür werden in den Jahren 2012 bis 2014 jeweils 0,5 Mio. EUR bereitgestellt (Vorlage 13/0736/1).

Bei der Produktgruppe "**Zentrale Aufgaben der Abteilung 50**" ergibt sich eine Verbesserung von **0,5 Mio. EUR** aufgrund der zentralen Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten".

Die verbleibende saldierte Verschlechterung von **1,2 Mio. EUR** verteilt sich auf die **verschiedenen Produktgruppen** und erklärt sich insbesondere aus einem Mehrbedarf an zu zahlenden Mieten an den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb und höheren Gebäudebewirtschaftungskosten aufgrund der Inbetriebnahme von neuen Schulgebäuden (zum Teil auch erstmalig ganzjährige Nutzung).

## Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat

**Verschlechterung: rd. 80,9 Mio. EUR**

Die Ergebnisverschlechterung von 80,9 EUR entfällt mit

- einer saldierten Verschlechterung von 86,1 Mio. EUR auf die LWL-Behindertenhilfe Westfalen,
- einer saldierten Verbesserung von 3,5 Mio. EUR auf das LWL-Integrationsamt Westfalen und die LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen sowie
- einer saldierten Verbesserung von 1,7 Mio. EUR auf das LWL-Versorgungsamt Westfalen.

Die saldierte Verschlechterung im Bereich der **LWL-Behindertenhilfe Westfalen** in Höhe von **86,1 Mio. EUR** resultiert insbesondere aus den um 86,9 Mio. EUR verschlechterten produktbezogenen Erträge und Aufwendungen der Produktgruppe „Individuelle Hilfgewährung im Einzelfall“.

Das liegt daran, dass sich die in den Vorjahren der Haushaltsplanung zugrunde gelegte Entwicklung der Fallzahlen als zu niedrig erwiesen hat. **Der Fallzahlanstieg ist tatsächlich höher gewesen als geplant.**

Dieser Anstieg ergibt sich aus langfristig wirkenden demographischen und medizinischen Entwicklungen.

Diese, nicht nur auf NRW beschränkte Entwicklung, kann der LWL nicht aufhalten; sie wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Auf einige wichtige Aspekte dieser Entwicklung auf der „Bedarfsseite“ sei hingewiesen:

- Derzeit sind rd. 70 % der Menschen mit Behinderung, die Wohnhilfen beanspruchen, jünger als 50 Jahre; d. h., diese Menschen werden über eine lange Zeit hinweg unterstützt werden müssen.
- Rd. 14.000 Menschen mit Behinderung, welche eine Werkstatt für behinderte Menschen besuchen, leben derzeit noch bei ihren Eltern und beziehen (noch) keine Wohnhilfen. Die betreuenden Eltern kommen aber vermehrt in ein Alter, in dem sie die Betreuung nicht mehr leisten können und Angebote von Sozialleistungsträgern in Anspruch nehmen werden.
- Es steigt der Anteil an Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen.
- Zudem steigt die Anzahl der älter werdenden und pflegebedürftigen Menschen mit Behinderung. Für diesen Personenkreis ergeben sich im Lebenszyklus geänderte Bedarfslagen, insbesondere dann, wenn die pflegerischen Bedarfe überwiegen.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Kostenbeteiligung des Bundes an den Aufwendungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Form eines **Bundesteilhabegeldes** dringend geboten.

Bei der Kalkulation der Haushaltsplanansätze 2012 ist zu beachten, dass u. a. wegen des höheren Fallzahlanstieges in den Jahren 2010 und 2011 die Aufwandsansätze des Jahres 2011 nicht ausreichen werden. In den Bereichen Ambulant Betreutes Wohnen und Stationäres Wohnen sowie bei der Teilhabe am Arbeitsleben in Werkstätten für behinderte Menschen wird derzeit (Ende Oktober 2011) mit Mehraufwendungen von rd. 55 Mio. EUR gerechnet. Das bedeutet für die Haushaltsplanung 2012 eine erhebliche Vorbelastung und macht eine **Basisanpassung** notwendig.

Nach der Erhöhung der Haushaltsansätze um eine Basisanpassung wurden die Haushaltsansätze 2012 nach den Maßgaben kalkuliert, die nachstehend im Einzelnen erläutert werden.

Der LWL geht danach bei der **Kalkulation seiner Haushaltsansätze davon aus, dass zumindest im Jahr 2012 die Entgelte nicht steigen werden (Nullrunde)**. Die beiden Landschaftsverbände erwarten im Rahmen der anstehenden Entgeltverhandlungen für 2012 ein Entgegenkommen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Kostendämpfung, um der äußerst angespannten Finanzlage der kommunalen Familie Rechnung zu tragen.

In dieser Kalkulation liegt aber ein **hohes Risiko**, denn die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege haben die beiden Landschaftsverbände zu Entgeltverhandlungen für 2012 aufgefordert und dies mit der Forderung nach einer **erheblichen Kostenanpassung** verbunden. Damit wäre der LWL von einer Nullrunde weit entfernt.

Zur Darstellung der finanziellen Folgen dieser Forderung: Eine Steigerung aller Entgelte um 1 % würde den LWL-Haushalt mit rd. 14 Mio. EUR belasten.

Darstellung des Ergebnisses nach Produktgruppen und Produkten:

In der Produktgruppe „**Zentrale Aufgaben der Abt. 60**“ ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von **2,7 Mio. EUR** vornehmlich durch den Wegfall der einmaligen Aufwendungen zur Einführung der elektronischen Akte im Jahr 2011 in Höhe von **1,3 Mio. EUR** sowie der zentralen Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten" in Höhe von **1,7 Mio. EUR**. Den Verbesserungen stehen Verschlechterungen in Höhe von **0,3 Mio. EUR** bei den Personalaufwendungen gegenüber.

Bei den einzelnen Produkten der Produktgruppe „**Individuelle Hilfestellung im Einzelfall**“ ist Folgendes zu berücksichtigen:

Stationäres und ambulant betreutes Wohnen:

Um fachliche und finanzielle Ziele sinnvoll miteinander zu verbinden, verfolgt der LWL im Bereich der Wohnhilfen seit Jahren die Strategie „ambulant vor stationär“. Menschen mit Behinderungen werden möglichst nicht mehr in (teuren) stationären Einrichtungen untergebracht, sondern verstärkt durch (kostengünstigere) ambulante Angebote versorgt. Dies ist sowohl sozialpolitisch wie finanziell von Vorteil. Um diese Ziele umzusetzen, wird die mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege geschlossene „**Rahmenzielvereinbarung Wohnen II**“ sukzessive umgesetzt. Im Jahr 2012 sollen weitere Vor-Ort-Prüfungen mit dem Ziel erfolgen, mehr Menschen aus stationären Einrichtungen das ambulant betreute Wohnen zu ermöglichen.

Im Stationären Wohnen wird mit einem leichten Anstieg der Zahl der Leistungsempfänger gerechnet. Die für das Ambulant Betreute Wohnen geplante Begrenzung des Fallzahlenanstiegs im Jahr 2011 von 1.000 Fällen konnte nicht erreicht werden. Es wird allerdings erwartet, dass der tatsächliche Anstieg deutlich hinter dem der vergangenen Jahre (real durchschnittlich 2.000 Fälle) zurückbleibt. Die Planung für das Jahr 2012 sieht eine durchschnittliche Fallzahl von 21.370 Leistungsempfängern (prognostizierte Fallzahlenentwicklung 2011: plus 1.500) vor.

Beim stationären Wohnen wird mit einer saldierten Verschlechterung von **23 Mio. EUR** gerechnet. Ertragsseitig wird mit einem Mehrertrag von 22,9 Mio. EUR gerechnet. Hiervon entfallen allein 15,3 Mio. EUR auf die gestiegene Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Aufgrund des Gesetzentwurfes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird erwartet, dass sich der Bund im Jahr 2012 mit einem Anteil von 45 %, im Jahr 2013 mit einem Anteil von 75 % und ab dem Jahr 2014 mit einem Anteil von 100 % an den Nettoaufwendungen der Grundsicherung beteiligt. Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Bundesbeteiligung 15 % der Nettoaufwendungen der Grundsicherung.

Die Aufwendungen werden in einer Höhe von 45,8 Mio. EUR höher geplant als im Vorjahr. Gründe liegen hier in der Fallzahlentwicklung (21.050 Leistungsempfänger im Jahresdurchschnitt 2012), den höheren Bedarfen, insbesondere für die Tagesstrukturierung und weiteren Nebenhilfen, sowie einer Basisanpassung der für das Jahr 2011 prognostizierten Kosten- und Fallzahlentwicklung.

Das Ambulant Betreute Wohnen weist insgesamt eine Verschlechterung von **39,2 Mio. EUR** auf, die sich aus einer um 3,6 Mio. EUR verbesserten Ertragsituation und höheren Aufwendungen von 42,8 Mio. EUR saldiert.

Der nach wie vor steigende Bedarf und die Umgestaltung des Versorgungssystems von stationären zu ambulanten Wohnhilfen wirken sich hier in der Fallzahlentwicklung aus (21.370 Leistungsempfänger im Jahresdurchschnitt 2012). Neben den hierdurch erforderlichen Mehraufwendungen ist auch den in der neuen **Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW“** getroffenen Vereinbarungen bei der Haushaltskalkulation Rechnung zu tragen. In dieser Rahmenvereinbarung ist unter anderem vereinbart, für die Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen sowie für die älter werdenden und pflegebedürftigen Menschen mit Behinderungen die notwendigen Versorgungsstrukturen zu schaffen. Hier kommt es insbesondere darauf an, Wohnsituationen zu schaffen, die auch den Zugang zu den vollen Leistungen der **Pflegeversicherung** ermöglichen. Im Zeitraum 01.01.2012 bis 31.12.2013 erfolgt die Erprobung einer Ergänzung der Fachleistungsstunde um eine zeitbasierte serviceorientierte Unterstützung und die Einrichtung von Hintergrunddiensten.

Durch die Umsetzung der Rahmenvereinbarung sollen und können in den kommenden Jahren **deutliche Kostendämpfungspotenziale** erschlossen werden.

Die Verwaltung beabsichtigt weiterhin, den bisher eingeschlagenen Weg zur Dämpfung des Kostenanstiegs durch verbesserte Steuerungsmaßnahmen fortzusetzen. Diese werden im Projekt „Teilhabe2012“ unter Mitwirkung der Mitgliedskörperschaften erarbeitet.

Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass nach dem Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG NRW) der Anteil der Plätze in Einzelzimmern in jeder Einrichtung der Eingliederungshilfe perspektivisch mindestens 80 % beträgt. Diese Anforderung ist spätestens zum 31.07.2018 zu erfüllen und bringt zum Teil höhere Strukturkosten bei den Entgelten mit sich.

Teilhabe am Arbeitsleben (insbesondere) in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM):

Bei diesem Produkt wird mit einer Verschlechterung in Höhe von **30,6 Mio. EUR** gerechnet.

Dieser Mehraufwand begründet sich insbesondere aus der eingetretenen Fallzahlentwicklung in den Jahren 2010 und 2011. Für das Jahr 2012 wird mit 34.137 Leistungsempfängern in Werkstätten für behinderte Menschen im Jahresdurchschnitt geplant. Mit etwa 2.400 Leistungsempfängern ist ein Teilzeit-Beschäftigungsverhältnis vereinbart worden. Ein weiterer Grund liegt in den gestiegenen Aufwendungen für Fahrtkosten. Ursächlich sind die höheren qualitativen Anforderungen an die Fahrdienste und die gestiegene Zahl der Nutzer der Fahrdienste.

Allgemeine und berufsvorbereitende schulische Förderung

Bei diesem Produkt ist eine saldierte Verschlechterung von **1,9 Mio. EUR** zu verzeichnen. Gründe hierfür liegen in den höheren Hilfebedarfen im Einzelfall.

In den anderen Produkten der Produktgruppe „**Individuelle Hilfestellung im Einzelfall**“ ergibt sich eine saldierte Gesamtverbesserung von **7,7 Mio. EUR**, von denen allein 6,8 Mio. EUR auf das Produkt „Leistungen für pflegebedürftige Menschen“ entfallen, insbesondere aufgrund höherer Erträge aus der Bundesbeteiligung an den Aufwendungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Produktgruppen des **LWL-Integrationsamtes Westfalen und der LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen** weisen saldiert eine Verbesserung in Höhe von **3,5 Mio. EUR** auf. Dies ist im Wesentlichen auf verminderte Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und den Nebengesetzen in Höhe von **2,4 Mio. EUR** infolge demographisch bedingter Fallzahlminderungen zurückzuführen. Weitere Gründe sind Minderaufwendungen aufgrund der zentralen Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten" in Höhe von **0,8 Mio. EUR** und des Wegfalls der einmaligen Aufwendungen zur Einführung der elektronischen Akte im Jahr 2011 in Höhe von **0,2 Mio. EUR**.

Die Produktgruppe des **LWL-Versorgungsamtes Westfalen** weist saldiert eine Verbesserung von **1,7 Mio. EUR** auf. Dies ist insbesondere auf die zentrale Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten" in Höhe von **1,0 Mio. EUR**, höhere Erstattungen für Sachmittel vom Land NRW in Höhe von **0,4 Mio. EUR** und geringere Personalaufwendungen in Höhe von **0,4 Mio. EUR** zurückzuführen. Dem stehen Verschlechterungen in Höhe von **0,1 Mio. EUR** aufgrund geringerer Erstattungen vom Land NRW für Personalaufwendungen gegenüber.

## **Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat**

**Verbesserung: rd. 2,6 Mio. EUR**

Die Verbesserung resultiert im Wesentlichen zum einen aus höheren Erträgen in Höhe von **1,3 Mio. EUR** aufgrund der weiteren Anpassung der pauschalen Erstattungen der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen für die Inanspruchnahme zentraler Dienste auf der Basis einer neuen Kostenerhebung.

Zum anderen ist eine weitere Reduzierung der Erstattungen für nicht refinanzierbare Grundstückskosten an die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen in Höhe von **1,5 Mio. EUR** zu verzeichnen.

Diesen Verbesserungen stehen Mehraufwendungen für die planmäßige bilanzielle Abschreibung von Finanzanlagen (nicht rückzahlbare Ausleihungen an die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen) in Höhe von **0,7 Mio. EUR** gegenüber.

Schließlich tragen höhere Zinserträge für die mit Ausleihungen finanzierten Investitionen der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen von **0,1 Mio. EUR** sowie sonstige saldierte Verbesserungen (insbesondere aufgrund der zentralen Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten") von **0,4 Mio. EUR** zur Verbesserung dieses Dezernatsbudgets bei.

## **Dezernatsbudget LWL-Kulturdezernat**

**Verbesserung: rd. 2,1 Mio. EUR**

Ohne Berücksichtigung von Sondereffekten, wie die zentrale Veranschlagung der Mieten und Mietnebenkosten für die Gebäude der Hauptverwaltung in der Produktgruppe "Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten", bleiben die Personal- und Sachaufwendungen in diesem Dezernatsbudget gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant.

Lediglich die Transferaufwendungen steigen im Saldo um **0,4 Mio. EUR**. Dieser Saldo ergibt sich einerseits aus Verbesserungen, bedingt durch die umgesetzten Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen, andererseits aus der Erhöhung des im Jahr 2011 im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes reduzierten Ansatzes für die Museumsförderung in Westfalen-Lippe auf das Niveau des Jahres 2010.

In ungefähr gleichem Umfang erhöhen sich die Erträge aus Zuwendungen, insbesondere der LWL-Kulturstiftung, zu Sonderausstellungen in den LWL-Museen.

### **1.3.2.2 Stellenplanentwurf 2012, Personal- und Versorgungsaufwendungen**

Auf Grund der absehbaren finanzwirtschaftlichen und tariflichen Entwicklung wird der in den vergangenen Jahren initiierte personalwirtschaftliche Sparkurs auch im Haushaltsjahr 2012 weiterverfolgt.

Für das Kalenderjahr 2012 gelten folgende Eckpunkte:

- **Abbau** der mit **kw-Vermerk** versehenen Stellen.
- Grundsätzlicher **Verzicht auf die Ausweisung zusätzlicher Stellen**, es sei denn, ein Stellenmehr- bzw. -minderbedarf ist mittels einschlägiger Bemessungsmethoden für einen spezifischen Aufgabenbereich ermittelt worden. Ausgenommen sind ferner vollständig drittfinanzierte Stellen sowie schlüsselgeregelte Stellen in den LWL-Förderschulen Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“ und „Förderschwerpunkt Sehen, Paderborn“.
- **Stellenhebungen** grundsätzlich nur nach vorausgehender Dienstpostenbewertung einschließlich einer Überprüfung der Aufgaben sowie der Geschäftsverteilung der Organisationsbereiche.
- Verlängerung des grundsätzlichen externen Einstellungsstopps (Ausnahmen nur, wenn intern kein entsprechendes Personal zur Verfügung steht).
- Grundsätzliche Einhaltung der 12-monatigen **Wiederbesetzungssperre** für freigewordene Stellen (Ausnahmen nur wenn feststeht, dass die Wiederbesetzungssperre im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung nicht vertretbar ist).
- Verlängerung **befristeter Arbeitsverträge** grundsätzlich nur bei dauerhaftem Bedarf.

Im Stellenplanentwurf 2012 kommt es nach diesen Maßstäben zu unvermeidbaren **umlagerrelevanten Stellenmehrbedarfen im Umfang von 22,13 Stellen**, insbesondere sind dieses:

- 16,5 Stellen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
- 1,0 Stellen durch die Ausweitung der Freistellungsstaffel im neuen Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG).

Weiterhin wurden 7,0 drittfinanzierte und somit nicht umlagerrelevante Stellen bewilligt. Hiervon entfallen 5,0 Stellen auf die IT-Unterstützung des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen sowie 2,0 Stellen auf die Bereiche des LWL-Dezernates Landesjugendamt, Schulen, Koordinationsstelle Sucht und des LWL-Kulturdezernates.

Den insgesamt 22,13 umlagerrelevanten zusätzlichen Stellen steht ein **Abbau von 20,59 Stellen** gegenüber, insbesondere sind dieses:

- 5,08 Stellen, z.B. aufgrund von Fallzahlrückgängen im Bereich der Kriegsopferfürsorge
- rd. 10 Stellen im Bereich der LWL-Schulen und Internate.

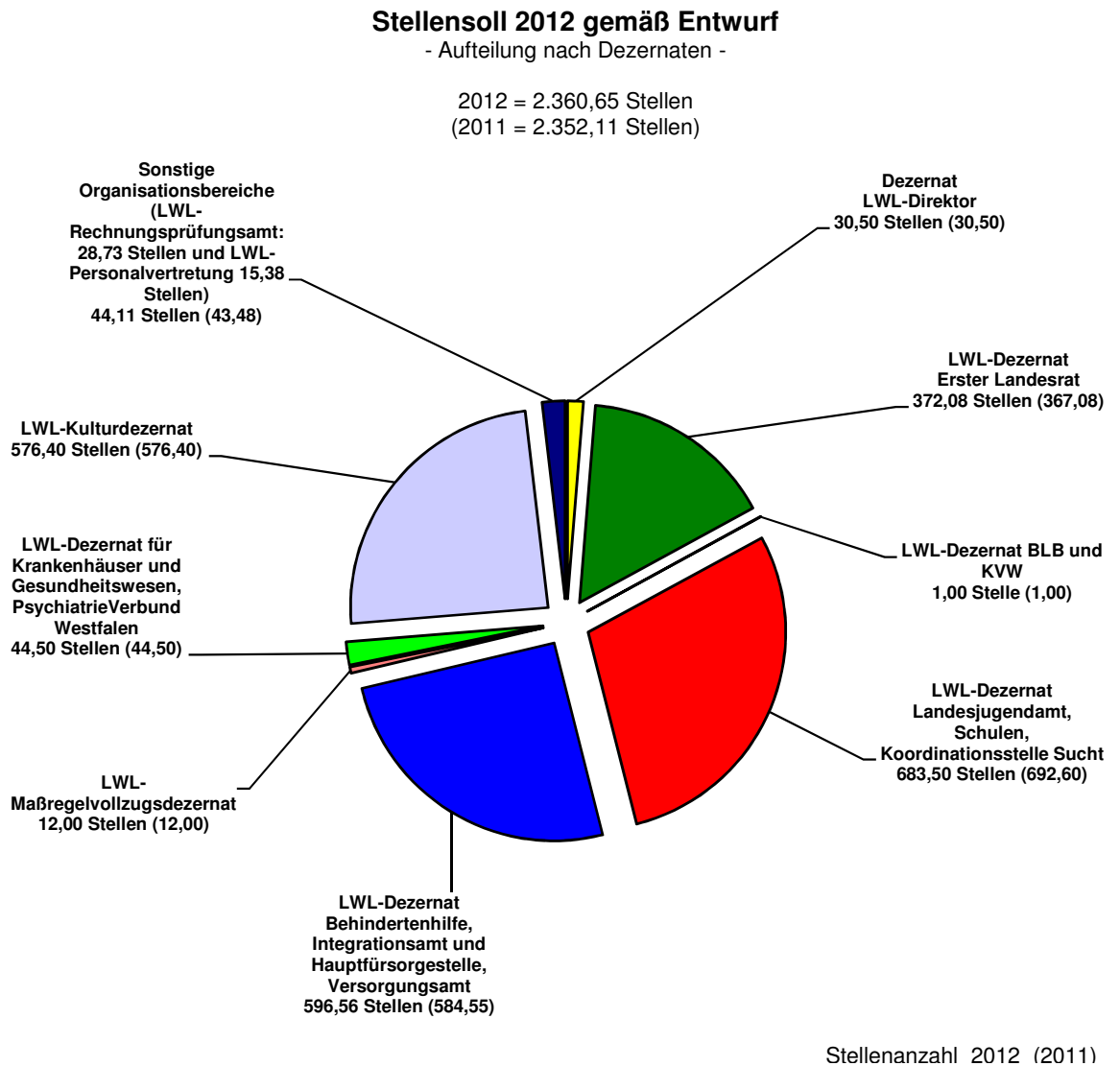
Im Ergebnis weist der Stellenplanentwurf 2012 also 8,54 zusätzliche Stellen aus, wobei hiervon nur 1,54 Stellen umlagefinanziert sind.

Unter Berücksichtigung der Stellenab- bzw. Stellenzugänge entwickelt sich der Stellenplanentwurf des Jahres 2012 wie folgt:

<b>Stellensoll 2011</b>	<b>2.352,11 Stellen</b>
Stellenmehrbedarf 2012	29,13 Stellen
• hiervon drittfinanziert	7,00 Stellen
Stellenminderbedarf 2012	20,59 Stellen
<b>Saldo</b>	<b>+ 8,54 Stellen</b>
davon rechnerisch umlagefinanziert	<b>+ 1,54 Stellen</b>
<b>Stellenplanentwurf 2012</b>	<b>2.360,65 Stellen</b>

Das Gesamtstellenvolumen des Stellenplanentwurfes 2012 von 2.360,65 Stellen setzt sich aus 632,76 Stellen für Beamtinnen und Beamte und 1.727,89 Stellen für Tariflich Beschäftigte zusammen

Die folgende Abbildung gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung des Stellenplanes von 2011 nach 2012 (Entwurf):



Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** im Haushaltsplanentwurf 2012 belaufen sich einschließlich der Zuführungen zu Personalarückstellungen und deren Inanspruchnahme auf insgesamt rd. 187,45 Mio. EUR.

Die restriktiven Planungsvorgaben wirken sich insgesamt auch positiv auf die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen aus. Trotz einer Vorbelastung von 1,95 Mio. EUR durch die Besoldungsanpassung im Beamtenbereich, einer erwarteten Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst der Kommunen von 1,5 % (Belastung für den LWL: 1,37 Mio. EUR) und kalkulierter Mehraufwendungen für den entfallenden Zivildienst von 0,7 Mio. EUR, verglichen mit dem Jahresergebnis 2010, konnte die Steigerung der Personal- und Versorgungsaufwendungen durch restriktive Planung auf insgesamt **2,84 Mio. EUR** begrenzt werden.

Nachfolgend sind die Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen für das Haushaltsjahr 2012 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2011 dargestellt.

<b>Personalaufwendungen</b>	<b>Entwurf 2012</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Veränderungen</b>
	<b>in EUR</b>	<b>in EUR</b>	<b>(+) / (-)</b>
Dienstbezüge für Beamte einschließlich Beihilfe	36.591.822	35.630.038	961.784
Dienstbezüge für Tariflich Beschäftigte und für Sonstige Beschäftigte einschließlich der Aufwendungen für Sozialversicherung, Unfallversicherung sowie der Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	116.107.291	114.859.264	1.248.027
Zuführungen zu Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	12.154.559	11.671.011	483.548
Inanspruchnahme der Altersteilzeitrückstellungen	-868.524	-773.432	-95.092
<b>Gesamtsumme Personalaufwendungen</b>	<b>163.985.148</b>	<b>161.386.881</b>	<b>2.598.267</b>
<b>Versorgungsaufwendungen</b>	<b>Entwurf 2012</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Veränderungen</b>
	<b>in EUR</b>	<b>in EUR</b>	<b>(+) / (-)</b>
Beiträge zu Versorgungskassen für nicht mehr aktiv Beschäftigte einschließlich Beihilfe	32.450.000	31.776.150	673.850
Versorgungsaufwendungen für Tariflich Beschäftigte	170.000	175.000	-5.000
Inanspruchnahme der Pensions- und Beihilferückstellungen	-9.151.429	-8.723.706	-427.723
<b>Gesamtsumme Versorgungsaufwendungen</b>	<b>23.468.571</b>	<b>23.227.444</b>	<b>241.127</b>
<i>Davon entfallen auf die ehemalige Straßenbauverwaltung</i>	<i>13.750.000</i>	<i>13.700.000</i>	<i>50.000</i>
<b>Personal- und Versorgungsaufwendungen</b>	<b>Entwurf 2012</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Veränderungen</b>
	<b>in EUR</b>	<b>in EUR</b>	<b>(+) / (-)</b>
<b>Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen</b>	<b>187.453.719</b>	<b>184.614.325</b>	<b>2.839.394</b>

Den Personal- und Versorgungsaufwendungen für das Haushaltsjahr 2012 sind unmittelbar gegenzurechnen:

<b>Haushaltsbelastung im Haushaltsplanentwurf 2012</b>	<b>in EUR</b>
Gesamtsumme Personal- und Versorgungsaufwendungen im Haushaltsplanentwurf 2012	187.453.719
<b><i>Gegenzurechnen sind:</i></b>	
Erstattungen für die Personalgestellung	-19.412.048
Erträge aus dem Aufbau von Forderungen	-2.989.728
Aufwand aus dem Abbau von Forderungen	1.181.437
Sonstige Erträge (Zuwendungen z. B. für Drittfinanzierungen etc.)	-8.620.715
<b>Saldierte Belastung im Haushaltsplanentwurf 2012</b>	<b>157.612.665</b>

#### 1.4 Finanzplan 2012

Der Finanzplan weist neben den erwarteten Einzahlungen und Auszahlungen, die sich methodisch aus den Ansätzen des Ergebnisplanes für die laufende Verwaltungstätigkeit und für die Finanzerträge bzw. -aufwendungen ergeben, auch die Ermächtigungen für die zu leistenden Investitionen sowie die im Rahmen der Finanzierungstätigkeit geplanten Kreditaufnahmen und -tilgungen aus.

Beim Vergleich der erwarteten Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit im Finanzplan mit den Erträgen und Aufwendungen im Ergebnisplan ergeben sich aufgrund nicht zahlungsrelevanter Ansätze im Ergebnisplan bzw. nicht ergebnisrelevanter Ansätze im Finanzplan Abweichungen.

Diese Abweichungen werden nachstehend neben den Ansätzen in der Investitions- und Finanzierungstätigkeit erläutert.

##### 1.4.1 Gegenüberstellung von Ergebnis- und Finanzplan

Der Ergebnisplan 2012 ist ausgeglichen veranschlagt. Demgegenüber weist der Finanzplan einen Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von - 6.151.859 EUR aus.

Die Abweichung von 6.151.859 EUR ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt. Die einzelnen Zeilen des Ergebnis- und des Finanzplanes werden hier nur insoweit abgebildet, als Abweichungen zwischen Ergebnis- und Zahlungswirksamkeit vorliegen.

Bezeichnung	Saldierte Abweichung Ergebnis- / Finanzplan - EUR -	Gründe für die Abweichungen Ergebnis-/Finanzplan
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	+ 18.690.516	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen <sup>1)</sup>
Sonstige ordentliche Erträge / Einzahlungen	+ 2.639.203	Erträge dem Aufbau von Forderungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, abzugsfähige Vorsteuer / Umsatzsteuereinzahlungen <sup>2)</sup>
<b>Saldo Erträge / Einzahlungen</b>	<b>+ 21.329.719</b>	
Personalaufwendungen / -auszahlungen	+ 11.286.035	Zuführung zu Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit sowie Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit <sup>3)</sup>
Versorgungsaufwendungen / -auszahlungen	- 9.151.429	Inanspruchnahme von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen <sup>4)</sup>
Aufwendungen / Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	+ 62.500	Zuführung zu Rückstellungen für Prüfungen und Finanzdienstleistungen <sup>5)</sup>
Bilanzielle Abschreibungen	+ 12.257.317	Abschreibungen
Sonstige ordentliche Aufwendungen / Auszahlungen	+ 723.437	Einstellungen in Sonderposten, Aufwand aus dem Abbau von Forderungen / Umsatzsteuervorauszahlungen <sup>6)</sup>
<b>Saldo Aufwendungen / Auszahlungen</b>	<b>+ 15.177.860</b>	
<b>Abweichung</b>	<b>- 6.151.859</b>	<b>Ordentliches Ergebnis zu Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit im Finanzplan</b>

- 1) Es sind im Ergebnisplan 2012 nicht zahlungswirksame Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuweisungen und Zuschüsse von insgesamt 18.690.516 EUR veranschlagt. Der überwiegende Teil von 18.000.000 EUR entfällt auf die Investitionspauschale Eingliederungshilfe. Diese als Sonderposten anzusetzende Zuweisung für investive Zwecke wird als Einzahlung in der Investitionstätigkeit veranschlagt. Im Jahr der Zahlung erfolgt eine vollständige ergebniswirksame Auflösung des Sonderpostens.
- 2) Im Ergebnisplan 2012 sind für die vom Land NRW übernommene Versorgungsverwaltung und die Personalgestellung nicht zahlungswirksame Erträge aus dem Aufbau von Forderungen in Höhe von 2.989.728 EUR veranschlagt, da die vom LWL für die zukünftig ausscheidenden Beamtinnen / Beamten zu zahlenden Versorgungsbezüge in voller Höhe dem LWL erstattet werden.  
Für die Deckung der abrechnungsfähigen Leistungen der Ausgleichsabgabe sind Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens der Ausgleichsabgabe in Höhe von 220.400 EUR veranschlagt.  
Für abzugsfähige Vorsteuer ist aus buchungstechnischen Gründen ein nicht zahlungswirksamer Betrag von 136.833 EUR berücksichtigt.  
Demgegenüber stehen nicht ergebniswirksame Umsatzsteuereinzahlungen im Finanzplan von 707.758 EUR.
- 3) Es sind Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen, Beihilfen und Altersteilzeit in Höhe von insgesamt 12.154.559 EUR veranschlagt. Die Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeit der Beamten und Tariflich Beschäftigten ist aufwandsmindernd mit einem Betrag von 868.524 EUR im Ergebnisplan berücksichtigt.
- 4) Für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen sind Beträge in Höhe von 7.594.306 EUR bzw. 1.557.123 EUR aufwandsmindernd im Ergebnisplan veranschlagt.
- 5) In der Produktgruppe „Finanzmanagement und Controlling“ ist eine Zuführung zu Rückstellungen für Prüfungen und Finanzdienstleistungen in Höhe von 62.500 EUR veranschlagt.
- 6) Für die Einstellung in den Sonderposten LWL-Berufsbildungswerk Soest für Instandhaltung und Investitionen ist ein Betrag von 113.000 EUR veranschlagt. Darüber hinaus sind nicht zahlungswirksame Aufwendungen aus dem Abbau von Forderungen für die vom LWL im Rahmen der Personalgestellung zu zahlenden Versorgungsbezüge von 1.181.437 EUR berücksichtigt, weil diese dem LWL in voller Höhe erstattet werden. Demgegenüber stehen nicht ergebniswirksame Umsatzsteuervorauszahlungen im Finanzplan von 571.000 EUR.

#### 1.4.2 Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionen summieren sich auf **28,5 Mio. EUR**. Im Einzelnen sind veranschlagt:

- Erwerb von beweglichem Anlagevermögen 7,6 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat zur Finanzierung von Investitionen in den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen (einschl. nicht rückzahlbarer Zuschüsse in Höhe von rd. 1,1 Mio. EUR) 5,9 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Dezernat BLB und KVW zur Finanzierung von Investitionen im LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb 7,9 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat zur Finanzierung von Investitionen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe (1,5 Mio. EUR) sowie Zuschüsse aus dem „10 Mio. EUR-Programm“ für die Wohnraumbeschaffung im Bereich des Ambulant Betreuten Wohnens 3,5 Mio. EUR
- Ausleihungen im Dezernatsbudget LWL-Erster Landesrat zur Weiterdotierung eines Versorgungsfonds zur teilweisen Sicherstellung der Generationengerechtigkeit 0,5 Mio. EUR

#### 1.4.3 Finanzierungstätigkeit

Unter Berücksichtigung gesondert finanzierter investiver Auszahlungen (Einzahlungen aus „Treuhandvermögen“, Geringwertige Wirtschaftsgüter, Zahlung in einen Versorgungsfonds) ergibt sich zur **Finanzierung** der im Haushaltsplanentwurf 2012 veranschlagten **Investitionen ein Kreditbedarf** in Höhe von **12,2 Mio. EUR**, der als **Einzahlung in der Finanzierungstätigkeit** veranschlagt ist.

Davon wird ein Teilbetrag in Höhe von 4,8 Mio. EUR zur Finanzierung von Investitionen in den Wirtschaftsplänen 2012 in Form von verzinslichen Trägerdarlehen an die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen gegeben. Durch die in den Folgejahren an den LWL-Haushalt zurückfließenden Tilgungsleistungen der Einrichtungen (Ansatz 2012: 1,9 Mio. EUR) erfolgt die kreditfinanzierte Gewährung von Trägerdarlehen für den LWL unter dem Strich haushaltsneutral.

Dem **Kreditbedarf** von **12,2 Mio. EUR** stehen **ordentliche Tilgungsleistungen** in Höhe von **13,0 Mio. EUR** gegenüber.

Demgegenüber steht der zunehmende **Liquiditätsbedarf** des LWL. Gedeckt wird dieser über Liquiditätskredite, aber auch durch Gelder, die dem LWL im Rahmen des sog. „Cash-Pooling“ durch die Eigenbetriebe zur Verfügung gestellt werden.

Absehbar ist, dass erhebliche Mittel von den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen im Zuge der Umsetzung des „priorisierten Bauprogrammes“ und für Projekte zum notwendigen Ausbau der EDV-Strukturen gebraucht werden. Diese Mittel stehen dann für die „Mutter LWL“ nicht mehr zur Verfügung und werden die Aufnahme weiterer Kredite zur Liquiditätssicherung bei Banken notwendig machen. Hierdurch entsteht ein zusätzlicher Zinsaufwand.

Im Übrigen zeichnet sich zur Liquiditätslage bereits jetzt ab, dass der LWL zur Abdeckung von Liquiditätsbedarfsspitzen mit dem in **§ 5 der Haushaltssatzung festgelegten Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, in Höhe von bisher 400 Mio. EUR nicht mehr auskommen wird.

**Deshalb ist eine Anhebung des Höchstbetrages auf 600 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2012 notwendig.**

Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der LWL zum Ende des Jahres 2011 voraussichtlich Liquiditäts- und Investitionskredite sowie fremde Gelder in einer **Größenordnung von über 750 Mio. EUR in Anspruch genommen haben.**

## **1.5 Schwerpunkte des LWL-Haushaltes**

### **1.5.1 LWL-Direktor**

#### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0105 – Politische Gremien
- 0106 – Verwaltungsführung
- 0107 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- 0108 – Gleichstellung von Frau und Mann
- 0201 – Statistik
- 1501 – Unternehmensbeteiligungen

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

#### **Produktgruppe 1501 – Unternehmensbeteiligungen –**

##### Aufgabe

Das Referat LWL-Unternehmensbeteiligungen steuert und kontrolliert vom LWL gehaltene Beteiligungen an Unternehmen zwecks Wahrnehmung der Eigentümerinteressen des LWL.

Die Produktgruppe beinhaltet dementsprechend das Produkt "Beteiligungen".

Ziel ist die Erfüllung von Aufgaben der sog. Daseinsvorsorge sowie die Optimierung von Erträgen und Aufwendungen. Wesentliche Beteiligungen des LWL sind dabei in dessen 100 %-iger Tochtergesellschaft, der Westfälisch-Lippischen Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Münster, (WLV) gebündelt.

#### Besonderheiten im Planjahr

Die Deckung des Aufwands der vom Landschaftsausschuss im Frühjahr 2009 beschlossenen Beteiligung des LWL an einer Garantie im Rahmen des Phoenix-Risikoschirmes für die WestLB AG in Höhe von 120 Mio. EUR (abzüglich rd. 10 Mio. EUR Eigenanteil der WLV) erfolgt durch die Inanspruchnahme einer in der Eröffnungsbilanz hierfür eingestellten Rückstellung. Zu dessen Finanzierung werden Gesellschafterdarlehen der WLV in entsprechender Höhe an den LWL zurückgezahlt. Die WLV muss hierfür entsprechende Bankdarlehen aufnehmen. Um die hieraus resultierende „Konzernverschuldung“ des LWL mittelfristig wieder abzubauen, soll die WLV diese Bankdarlehen durch eine Innenfinanzierung in Form von Ergebnisthesaurierungen selbst zurückführen. Deshalb sollten dem LWL für die Haushaltsjahre bis 2015 keine Erträge aus Gewinnausschüttungen der WLV zufließen.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ist allerdings gleichwohl für die Jahre 2011 - 2013 eine Gewinnausschüttung durch die WLV vorgesehen, so dass sich die Refinanzierung der Bankdarlehen der WLV deutlich verzögern wird.

Darüber hinaus ist seit dem Jahr 2009 auf der Basis der Beschlussfassung des Landschaftsausschusses vom 14.12.2007 (Vorlage 12/0993) über die Verwendung des Ertrages in Höhe von rd. 230 Mio. EUR aus dem Verkauf der Beteiligung an der RWE Westfalen-Weser-Ems AG (RWE WWE) eine sukzessive Rückführung weiterer Gesellschafterdarlehen von der WLV an den LWL vorgesehen.

Zur Finanzierung der in 2012 geplanten Investitionen und Schuldentilgungen ist daher die Rückzahlung von Gesellschafterdarlehen in Höhe von 18 Mio. EUR im Finanzplan veranschlagt.

Die Erträge des LWL aus der Verzinsung des Gesellschafterdarlehens durch die WLV verringern sich infolge der o. g. Darlehensrückzahlungen entsprechend.

## 1.5.2 LWL-Dezernat Erster Landesrat

### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0103 – Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten
- 0104 – Personalmanagement
- 0112 – Personalgestellung
- 0102 – LWL.IT Service
- 0101 – Finanzmanagement und Controlling
- 1701 – Rosa-Schütz-Stiftung
- 1702 – Cläre-Schröder-Stiftung
- 1703 – Detlef und Heide-Marie Hirschfeld-Stiftung
- 1704 – Stiftung Sammlung Cremer
- 1705 – Frost-Stiftung
- 1706 – Liese-Lotte-Fleck-Stiftung
- 1707 – Piepmeier-Stiftung
- 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

### **Produktgruppe 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft –**

#### Aufgabe

In der Produktgruppe „Allgemeine Finanzwirtschaft“ erfolgt die Ermittlung und Festsetzung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage sowie die Veranschlagung und Bewirtschaftung der Landschaftsumlage, der Schlüsselzuweisungen und der sonstigen Bedarfszuweisungen. Weiterhin erfolgt in dieser Produktgruppe die zentrale Schulden- und Vermögensverwaltung.

#### Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel

Bis zur Drucklegung des Haushaltsplanentwurfes 2012 lagen weder der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2012 noch entsprechende Modellrechnungen des IT.NRW vor. Die Ermittlung der Allgemeinen Deckungsmittel des LWL erfolgte aus diesem Grunde auf der Basis von Eigenberechnungen und ist daher noch mit Unsicherheiten behaftet.

Die Steuerkraftzahlen der Gemeinden und Städte in Westfalen-Lippe haben sich nach dem Einbruch im Vorjahr in der Referenzperiode (01.07.2010 - 20.06.2011) wieder deutlich erhöht (+ 9,1 %). Die Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen in Westfalen-Lippe werden wegen eines erwarteten Anstiegs des Verbundbetrages ebenfalls ansteigen. Die Schätzung des LWL geht in 2012 von einem Zuwachs der Schlüsselzuweisungen von + 3,2 % aus.

Dies führt dazu, dass die Umlagegrundlagen des LWL für das Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 2011 um rd. 710,0 Mio. EUR (+ 7,3 %) auf rd. 10,5 Mrd. EUR steigen. Daneben wird unterstellt, dass die eigenen Schlüsselzuweisungen des LWL im Jahr 2012 um rd. 24,5 Mio. EUR (+ 6,6 %) auf rd. 398,0 Mio. EUR steigen.

Trotz der steigenden Umlagegrundlagen und daraus resultierender erheblicher Mitnahmeeffekte ist aufgrund des strukturellen Defizits aus dem Haushaltsjahr 2011 sowie der ungebrochen steigenden Sozialtransferaufwendungen eine Erhöhung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 15,7 % um 0,8 %-Punkte auf 16,5 % erforderlich.

Auf der Basis der geschätzten Schlüsselzuweisungen und Umlagegrundlagen sowie des Hebesatzes zur Landschaftsumlage von 16,5 % ergeben sich für das Jahr 2012 folgende Ansätze für die Allgemeinen Deckungsmittel:

- Landschaftsumlage: rd. 1.726,7 Mio. EUR  
(Mehrerträge gegenüber 2011 = rd. 195,2 Mio. EUR)
- Schlüsselzuweisungen: rd. 398,0 Mio. EUR  
(Mehrerträge gegenüber 2011 = rd. 24,5 Mio. EUR)

Bei den einzelnen Faktoren, die die Höhe der Umlagegrundlagen beeinflussen, wird für den Landesteil Westfalen-Lippe mit folgenden Steigerungsraten (ebenfalls Eigenberechnungen) gegenüber den für den Haushalt 2011 zugrundegelegten Daten gerechnet:

Umlagegrundlagen	2012 <sup>2)</sup>	2011 <sup>1)</sup>	Veränderung 2012 zu 2011 %
	TEUR		
Grundsteuer A + B	1.130.929	1.087.092	4,0
Gewerbsteuer (netto)	3.073.695	2.589.520	18,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer	2.873.709	2.779.122	3,4
Kompensationsleistungen, Kinderbonus	272.511	282.124	- 3,4
<b>Steuerkraftzahlen insgesamt</b> (Steuerkraftmesszahl)	<b>7.350.844</b>	<b>6.737.858</b>	<b>9,1</b>
Schlüsselzuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden und Kreise	3.113.706	3.016.765	3,2
<b>Umlagegrundlagen insgesamt</b>	<b>10.464.550</b>	<b>9.754.623</b>	<b>7,3</b>
<b>Umlageaufkommen unter Berücksichtigung eines Hebesatzes in Höhe von 15,7 % in 2011 und 16,5 % in 2012</b>	<b>1.726.651</b>	<b>1.531.476</b>	<b>12,7</b>

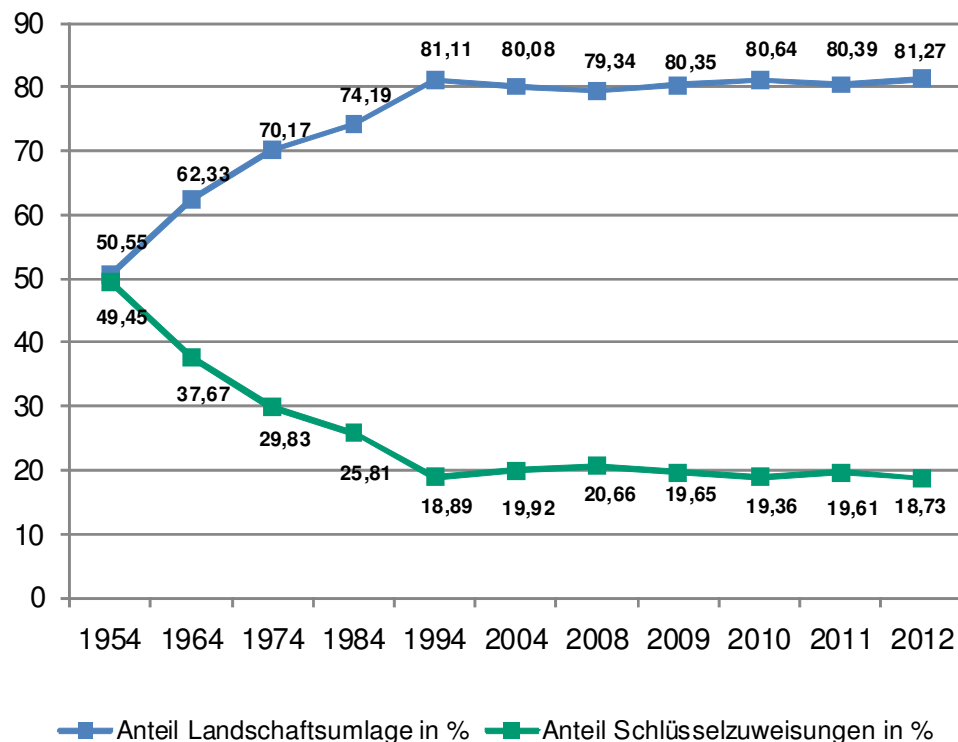
In absoluten Zahlen stellt sich die Entwicklung der Allgemeinen Deckungsmittel wie folgt dar:

	Landschaftsumlage und Schlüsselzuweisungen insgesamt	davon entfallen auf					
		Landschaftsumlage			Schlüsselzuweisungen		
				Veränderung gegenüber Vorjahr			Veränderung gegenüber Vorjahr
		Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	%
1954	28,11	14,21	50,55	-	13,90	49,45	-
1964	107,29	66,87	62,33	-	40,42	37,67	-
1974	353,32	247,94	70,17	-	105,38	29,83	-
1984	831,78	617,13	74,19	-	214,65	25,81	-
1994	1.759,37	1.426,97	81,11	-	332,40	18,89	-
2009	1.987,56	1.596,93	80,34	8,56	390,63	19,66	1,97
2010	1.922,10	1.549,89	80,64	-2,95	372,21	19,36	-4,72
2011 <sup>1)</sup>	1.904,95	1.531,48	80,39	-1,19	373,47	19,61	0,34
2012 <sup>2)</sup>	2.124,65	1.726,65	81,27	12,74	398,00	18,73	6,57

Anmerkungen:

- 1) Ansatz
- 2) Entwurf

Die nachfolgende Grafik zeigt die prozentuale Entwicklung der Landschaftsumlage und der Schlüsselzuweisungen:



### 1.5.3 LWL-Jugenddezernat

#### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0399 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 50
- 0301 – Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen
- 0601 – Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung
- 0602 – Erzieherische Hilfen
- 0701 – LWL-Koordinationsstelle Sucht
- 0302 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Soest
- 0303 – LWL-Internat Soest
- 0501 – LWL-Berufsbildungswerk Soest - Förderzentrum für blinde und sehbehinderte Menschen
- 0304 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Paderborn
- 0305 – LWL-Internat Paderborn
- 0306 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Olpe
- 0307 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Münster
- 0308 – LWL-Wohngruppe und Internat Münster
- 0309 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Dortmund
- 0310 – LWL-Internat Dortmund
- 0311 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bochum
- 0312 – LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bielefeld
- 0313 – LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm
- 0603 – LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

#### **Produktgruppe 0601 – Kindertageseinrichtungen/Jugendförderung –**

##### Aufgabe

Es handelt sich zum einen um die gesetzlichen Ansprüche von Kindern mit Behinderung auf heilpädagogische Leistungen gemäß §§ 56 SGB IX, 53, 54 SGB XII. Diese Leistungen werden in heilpädagogischen (einschließlich additiven) Kindertageseinrichtungen gewährt.

Zum anderen fördert der LWL die integrative Erziehung von Kindern mit Behinderung und ohne Behinderung in integrativen Kindertageseinrichtungen nach Maßgabe der vom Landschaftsausschuss von Dezember 2008 beschlossenen Förderrichtlinien (in der Fassung von Februar 2011).

Nach dem Beschluss des Landschaftsausschusses von Juli 2003 hat dabei die Förderung von Kindern in der integrativen Kindertageseinrichtung Vorrang vor der Förderung in heilpädagogischen (einschließlich additiven) Kindertageseinrichtungen. Dies entspricht dem gesetzlichen Integrationsgebot nach §§ 4 SGB IX, 22a SGB VIII und § 8 Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Eingeschlossen sind Nebenleistungen wie z.B. Fahrtkosten sowie Fachberatungs- und Fortbildungspauschalen für die Träger der Kindertageseinrichtungen.

Die Produktgruppe beinhaltet die Produkte „Kinder- und Jugendförderung: Fachberatung“, „Tagesbetreuung von Kindern“, „Finanzierung von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen“, „Kinder- und Jugendförderung: finanzielle Förderung“ sowie „Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder“.

Ein wesentliches Aufgabengebiet ist hierbei die Sicherstellung der Versorgung von über 9.000 Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen.

Die Aufgaben bestehen in der Erteilung von Kostenzusagen und Bewilligungsbescheiden (zzgl. Änderungsbescheiden), der Bedarfsplanung mit Jugendämtern und Trägern bei Beachtung des Vorrangs von wohnortnaher und integrativer Versorgung, der Weiterentwicklung des Versorgungssystems sowie der Gewährung der Nebenleistungen (z.B. Fahrtkosten, Fachberatungs- / Fortbildungspauschale für Träger).

Der LWL-Landesjugendhilfeausschuss hat im Dezember 2009 eine Weiterentwicklung der rund 80 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen in Westfalen-Lippe beschlossen. 52 dieser Einrichtungen arbeiten bereits zusammen mit Regel-Kindertageseinrichtungen unter einem Dach. In einem mittelfristigen Prozess bis 2015 sollen die verbleibenden 28 heilpädagogischen Kindertageseinrichtungen ebenfalls auf diese Weise umgestaltet werden. Damit wird das im Kontext der UN-Behindertenrechts-Konvention maßgebliche Ziel erreicht, dass alle Kinder mit Behinderung zusammen mit Kindern ohne Behinderung gefördert werden.

Die bisherige Aufwandsentwicklung des Aufgabenbereichs „Versorgung von Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen“ stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Ergebnis der Haushaltsrechnung in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in %
2005	83,4	+ 2,9	+ 3,6
2006	84,3	+ 0,9	+ 1,1
2007	91,3	+ 7,0	+ 8,3
2008	92,0	+ 0,7	+ 0,8
2009	99,8	+ 7,8	+ 8,5
2010	104,7	+ 4,9	+ 4,9
2011 (Ansatz)	109,1	+ 4,4	+ 4,2
2012 (Entwurf)	106,8	- 2,3	- 2,1

Die Fallzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	Heilpädagogische und Additive Einrichtungen (Eingliederungshilfe für Kinder)		Integrative Kindertageseinrichtungen (Kinder- / Jugendhilfe)	
	Kinder	Anteil in %	Kinder	Anteil in %
2005	2.100	31,7	4.520	68,3
2006	2.100	29,7	4.982	70,3
2007	2.100	28,9	5.156	71,1
2008	2.153	27,8	5.605	72,2
2009	2.160	24,4	6.708 <sup>1)</sup>	75,6
2010	2.155	23,2	7.116 <sup>2)</sup>	76,8
2011 (Ansatz)	2.150	23,4	7.028 <sup>3),5)</sup>	76,6
2012 (Entwurf)	2.140	23,2	7.086 <sup>4),5)</sup>	76,8

Anmerkung:

<sup>1)</sup> inkl. 100 Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren

<sup>2)</sup> inkl. 300 Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren

<sup>3)</sup> inkl. 500 Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren

<sup>4)</sup> inkl. 600 Kindern mit Behinderung unter 3 Jahren

<sup>5)</sup> vorübergehend rückläufige Fallzahlen wegen Verringerung der zurückgestellten Kinder

## Produktgruppe 0301 – Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen -

### Aufgabe

Die Produktgruppe dient der Sicherstellung der dem LWL als gesetzlich verpflichteter Schulträger obliegenden Aufgaben.

Die Produktgruppe beinhaltet die Produkte „Zentrale Schulträgeraufgaben“, „Schülerbeförderung“ und „Schulen in fremder Trägerschaft“.

Das Produkt „Zentrale Schulträgeraufgaben“ beinhaltet die Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes für körperbehinderte, sinnesgeschädigte und sprachbehinderte Kinder auf wirtschaftlich vertretbarer Basis sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen auf der Grundlage des Schulgesetzes NRW und der Beschlüsse durch die Landschaftsversammlung und seiner Fachausschüsse.

Das Produkt „Schülerbeförderung“ gewährleistet eine ordnungsgemäße, behindertengerechte, zumutbare und wirtschaftliche Schülerbeförderung zu den LWL-Schulen und zurück zum Elternhaus nach den Vorgaben der Schülerfahrtkostenverordnung. Hierfür sind in 2012 Schülerfahrtkosten für den Schülerspezialverkehr in Höhe von 19,1 Mio. EUR vorgesehen.

Das Produkt „Schulen in fremder Trägerschaft“ stellt die Wahrnehmung von Schulträgeraufgaben, zu denen der LWL gesetzlich verpflichtet ist, durch andere Schulträger sicher. Neben den LWL-Förderschulen in eigener Trägerschaft gibt es zwei weitere Förderschulen in fremder Trägerschaft, die in die Schulentwicklungsplanung des LWL mit einbezogen sind und für die der LWL als eigentlich gesetzlich verpflichteter Schulträger die anteiligen Betriebskosten, auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie eines Beschlusses des Landschaftsausschusses, trägt.

Es handelt sich um die:

- Städt. Förderschule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Olsberg in der Trägerschaft der Stadt Olsberg sowie
- Oberlinsschule, Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung in Volmarstein in der Trägerschaft der Evangelischen Stiftung Volmarstein.

Schließlich beteiligt sich der LWL, auf der Grundlage eines Vertrages, auch an den Kosten des Rhein.-Westf. Berufskollegs (Förderschule), Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation in Essen, das in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) steht.

In 2012 sind für diese Förderschulen in fremder Trägerschaft Erstattungen von anteiligen Betriebskosten in Höhe von 3,5 Mio. EUR vorgesehen.

Im Gegenzug beteiligt sich der LVR an den anteiligen Betriebskosten des / der:

- LWL-Berufskollegs Soest, LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen (Produktgruppe 0302),
- LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen, Soest (Produktgruppe 0302) sowie
- Rhein.-Westf. Realschule, LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation Dortmund (Produktgruppe 0310).

### **Produktgruppen LWL-Förderschulen im Bereich der einzelnen LWL-Schulverwaltungen**

#### Aufgabe

Die Landschaftsverbände sind gem. § 78 Abs. 3 Schulgesetz (SchulG) verpflichtet, Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen und in der Sekundarstufe I Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache zu errichten und fortzuführen.

Die Schulträgerschaft des LWL umfasst im Jahr 2012 insgesamt 35 LWL-Förderschulen, die innerhalb der Produktgruppen jeweils als ein eigenes Produkt abgebildet werden.

Aufgabe ist die Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch die Bereitstellung der räumlichen, sächlichen und personellen (außer Lehrkräfte) Ressourcen in Erfüllung der Aufgabe als Schulträger auf der Grundlage des Schulgesetzes NRW und der Errichtungsbeschlüsse durch den Landschaftsausschuss sowie die Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten Schulangebotes.

Bei den LWL-Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung ist auch die pflegerische Versorgung sowie die therapeutische Behandlung der Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

## Besondere Entwicklungen

Die Entwicklung der Schülerzahlen im Zeitraum 2009 bis 2012 ergibt sich aus nachfolgender Übersicht:

Schultyp	Anzahl	Schülerzahl			
		2009	2010	2011	2012
LWL-Förderschulen, Förderschwerpunkt:					
- Hören und Kommunikation	6	1.057	994	996	966
- Sehen	7	588	594	607	611
- körperliche und motorische Entwicklung	14	2.988	2.951	3.006	3.002
- Sprache (Sek. I)	6	863	880	874	882
Rhein.-Westf. Realschule, LWL- Förderschule, Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation, Dortmund	1	245	231	235	235
LWL-Berufskolleg Soest, LWL-Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen	1	352	310	300	290
<b>LWL-Förderschulen insgesamt</b>	<b>35</b>	<b>6.093</b>	<b>5.960</b>	<b>6.018</b>	<b>5.986</b>
LWL-Schulen für Kranke Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg	3	413	421	417	426
LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm	1	500	458	493	423
<b>LWL-Schulen insgesamt</b>	<b>39</b>	<b>7.006</b>	<b>6.839</b>	<b>6.928</b>	<b>6.835</b>
Oberlinschule der Ev. Stiftung Volmarstein	1	274	284	273	275
Städt. Förderschule Olsberg	1	175	176	174	172
<b>LWL-finanzierte Schulen insgesamt</b>	<b>41</b>	<b>7.455</b>	<b>7.299</b>	<b>7.375</b>	<b>7.282</b>

Die LWL-Schulen für Kranke der kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken in Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg werden seit 1998 im Dezernatsbudget LWL-Krankenhausdezernat veranschlagt.

## 1.5.4 LWL-Sozialdezernat

### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0598 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 60
- 0502 – Individuelle Hilfestellung im Einzelfall
- 0503 – Planung, Finanzierung, Steuerung und Qualitätssicherung der Behindertenhilfe- und Pflegeeinrichtungen
- 0599 – Zentrale Aufgaben der Abteilung 61
- 0504 – Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht
- 0505 – Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen
- 0507 – Leistungen nach dem Bergmannsversorgungsscheinggesetz
- 0506 – Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht

Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen:

### **Produktgruppe 0502 – Individuelle Hilfestellung im Einzelfall –**

#### Aufgabe

Individuelle Hilfen sind bedarfsgerechte Leistungen, die unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles nach den Grundsätzen der Subsidiarität, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erbracht werden.

Die Hilfeleistungen sind dazu bestimmt,

- fast 56.000 Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen oder durch ambulante oder stationäre Wohnhilfen zu einem selbstbestimmten und weitgehend selbständigen Leben zu befähigen,
- pflegebedürftige Menschen bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens zu unterstützen,
- Menschen, die in besonderen sozialen Schwierigkeiten leben, bedarfsgerechte Hilfen zur Überwindung dieser Schwierigkeiten zu leisten,
- behinderungsbedingte Mehraufwendungen von Blinden, hochgradig sehbehinderten und gehörlosen Menschen finanziell auszugleichen.

Die Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ (0502) ist mit insgesamt 12 Produkten und einem negativen ordentlichen Ergebnis von rd. - 1.762 Mio. EUR von herausragender Bedeutung für den Gesamthaushalt des LWL.

Mit rd. 94 % entfällt der überwiegende Teil der Transferaufwendungen auf die Leistungen nach dem SGB XII, im Übrigen werden die Transferaufwendungen für die Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfen für Blinde und Gehörlose (GHBG) sowie anderen gesetzlichen Bestimmungen benötigt.

Die bisherige Aufwandsentwicklung der Produktgruppe „Individuelle Hilfestellung im Einzelfall“ stellt sich wie folgt dar:

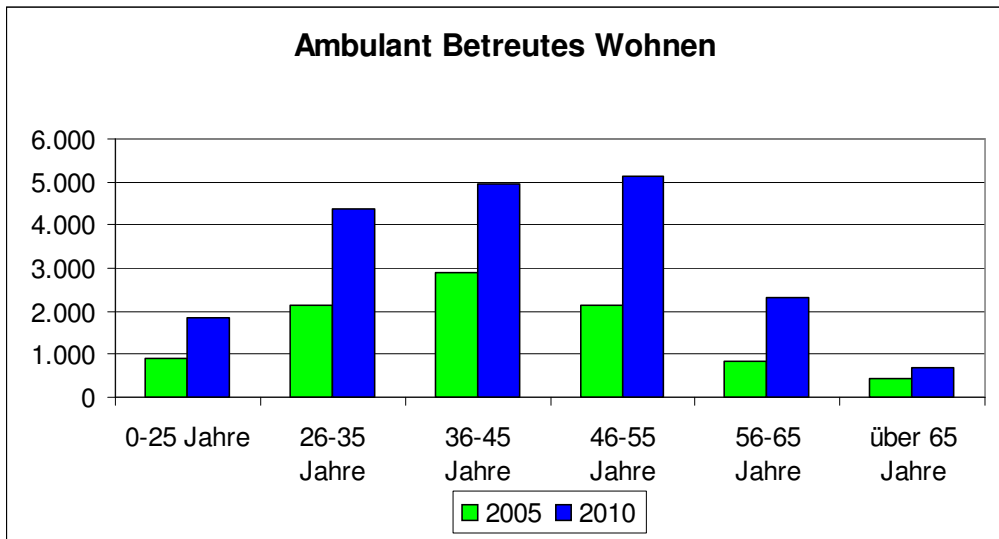
Jahr	Ergebnis der Haushaltsrechnung in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in Mio. EUR	Veränderung (+ / -) in %
2005	- 1.392	- 28	- 2,0
2006	- 1.373	+ 19	+ 1,4
2007	- 1.442	- 69	- 5,0
2008	- 1.529	- 87	- 6,0
2009	- 1.611	- 82	- 5,4
2010	- 1.654	- 43	- 2,7
2011 (Ansatz)	- 1.673	- 19	- 1,1
2012 (Entwurf)	- 1.762	- 89	- 5,3

Der größte Teil der Aufwendungen dieser Produktgruppe entfällt auf ambulante oder stationäre Wohnhilfen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Leistungen der Eingliederungshilfe.

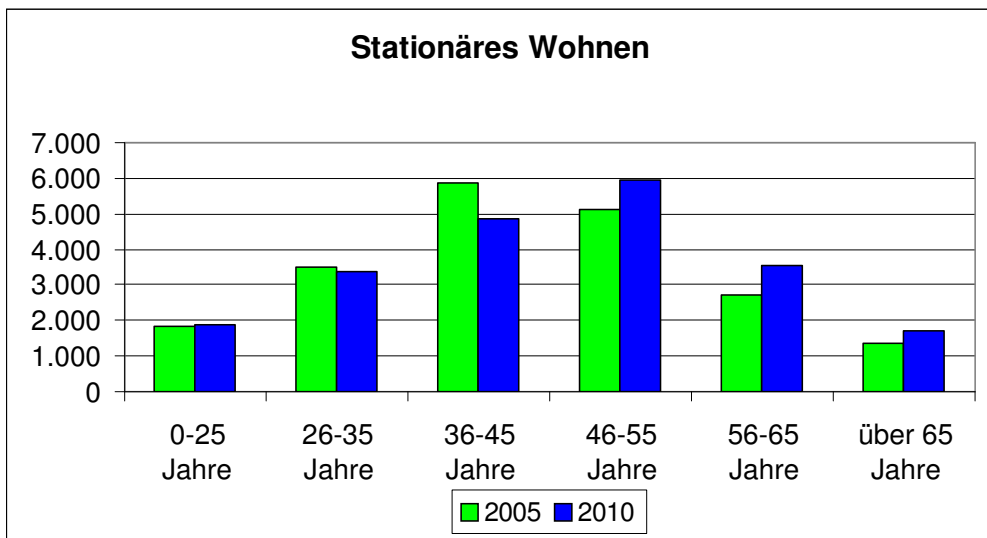
Die Fallzahlen im „Stationären Wohnen“ und im „Ambulant Betreuten Wohnen“ haben sich in den Jahren 2005 bis 2012 wie folgt entwickelt:

Jahr	Stationäres Wohnen (Jahresdurchschnitt)		Ambulant Betreutes Wohnen (Jahresdurchschnitt)	
	Personen	Anteil in %	Personen	Anteil in %
2005	19.824	69,7	8.625	30,3
2006	20.265	67,6	9.702	32,4
2007	20.680	64,4	11.441	35,6
2008	20.869	59,6	14.127	40,4
2009	20.890	56,9	15.830	43,1
2010	21.079	53,3	18.447	46,7
2011 (Ansatz)	21.000	53,0	18.660	47,0
2012 (Entwurf)	21.050	49,6	21.370	50,4

Die Altersstruktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von Wohnhilfen, im Vergleich der Jahre 2005 und 2010, stellt sich folgendermaßen dar:



Das Durchschnittsalter lag beim Ambulant Betreuten Wohnen im Jahr 2005 bei 41,8 Jahren und im Jahr 2010 bei 42,5 Jahren.



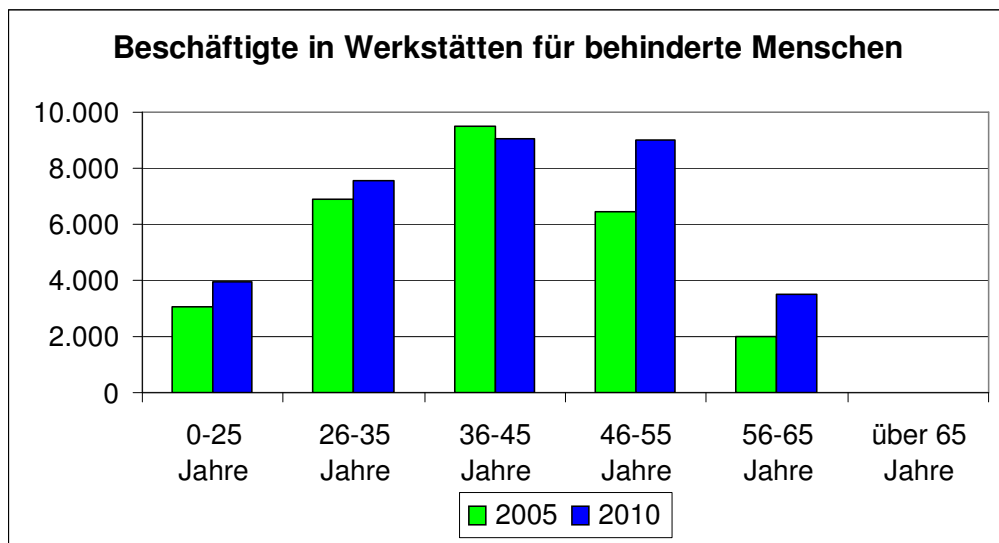
Das Durchschnittsalter lag beim Stationären Wohnen im Jahr 2005 bei 44,3 Jahren und im Jahr 2010 bei 45,8 Jahren.

Die Fallzahlen in den Werkstätten für behinderte Menschen haben sich in den Jahren 2005 bis 2012 wie folgt entwickelt:

Jahr	Besucher WfbM (Jahresdurchschnitt)	Personen im Berufsbildungsbereich (Stand: 01.05. bzw. 01.01. ab 2010)
2005	27.258	4.414
2006	28.305	4.333
2007	29.341	4.373
2008	30.313	4.458
2009	31.180	4.704
2010	32.203	4.504
2011 (Ansatz)	32.818	4.495
2012 (Entwurf)	34.137	

Aufgrund der hohen Fallzahlen im Berufsbildungsbereich ist auch in den nächsten Jahren mit erheblichen Zuwächsen im Arbeitsbereich der Werkstätten für behinderte Menschen zu rechnen. Im Berufsbildungsbereich ist die Agentur für Arbeit Kostenträger.

Die Altersstruktur der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in Werkstätten, im Vergleich der Jahre 2005 und 2010, sieht wie folgt aus:



#### Besonderheiten im Planjahr

Die Rahmenzielvereinbarungen über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – Werkstätten für behinderte Menschen – und die Rahmenzielvereinbarung Wohnen II zwischen den Westf. Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und dem LWL zur Weiterentwicklung der Hilfen nach dem 8. Kapitel SGB XII werden unter fachlichen und finanziellen Aspekten weiter umgesetzt.

Am 01.06.2009 ist die Erste Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten. Die Landschaftsverbände sind weiterhin befristet bis zum 30.06.2013 für das Ambulant Betreute Wohnen von Menschen mit Behinderungen zuständig. Eine Entscheidung über die weitere Aufgabenübertragung wird im Jahr 2012 erwartet.

Durch die Zusammenführung der sachlichen Zuständigkeit für Leistungen in verschiedenen Wohnformen zum 01.06.2009 ist eine wesentliche Veränderung der Grundlagen eingetreten, die dazu geführt hat, dass sich die Umsetzung der Rahmenzielvereinbarung Wohnen II, anders als ursprünglich geplant, bis in das Jahr 2012 hinein erstrecken wird.

Im Juni 2009 initiierte die LWL-Behindertenhilfe Westfalen das interne Projekt „Teilhabe2012 – Mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – den wegen der demographischen Entwicklung unvermeidbaren Kostenanstieg dämpfen“. Oberstes Ziel dieses Projektes ist es, spätestens im Jahr 2012 messbare Verbesserungen der Teilhabechancen für behinderte Menschen im Bereich Wohnen erreicht zu haben. Bisher gibt es mit den Städten Hagen und Paderborn die ersten Modellkommunen, in denen erprobt wird, die Steuerung weiter zu verbessern.

#### Perspektivische Weiterentwicklung

Nach der Entscheidung der Landesregierung NRW bleiben die Landschaftsverbände bis 2013 für das Ambulant Betreute Wohnen behinderter Menschen verantwortlich. Konzepte zur Weiterentwicklung der ambulanten Angebotsstrukturen auch für Personengruppen mit hohem oder komplexem Unterstützungsbedarf werden zurzeit erarbeitet. Eine Entscheidung des Landes NRW über die Umsetzung der entwickelten Konzepte wird im Jahr 2012 erfolgen.

Die Landschaftsverbände werden damit im Bereich der Eingliederungshilfe den bereits eingeschlagenen Weg konsequent weitergehen, mittel- und langfristig fachliche Weiterentwicklungen im Bereich der Versorgung behinderter Menschen zu gewährleisten und auch haushaltsentlastende Effekte zu erzielen. Dem LWL ist es dabei bereits gelungen, den Zuwachs im stationären Bereich deutlich abzubremsen und gleichzeitig das Verhältnis „ambulant vor stationär“ deutlich in Richtung „ambulant“ zu verbessern.

Das Anteilsverhältnis der ambulanten gegenüber den stationären Wohnhilfen soll zukünftig weiterhin verbessert werden. Bei den Neufällen wird im Hilfeplanverfahren bereits ein Verhältnis von 80 % (ambulant) zu 20 % (stationär) erreicht.

In den kommenden Jahren ist unter anderem aufgrund der demographischen Entwicklung davon auszugehen, dass nach wie vor eine steigende Anzahl von Menschen mit Behinderungen auf Leistungen (insbesondere der Eingliederungshilfe) nach dem SGB XII angewiesen sein wird.

Durch den Abschluss der Rahmenvereinbarung – Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW – vom Juli 2011 soll mehr Menschen mit Behinderung das Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglicht werden. Alt gewordene Menschen mit Behinderung sollen unter Einbeziehung der Pflegeversicherungsleistungen bedarfsgerecht versorgt werden. Weiteres Ziel ist, die Leistungen der Krankenversicherung in die bedarfsgerechte Versorgung von Menschen mit Behinderung einzubeziehen.

## **Produktgruppe 0504 – Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht –**

### Aufgabe

Die Produktgruppe „Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht“ umfasst die Leistungen nach dem SGB IX, Teil 2.

Die einzelnen Produkte sind auf die Förderung und Sicherung der beruflichen Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben ausgerichtet.

Das Finanzvolumen (ohne Personalaufwendungen) beträgt ca. 55,1 Mio. EUR. Die Aufwendungen dieser Produktgruppe werden aus den Erträgen der Ausgleichsabgabe, zweckgebundenen Zuweisungen und erforderlichenfalls aus dem Sonderposten der Ausgleichsabgabe finanziert.

Das LWL-Integrationsamt Westfalen fördert insbesondere durch Investitionszuschüsse die Schaffung und Ausgestaltung behinderungsgerechter Arbeitsplätze und gewährt Arbeitgebern Geldleistungen für außergewöhnliche Belastungen, die mit der Beschäftigung besonderer Gruppen von schwerbehinderten Menschen verbunden sind.

Das LWL-Integrationsamt Westfalen fördert ferner die Schaffung und möglichst dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen für beruflich besonders betroffene schwerbehinderte Menschen in Integrationsprojekten (IP). Dabei handelt es sich um rechtlich und wirtschaftlich selbständige Integrationsunternehmen sowie unternehmensinterne Integrationsbetriebe und –abteilungen (§§ 132 ff. SGB IX).

Das LWL-Integrationsamt Westfalen beteiligt sich an Modell- und Forschungsvorhaben zur beruflichen Eingliederung (schwer)behinderter Menschen. Es konzipiert und finanziert darüber hinaus eigene Arbeitsmarktprogramme für besondere Zielgruppen unter den schwerbehinderten Menschen (derzeit "aktion 5").

Ferner führt das LWL-Integrationsamt Westfalen Seminare zum Schwerbehindertenrecht durch, vor allem für Schwerbehindertenvertretungen, aber auch Beauftragte der Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte. Es publiziert Informationsmaterial und führt Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Schwerbehindertenrecht durch.

Aus den Zuweisungen des LWL-Integrationsamtes Westfalen an die örtlichen Träger des Schwerbehindertenrechts gewähren die dortigen „Fachstellen Behinderte Menschen im Beruf“ z. B. Leistungen für technische Arbeitshilfen (sowohl an Arbeitgeber als auch an schwerbehinderte Beschäftigte), Hilfen zum Erreichen des Arbeitsplatzes, für behinderungsgerechte Wohnungen sowie in besonderen Lebenslagen an schwerbehinderte Beschäftigte.

Leistung	2012	2011	2010
	Entwurf	Ansatz	
Mio. EUR			
Zuschüsse gemäß § 102 SGB IX ohne Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	21,00	19,00	19,27
Integrationsfachdienste- / Integrationsprojekte-Finanzierung	10,13	9,17	9,96
Beteiligung an Sonderprogrammen, Schaffung und Ausstattung von Werkstätten für behinderte Menschen	7,33	7,00	4,92
Zuweisung an örtliche Fürsorgestellen	8,00	8,00	5,21
Schulung, Öffentlichkeitsarbeit, Modell- und Forschungsvorhaben, Sonstiges	0,80	0,80	0,77
Summe	47,26	43,97	40,13

#### Besonderheiten im Planjahr

Das Landesprogramm „**Integration unternehmen**“ wird fortgeführt. Neben dem Land NRW beteiligen sich daran die Landschaftsverbände mit eigenen Fördermitteln aus der Ausgleichsabgabe. Es sollen Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen in Integrationsprojekten geschaffen werden, im Bereich des LWL sind das (im Jahr 2011 und in Folgejahren) rd. 150 neue Arbeitsplätze jährlich, die zum Teil Werkstattplätze ersetzen und den Sozialetat des LWL entlasten.

Für die Fortführung der Arbeit der **Integrationsfachdienste (IFD)** werden für das Jahr 2012 insgesamt bis zu 9,8 Mio. EUR aus Mitteln der Ausgleichsabgabe benötigt. Mit den IFD-Trägern werden unbefristete (Rahmen-)Verträge abgeschlossen. Die IFD leisten Integrationsbegleitung für behinderte und schwerbehinderte Menschen, für deren Arbeitgeber sowie für ihre Auftraggeber, die Träger der beruflichen Rehabilitation und der Arbeitsvermittlung sowie das LWL-Integrationsamt Westfalen.

Die zweite Förderphase (August 2011 bis Juli 2013) des Vorhabens „**STAR-Schule trifft Arbeitswelt - zur Integration schwerbehinderter Jugendlicher**“ ist durch das Land NRW inzwischen bewilligt worden. Es beteiligen sich das Land und die Landschaftsverbände. Der Übergang von der Schule in den Beruf für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf soll verbessert werden. Ein Förderprogramm des Bundes, die „Initiative Inklusion“, soll ebenfalls genutzt werden.

Das Förderprogramm „**Übergang Plus**“ wird fortgeführt. Es bezieht sich auf weitere 300 Übergangsfälle (ab 2011). Ergänzend zu den aus der Ausgleichsabgabe finanzierten Förderungen des LWL-Integrationsamtes Westfalen werden Mittel aus dem Sozialhilfeeat zur Verfügung gestellt, um die dauerhafte Integration von bisher in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) Beschäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen.

In den Modellregionen Kreis Steinfurt und Kreise Paderborn / Höxter hat es für das Projekt der Landschaftsverbände mit der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit **STARTKLARplus** „-vertiefte Berufsorientierung für (schwer-)behinderte Schülerinnen und Schüler“ eine Pilotphase gegeben. Durch das Projekt soll eine frühzeitige berufliche Orientierung und Identifizierung förderbarer Ressourcen erfolgen. Nach der Pilotphase werden bis Herbst 2012 die übrigen westfälischen Regionen in das Projekt einbezogen. Die Kosten werden zu gleichen Teilen durch die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit und die Integrationsämter der Landschaftsverbände getragen.

**Produktgruppe 0505 – Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen –**

Aufgabe

Die Produktgruppe „Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen“ umfasst die Leistungen der Kriegsofopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Nebengesetzen. Die einzelnen Produkte sind auf die Sicherstellung einer individuell angemessenen wirtschaftlichen Versorgung der Leistungsberechtigten ausgerichtet.

Die Aufwendungen nach dem Bundesversorgungsgesetz werden - soweit sie nicht durch sonstige Transfererträge gedeckt sind - zu 80 % vom Bund erstattet. Die Aufwendungen für die Auslandsfürsorge und die Leistungen nach den Nebengesetzen werden zu 100 % erstattet. Lediglich das Pflegegeld belastet zu 100 % den Haushalt des LWL.

Folgende Nebengesetze werden unmittelbar im Landeshaushalt unter dem Ausgabetitel 11320 68110/30/40/50 bewirtschaftet: Opferentschädigungsgesetz (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VerwRehaG). Der Jahresbedarf 2011 wurde mit 10,0 Mio. EUR beziffert. Die Zuweisungen für 2012 werden erst im Januar 2012 geplant und beantragt.

Aufgrund der Altersstruktur des anspruchsberechtigten Personenkreises nach dem BVG kommt dem Produkt „Hilfe innerhalb von Einrichtungen“ und hier speziell der Hilfe innerhalb von stationären Pflegeeinrichtungen eine besondere Bedeutung zu. Für das Jahr 2012 wird bei der stationären Pflege mit einer Anzahl von 1.670 Hilfeempfängern gerechnet.

Jahr	2012 Entwurf	2011 Ansatz	2010
Brutto Transferaufwand für stationäre Pflege	35,6 Mio. EUR	40,5 Mio. EUR	39,9 Mio. EUR

Bei einem Transferaufwand aller Produkte dieser Produktgruppe von rd. 79,2 Mio. EUR ergibt sich wegen der hohen Kostenerstattungen und Erträge ein Netto-Transferaufwand von rd. 19,0 Mio. EUR.

Es wird erwartet, dass die Fallzahlen in der Kriegsopferfürsorge in den kommenden Jahren um rd. 8 % zurückgehen werden.

Eine Daueraufgabe der LWL-Hauptfürsorgestelle Westfalen wird zukünftig die Leistungserbringung an die Beschädigten und Hinterbliebenen nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) sowie dem OEG sein und hierbei spezifisch bei den Neufällen Leistungen für die Teilhabe am Arbeitsleben bzw. der Eingliederungshilfen.

### **Produktgruppe 0507 - Leistungen nach dem Bergmannsversorgungsscheingesetz NRW -**

#### Aufgabe

Die Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein beim LWL-Integrationsamt Westfalen mit Sitz in Gelsenkirchen entscheidet nach entsprechender Sachverhaltsaufklärung über die Anträge der Bergleute auf Zuerkennung des Bergmannsversorgungsscheins (BVS).

Das Gesetz zielt darauf ab, den Inhabern des Bergmannsversorgungsscheins besondere fürsorgerische Leistungen (Berufsfürsorge) zukommen zu lassen.

Zur Berufsfürsorge gehören insbesondere:

- der besondere Kündigungsschutz für BVS-Inhaber inklusive Durchführung der Kündigungsschutzverhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern,
- der Anspruch auf Hausbrandkohle oder entsprechende Barabgeltung,
- die tarifrechtliche Berücksichtigung von außerbergbaulichen Beschäftigungszeiten,
- die Vermittlung von Arbeitsplätzen im außerbergbaulichen Bereich

und sämtliche dazugehörige Beratungsleistungen.

### **1.5.5 LWL-Krankenhausdezernat**

#### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehört die folgende Produktgruppe an:

- 0702 - LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen -

Der LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen besteht aus:

- 15 LWL-Kliniken,
- 10 LWL-Wohnverbänden,
- 7 LWL-Pflegezentren,
- 3 LWL-Rehabilitationszentren und
- 3 LWL-Schulen.

Die LWL-Einrichtungen werden in Form von 18 selbständigen Sondervermögen bewirtschaftet. Darüber hinaus existieren 4 GmbH-Beteiligungen.

## Aufgabe

Die LWL-Abteilung Krankenhäuser und Gesundheitswesen, LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen, erbringt Dienstleistungen für die LWL-Einrichtungen, die entsprechend in Höhe von rd. 3,4 Mio. EUR jährlich gegenüber den Einrichtungen abgerechnet werden.

Die Produktgruppe setzt sich dementsprechend aus den Produkten „Steuerung des LWL- PsychiatrieVerbundes Westfalen“, „Unterstützung der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen“, „LWL-Schulen in den Kliniken“ und „LWL-Beteiligungen an Gesundheitsunternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit“ zusammen.

Ziel des Verbundes ist die angemessene Versorgung von Menschen mit psychischen und / oder geistigen Beeinträchtigungen in Westfalen-Lippe durch die LWL-Einrichtungen. Die LWL-Einrichtungen sollen bei rd. 2,16 Mio. voll- und teilstationären Berechnungstagen im Jahr verlustfrei betrieben werden. Die hohe Leistungsqualität ist gesichert (siehe aktuelle Qualitätsberichte und Zertifizierungen). Es ist angestrebt, den Verbund so zu steuern, dass der Marktanteil und die Leistungsqualität langfristig erhalten bleiben.

Im Teilfinanzplan sind Ausleihungen (Darlehen und nicht rückzahlbare Zuschüsse) von rd. 5,9 Mio. EUR für folgende Maßnahmen vorgesehen

Einrichtung	Maßnahmen	Ausleihungen 2012 *)			
		Darlehen	<i>Darlehen</i> <u>Verpflichtungs-</u> <u>ermächtigungen</u>	Zuschüsse (nicht rückzahlbar)	<i>Zuschüsse</i> <u>Verpflichtungs-</u> <u>ermächtigungen</u>
		Euro	<i>Euro</i>	Euro	<i>Euro</i>
LWL-Klinik Dortmund	Neubau im Krankenhausbereich mit 216 Betten	0	4.709.300	210.000	16.040.700
LWL-Universitätsklinik Hamm	Neubau einer Tagesklinik in Warendorf	71.500	400.000	0	0
LWL-Pflegezentrum Marsberg	Ersatzneubau mit 80 Plätzen	4.700.000	0	0	0
LWL-Klinik Dortmund	Neubau Küche	0	0	0	2.750.000
LWL-Klinik Lengerich	Denkmalschutz Häuser 001-007	0	0	0	7.160.000
LWL-Klinik Hemer	Hans-Prinzhorn-Klinik II	0	13.700.000	0	0
LWL-Klinik Warstein	Rehabilitations-Neubau	0	8.500.000	0	0
LWL-Wohnverbund Lengerich	Ersatzneubau Wohnheim mit 24 Plätzen	0	792.000	0	447.000
LWL-Wohnverbund Paderborn	Ersatzneubau Wohnheim Sucht im Stadtgebiet	0	720.000	0	339.000
LWL-Wohnverbund Dortmund	Wohnheim im Kreis Unna mit 24 Plätzen	0	792.000	0	447.000
LWL-Wohnverbund Marsberg	Wohnheim im Stadtgebiet mit 24 Plätzen	0	792.000	0	447.000
LWL-Wohnverbund Warstein	Umbau Haus 04 mit 24 Plätzen	0	690.000	0	420.000
LWL-Pflegezentrum Lengerich	Neubau eines Pflegeheimes mit 52 Plätzen	0	4.330.000	0	0
LWL-Wohnverbund Warstein	Umbau Haus 05 mit 24 Plätzen	0	792.000	0	615.000
LWL-Schulen der Kliniken Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg	Wiederbeschaffung in den LWL-Schulen der Kliniken Hamm, Marl-Sinsen und Marsberg	0	0	6.000	0
Grundstückskosten		0	0	837.000	0
Planungsmittel		0	0	50.000	0
<b>Gesamt</b>		<b>4.771.500</b>	<b>36.217.300</b>	<b>1.103.000</b>	<b>28.665.700</b>

Anmerkung:

\*) Vgl. die Veranschlagung in den Wirtschaftsplänen – Übersicht über die Entwicklung der Deckungsmittel des Vermögensplanes 2012 –Darlehensfinanzierung / Zuschussfinanzierung – Fußnoten 5 und 7.

In den genannten Verpflichtungsermächtigungen sind auch Verpflichtungen zu Lasten der Jahre 2016 ff. in Höhe von 8.209.300 EUR (Darlehen) bzw. 6.120.700 EUR (Zuschüsse) enthalten.

## 1.5.6 LWL-Kulturdezernat

### Struktur des Dezernatsbudgets

Dem Dezernatsbudget gehören die folgenden Produktgruppen an:

- 0401 – Zentrale Kulturaufgaben
- 0417 – Westfälischer Heimatbund
- 0407 – Stiftung Kloster Dalheim
- 1001 – LWL-Archäologie für Westfalen
- 0408 – LWL-Museum für Archäologie
- 0409 – LWL-Römermuseum
- 0410 – Museum in der Kaiserpfalz
- 0404 – LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte
- 0402 – LWL-Museum für Naturkunde - Planetarium
- 0405 – LWL-Freilichtmuseum Detmold
- 0406 – LWL- Freilichtmuseum Hagen
- 0403 – LWL-Industriemuseum
- 0412 – LWL-Archivamt für Westfalen
- 0414 – LWL-Medienzentrum für Westfalen
- 0415 – LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte
- 0416 – Westfälische Kommissionen für Landeskunde
- 0413 – LWL-Museumsamt für Westfalen
- 1002 – LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur

### Aufgabe

Gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b der Landschaftsverbandsordnung obliegt den Landschaftsverbänden die landschaftliche Kulturpflege. Die daraus resultierenden Aufgaben erstrecken sich auf folgende Sachgebiete:

- Allgemeine landschaftliche Kulturpflege
- Denkmalpflege
- Pflege und Förderung der Heimatmuseen und des nicht staatlichen Archivwesens
- Unterhaltung von Landesmuseen und Landesbildstellen.

Die „Allgemeine landschaftliche Kulturpflege“ umfasst neben den Aufgaben der Landschafts- und Baukultur im Wesentlichen diejenigen Aufgaben, die nicht als Aufgaben der so genannten „Besonderen Kulturpflege“ in den landschaftsverbandseigenen Kultureinrichtungen wahrgenommen werden. Sie reichen von der Pflege und Förderung der Literatur, der Musik, der bildenden Kunst, des Theaterwesens, der Freilichtbühnen, der Naturkunde und der Heimatpflege bis hin zur Pflege kultureller Beziehungen zu Westfländern und Gotland.

Zur Erfüllung der Aufgaben der so genannten „Besonderen Kulturpflege“ betreibt und unterstützt der LWL folgende Einrichtungen:

- 17 (Landes-)Museen
- 5 Kulturdienste
- 6 wissenschaftliche Kommissionen (Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit)
- Westfälischer Heimatbund (Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit)

#### Besonderheiten im Planjahr

Auch im Jahr 2012 werden in den LWL-Museen eine Vielzahl von Sonderausstellungen gezeigt, Veranstaltungen und Projekte durchgeführt werden. Nicht zu verkennen sind die vielfältigen Bautätigkeiten.

Beispielhaft wird auf die Sonderausstellungen:

- „Wale – Riesen der Meere“  
des LWL-Museums für Naturkunde
- „Schädelkult – Kopf und Schädel in der Kulturgeschichte des Menschen“  
des LWL-Museums für Archäologie
- „Goldene Pracht – Mittelalterliche Schatzkunst in Westfalen“  
des LWL-Museums für Kunst und Kulturgeschichte
- „Schatzhüter – Truhen aus fünf Jahrhunderten“  
des LWL-Freilichtmuseums Detmold

hingewiesen.

In Münster steht der Um- und Neubau des LWL-Landesmuseums für Kunst und Kulturgeschichte im Mittelpunkt.

Auf der Zeche Zollern II/IV des LWL-Industriemuseums in Dortmund wird die Sanierung der Maschinenhalle abgeschlossen werden und in der Heinrichshütte in Hattingen liegt der Schwerpunkt in der Fortsetzung des 3. Bauabschnittes.

Ferner ist der Baubeginn der archäologischen Römerbaustelle am LWL-Römermuseum in Haltern geplant.

#### Ausblick / zukünftige Sonderausstellungen

Auch in künftigen Jahren werden die LWL-Museen mit Ausstellungen zu einigen besonderen Themen an die Öffentlichkeit herantreten.

- Stiftung Kloster Dalheim - LWL-Landesmuseum für Klosterkultur:  
„Spiel im Kloster“ (2013)
- LWL-Museum in der Kaiserpfalz:  
„Mission und Christianisierung Europas im Mittelalter“ (2013)
- LWL-Freilichtmuseum Detmold:  
„Verflucht?! – Geister, Hexen und Dämonen“ (2013)
- LWL-Industriemuseum, Zeche Zollern:  
„Über-Unterwelten und das Ruhrgebiet“ (2014)
- LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte:  
„Eröffnungsausstellung The School of London“ (2014)

## 2. Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2013 bis 2015

Der LWL hat gemäß § 84 der Gemeindeordnung für das Land NRW seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zugrunde zu legen und in den Haushaltsplan einzubeziehen.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung beinhaltet keine rechtliche Bindewirkung der Verwaltung und der Landschaftsversammlung für die zukünftigen Planungsjahre. Sie soll, wie bisher, auch weiterhin eine Prognose über die zukünftige Entwicklung der Haushaltswirtschaft und damit insbesondere der Landschaftsumlage liefern. Allerdings wird sie verstärkt bei der Haushaltsplanung als Vergleichsgrundlage herangezogen und auch von der Aufsichtsbehörde bei der Prüfung des Haushaltsplans, insbesondere im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, mit in die Betrachtung gezogen.

Im Rahmen der Haushaltssatzung werden - wie bisher - ausschließlich die Haushaltsdaten des jeweiligen Haushaltsjahres mit rechtsverbindlicher Wirkung für die Verwaltung des Landschaftsverbandes festgesetzt.

Gemäß § 6 Absatz 2 der Gemeindehaushaltsverordnung sollen die vom Ministerium für Inneres und Kommunales NRW bekannt gegebenen Orientierungsdaten des Landes NRW bei der Aufstellung und Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung berücksichtigt werden, soweit nicht durch strukturelle Unterschiede in der Aufgabenstellung und durch sonstige Gegebenheiten Abweichungen angezeigt sind.

Der LWL hat sich bei der Fortschreibung der einzelnen Positionen in seiner mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung an die Orientierungsdaten vom September 2011 angelehnt und dabei, soweit erforderlich, besondere Gegebenheiten (z.B. Veränderungen im Aufgabenbestand, Eröffnung neuer bzw. Erweiterung bestehender Einrichtungen, Veränderungen bei den angemieteten Flächen) berücksichtigt. Insbesondere die Transferleistungen im Bereich Soziales und Jugend erfordern eine **LWL-spezifische Fortschreibung** (z.B. unter Berücksichtigung der prognostizierten Fallzahl- und Entgeltsatzentwicklungen). In einzelnen Bereichen war die Fortschreibung unter Berücksichtigung der Drittfinanzierung vorzunehmen (z.B. bei der Ausgleichsabgabe, den Leistungen der Kriegsopferversorgung, den kostenrechnenden Einrichtungen).

Für die Entwicklung der Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen sind in den Orientierungsdaten vom September 2011 keine Fortschreibungssätze angegeben worden. Mangels entsprechender Vorgaben hat der LWL für die Jahre 2013-2015 moderate Steigerungsraten bei den Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen berücksichtigt, die unterhalb der in den Orientierungsdaten prognostizierten, nach Ansicht der Verwaltung äußerst optimistischen, Steigerungsraten für die gemeindlichen Steuererträge liegen.

Wegen der fehlenden Orientierungsdaten für die Umlagegrundlagen und Schlüsselzuweisungen sowie der diesbezüglich vom LWL zu treffenden Annahmen ist die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, die sich auch auf die Belastbarkeit der folgenden Aussagen auswirken.

Die Entwicklung des Hebesatzes zur Landschaftsumlage \*) und die zugrunde liegenden Steigerungsraten im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum gestalten sich wie folgt:

<u>Haushaltsjahr</u>	<u>angenommene Steigerungsraten</u>		<u>Umlagesatz</u>
	Schlüsselzuweisungen	Umlagegrundlagen	
2013	+ rd. 2,5 %	+ rd. 3,1 %	16,2 %
2014	+ rd. 2,0 %	+ rd. 2,3 %	16,2 %
2015	+ rd. 1,5 %	+ rd. 1,9 %	16,4 %

*Anmerkung:*

\*) Die Beschlussfassung über die Festsetzung der Hebesätze zur Landschaftsumlage bleibt den jährlichen Beschlüssen der Landschaftsversammlung im Rahmen der Verabschiedung der jeweiligen Haushaltssatzungen vorbehalten.

Zur abschließenden Beratung des Haushaltes 2012 wird die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung den dann vorliegenden gesetzlichen Grundlagen und Modellrechnungen angepasst.

### 3. Übersicht über alle vom LWL bewirtschafteten Mittel

Außer den im Haushaltsplanentwurf enthaltenen Mitteln in Höhe von rd. 2.575,4 Mio. EUR bewirtschaftet der LWL im Haushaltsjahr 2012 weitere Mittel in Höhe von rd. 1.865,08 Mio. EUR:

#### 3.1 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen (Sondervermögen des LWL)

**rd. 823,6 Mio. EUR**

#### Wirtschaftspläne der Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und der LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen Westfalen

**rd. 721,3 Mio. EUR**

<u>Fachkrankenhäuser für Erwachsenenpsychiatrie</u>	Erträge	Aufwendungen
LWL-Universitätsklinikum Bochum	21.903.451	21.903.451
LWL-Klinik Dortmund	69.957.829	69.957.829
LWL-Klinik Gütersloh	51.821.862	51.821.862
LWL-Klinik Hemer - Hans-Prinzhorn-Klinik -	40.324.552	40.324.552
LWL-Klinik Herten	23.742.653	23.742.653
LWL-Klinik Lengerich	56.034.731	56.034.731
LWL-Klinik Lippstadt	34.005.039	34.005.039
LWL-Klinik Marsberg	29.807.971	29.807.971
LWL-Klinik Münster	57.069.890	57.069.890
LWL-Klinik Paderborn	26.634.409	26.634.409
LWL-Klinik Warstein	42.570.844	42.570.844

#### Fachkrankenhäuser für Kinder- und Jugendpsychiatrie

LWL-Klinik Dortmund - Elisabeth-Klinik -	6.559.616	6.559.616
LWL-Universitätsklinik Hamm	22.741.102	22.741.102
LWL-Klinik Marl-Sinsen - Haardklinik -	33.030.321	33.030.321
LWL-Klinik Marsberg	20.467.823	20.467.823

#### Fachkrankenhäuser für Forensische Psychiatrie

LWL-Klinik für Forensische Psychiatrie Dortmund	8.365.877	8.365.877
LWL-Maßregelvollzugsklinik Schloss Haldem	33.079.285	33.079.285
LWL-Maßregelvollzugsklinik Herne	10.945.092	10.945.092
LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie Lippstadt	40.001.617	40.001.617
LWL-Therapiezentrum für Forensische Psychiatrie Marsberg	15.853.935	15.853.935

#### Pflegezentren und Wohnverbände

LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Lippstadt	28.242.418	28.242.418
LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Marsberg	30.555.638	30.555.638
LWL-Pflegezentrum und LWL-Wohnverbund Warstein	17.535.934	17.535.934

Anzahl der Stellen insgesamt: 9.059,91

#### **Wirtschaftspläne des LWL-Jugendheims Tecklenburg, des LWL-Heilpädagogischen Kinderheimes Hamm und des LWL-Jugendhilfezentrums Marl**

**rd. 36,1 Mio. EUR**

	Erträge	Aufwendungen
LWL-Jugendheim Tecklenburg	12.163.000	12.163.000
LWL-Heilpädagogisches Kinderheim Hamm	15.232.300	15.232.300
LWL-Jugendhilfezentrum Marl	8.667.030	8.667.030

Anzahl der Stellen: 511,05

#### **Wirtschaftsplan des LWL-Bau- und Liegenschaftsbetriebes**

**rd. 66,2 Mio. EUR**

	Erträge	Aufwendungen
LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb	62.238.500	66.185.900

Anzahl der Stellen: 124,20

<b>3.2</b>	<b>Mittel des Landes NRW für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen öffentlicher und freier Träger im Bereich der Jugendhilfe</b>	<b>rd. 865,1 Mio. EUR</b>
	Betriebskosten und Maßnahmenförderung im Bereich der Jugendhilfe	rd. 792,3 Mio. EUR
	Investitionszuweisungen und -zuschüsse für Einrichtungen der Jugendhilfe	rd. 72,0 Mio. EUR
	Gewährung von Darlehen zur Förderung von Baumaßnahmen in Einrichtungen der Familien- und Jugendhilfe einschließlich Abwicklung des Schuldendienstes	rd. 0,5 Mio. EUR
	Kostenerstattung gem. § 89 d SGB VIII für unbegleitete junge Menschen aus dem Ausland	rd. 0,3 Mio. EUR
<b>3.3</b>	<b>Mittel des Landes NRW zur Förderung von Maßnahmen kommunaler und freier gemeinnütziger sozialer Einrichtungen der Wohlfahrtspflege</b>	<b>rd. 3,7 Mio. EUR</b>
	Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Eingliederung Gehörloser und für die Westdeutsche Blindenhörbücherei	rd. 0,4 Mio. EUR
	Zuschüsse / Darlehen zur gesellschaftlichen Integration von behinderten Menschen	rd. 0,4 Mio. EUR
	Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Landesarbeitsmarktprogrammen und –maßnahmen	rd. 2,5 Mio. EUR
	Zuschüsse zur Förderung der Entwicklung der Familienpflegedienste	rd. 0,4 Mio. EUR

### **3.4 Mittel des Landes NRW für Integrationsmaßnahmen und für die Kriegsopferfürsorge**

**rd. 12,98 Mio. EUR**

Zuwendungen zur investiven Förderung von Integrationsunternehmen im Rahmen des Landesprogramms „Integration Unternehmen“ nicht kommunaler Zuwendungsempfänger

rd. 0,75 Mio. EUR

Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Infektionsschutzgesetz

rd. 3,00 Mio. EUR

Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Opferentschädigungsgesetz

rd. 9,20 Mio. EUR

Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Anspruchsberechtigte nach dem Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitationsgesetz

rd. 0,03 Mio. EUR

### **3.5 Mittel des Bundes und des Landes NRW zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen im Sozialen Entschädigungsrecht**

**rd. 159,7 Mio. EUR**

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Opferentschädigungsgesetz

rd. 33,1 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz

rd. 7,5 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung nach dem Infektionsschutzgesetz, Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetz und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitationsgesetz

rd. 9,5 Mio. EUR

Grundanspruch auf Versorgung und Gewährung von Heil- und Krankenbehandlung nach dem Bundesversorgungsgesetz

rd. 105,7 Mio. EUR

Versorgung mit Hilfsmitteln und Gewährung von Ersatzleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Orthopädische Versorgung)

rd. 3,9 Mio. EUR



**S o n s t i g e   A n l a g e n**  
**z u m**  
**H a u s h a l t s p l a n - E n t w u r f   2 0 1 2**

- Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht über die Zuwendungen an die Fraktionen
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten
- Vom LWL-Ersten Landesrat aufgestellter und vom LWL-Direktor bestätigter Entwurf der Bilanz des LWL zum 31.12.2010. Die Feststellung des vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschlusses 2010 durch die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe ist noch nicht erfolgt.
- Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit mehr als 50 v.H. beteiligt ist.
  - Ardey-Verlag GmbH
  - Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH
  - Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV)
  - Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH
  - Westfälische Werkstätten GmbH – Gemeinnützige Werkstatt für Behinderte Menschen
- Übersicht über Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen, bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat.
  - LWL-Kulturstiftung
- Glossar zu den Begriffen des doppelten Haushalts im NKF



## Übersicht über die Personal- und Versorgungsaufwendungen (Aufteilung auf die Produktgruppen)

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2011 EUR	Haushaltsansatz 2012 EUR
<b>Dezernatsbudget LWL-Direktor</b>			
0105	Politische Gremien	405.899	422.961
0106	Verwaltungsführung	455.145	461.843
0201	Statistik	224.126	225.886
0107	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	619.703	670.342
0108	Gleichstellung von Frau und Mann	213.748	225.000
1501	Unternehmensbeteiligungen	277.493	269.051
	<b>Summe Dezernatsbudget</b>	<b>2.196.114</b>	<b>2.275.083</b>
<b>Dezernatsbudget Erster Landesrat</b>			
0103	Allgemeine Verwaltungs- und Steuerungsangelegenheiten	4.892.239	5.087.997
0104	Personalmanagement	30.128.392	29.370.029
0102	LWL.IT Service	8.667.911	9.415.595
0101	Finanzmanagement und Controlling	4.087.267	4.279.505
0112	Personalgestellung	19.349.736	20.239.732
	<b>Summe Dezernatsbudget</b>	<b>67.125.545</b>	<b>68.392.858</b>
<b>Dezernatsbudget LWL-Dezernat BLB und KVV</b>			
0111	LWL-Bau- und Liegenschaften und Kommunale Versorgungskassen für Westfalen-Lippe (KVV)	118.137	115.414
	<b>Summe Dezernatsbudget</b>	<b>118.137</b>	<b>115.414</b>
<b>Dezernatsbudget LWL-Jugenddezernat</b>			
0399	Zentrale Aufgaben der Abteilung 50	1.590.645	1.588.092
0601	Kindertageseinrichtungen / Jugendförderung	3.939.961	3.858.340
0602	Erzieherische Hilfen	1.818.303	1.881.922
0701	LWL-Koordinationsstelle Sucht	510.331	474.938
0301	Zentrale Leistungen des Trägers der LWL-Schulen	842.541	1.150.822
0302	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Soest	248.000	233.000
0303	LWL-Internat Soest	1.542.000	1.490.000

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2011 EUR	Haushaltsansatz 2012 EUR
0501	LWL-Berufsbildungswerk Soest - Förderzentrum für blinde und sehbehinderte Menschen	3.976.900	3.743.500
0304	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Paderborn	2.130.594	2.123.929
0305	LWL-Internat Paderborn	1.400.580	1.382.151
0306	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Olpe	2.586.273	2.521.651
0307	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Münster	3.697.205	3.681.676
0308	LWL-Wohngruppe und Internat Münster	867.851	879.565
0309	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Dortmund	2.708.822	2.792.249
0310	LWL-Internat Dortmund	1.364.700	1.385.171
0311	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bochum	3.711.297	3.713.915
0312	LWL-Förderschulen im Bereich der LWL-Schulverwaltung Bielefeld	3.126.956	3.120.044
0313	LWL-Berufskolleg - Fachschulen Hamm -	1.444.945	1.599.919
0603	LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho	917.200	927.320
<b>Summe Dezernatsbudget</b>		<b>38.425.104</b>	<b>38.548.204</b>

<b>Dezernatsbudget LWL-Sozialdezernat</b>			
0598	Zentrale Aufgaben der Abt. 60	4.654.423	4.903.880
0502	Individuelle Hilfestellung im Einzelfall	10.781.452	12.537.771
0503	Planung, Finanzierung, Steuerung und Qualitätssicherung der Behindertenhilfe- und Pflegeeinrichtungen	3.102.143	2.914.459
0599	Zentrale Aufgaben der Abt. 61	574.683	607.009
0504	Leistungen nach dem Schwerbehindertenrecht	3.783.386	3.627.234
0505	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und Nebengesetzen	2.297.794	2.343.772
0507	Bergmannsversorgungsschein	245.159	197.408
0506	Soziales Entschädigungsrecht	6.892.608	6.504.668
<b>Summe Dezernatsbudget</b>		<b>32.331.648</b>	<b>33.636.201</b>

<b>Dezernatsbudget LWL-Maßregelvollzugsdezernat</b>			
0703	LWL-Maßregelvollzug	824.051	861.897
<b>Summe Dezernatsbudget</b>		<b>824.051</b>	<b>861.897</b>

<b>Dezernatsbudget LWL-Krankenhausesdezernat</b>			
0702	LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen	2.948.083	2.957.462
<b>Summe Dezernatsbudget</b>		<b>2.948.083</b>	<b>2.957.462</b>

Produktgruppe	Bezeichnung	Haushaltsansatz 2011 EUR	Haushaltsansatz 2012 EUR
---------------	-------------	--------------------------------	--------------------------------

<b>Dezernatsbudget LWL-Kulturerzernat</b>			
0401	Zentrale Kulturaufgaben	1.607.311	1.479.539
0417	Westfälischer Heimatbund	309.500	320.183
0407	Stiftung Kloster Dalheim - LWL-Landesmuseum für Klosterkultur -	147.650	155.017
1001	LWL-Archäologie für Westfalen	4.648.752	4.808.501
0410	Museum in der Kaiserpfalz	272.788	206.707
0408	LWL-Museum für Archäologie - Westf. Landesmuseum -	707.761	739.109
0409	LWL-Römermuseum	325.554	261.329
0404	LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte - Westf. Landesmuseum	2.926.959	2.990.010
0402	LWL-Museum für Naturkunde - Westf. Landesmuseum mit Planetarium -	2.602.083	2.643.622
0405	LWL-Freilichtmuseum Detmold - Westf. Landesmuseum für Volkskunde -	3.488.138	3.491.883
0406	LWL-Freilichtmuseum Hagen - Westf. Landesmuseum für Handwerk und Technik -	3.180.968	3.087.716
0403	LWL-Industriemuseum - Westf. Landesmuseum für Industriekultur -	7.163.749	7.353.566
0412	LWL-Archivamt für Westfalen	1.369.275	1.334.387
0414	LWL-Medienzentrum für Westfalen	1.364.521	1.385.424
0415	LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte	773.781	778.622
0416	Westfälische Kommissionen für Landeskunde	1.390.039	1.387.288
0413	LWL-Museumamt für Westfalen	787.160	789.595
0411	LWL-Amt für Landschafts- und Baukultur in Westfalen	1.410.118	
1002	LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur	3.547.856	4.810.669
	<b>Summe Dezernatsbudget</b>	<b>38.023.963</b>	<b>38.023.166</b>

<b>Dezernatsbudget LWL-Sonstige Budgets</b>			
0109	Rechnungsprüfung	1.796.632	1.796.497
0110	Personal-, Jugend- und Schwerbehindertenvertretung	825.048	846.938

<b>Summe der Personal- und Versorgungsaufwendungen insgesamt:</b>	<b>184.614.325</b>	<b>187.453.719</b>
-------------------------------------------------------------------	--------------------	--------------------

**Nachrichtlich:**

0105	Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder der Landschaftsversammlung und der Ausschüsse	1.050.000	950.000
------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------	---------



## Übersicht

über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich  
fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Auszahlungen - in TEUR -				
	2013 2	2014 3	2015 4	Gesamt 5	
2010 *)	-	-	-	-	-
2011	6.470	150	-	-	6.620
2012	13.249	21.167	17.637	-	52.053
Summe	19.719	21.317	17.637	-	58.673
<b>Nachrichtlich:</b> In der Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen	12.079	16.646	5.775	-	34.500

Anmerkung:

\*) Ergebnis des Jahresabschlusses



## Zuwendungen an Fraktionen

### Teil A: Geldleistungen

Nr.	Fraktion	Ergebnis 2010 EUR	Ansatz 2011 EUR	Ansatz 2012 EUR	Erläuterungen
1	CDU-Fraktion	143.540,34	147.322,80	151.005,83	
2	SPD-Fraktion	140.050,20	140.050,20	143.551,46	
3	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	70.149,48	70.149,48	71.903,17	
4	FDP-Fraktion	70.142,46	70.149,48	71.903,17	
5	Fraktion Die Linke	58.079,80 *	54.079,80	55.431,78	

**Anmerkung:**

\* Im Ergebnis 2010 sind einmalig 4.000 EUR für die Erstaussstattung der Geschäftsstelle enthalten.

Den für 2012 ausgewiesenen Summen liegt ein einheitlicher Grundbetrag von 9.004,97 EUR pro Jahr, ein Pro-Kopf-Betrag je Fraktionsmitglied von 931,80 EUR pro Jahr und ein Betrag für Personalkosten, der nach Fraktionsstärke gestaffelt ist, zugrunde. (Vorlagen 12/1317 und 13/0012)



## Zuwendungen an Fraktionen

### Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: SPD - Fraktion		Zweckbestimmung	Geldwert:		Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2011 EUR	Haushaltsjahr 2012 EUR	
<b>1.</b>		<b>Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit</b>			
1.1		für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)			
1.2		für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)			
1.3		für Fahrer von Dienstfahrzeugen			
<b>2.</b>		<b>Bereitstellung von Fahrzeugen</b>			
<b>3.</b>		<b>Bereitstellung von Räumen</b>			
3.1		für die Fraktionsgeschäftsstelle	8.190	8.200	(+) 10
3.2		dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen			
<b>4.</b>		<b>Bereitstellung einer Büroausstattung</b>			
4.1		Büromöbel und -maschinen	170	170	-
4.2		sonstiges Büromaterial			
<b>5.</b>		<b>Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für</b>			
5.1		bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.650	2.650	-
5.2		Fachliteratur und -zeitschriften			
5.3		Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen			
5.4		Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage			
<b>6.</b>		<b>Sonstiges</b>			

## Zuwendungen an Fraktionen

### Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Bündnis 90 / Die Grünen		Zweckbestimmung	Geldwert:		Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2011 EUR	Haushaltsjahr 2012 EUR	
<b>1.</b>	<b>Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit</b>				
1.1	für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)				
1.2	für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)				
1.3	für Fahrer von Dienstfahrzeugen				
<b>2.</b>	<b>Bereitstellung von Fahrzeugen</b>				
<b>3.</b>	<b>Bereitstellung von Räumen</b>				
3.1	für die Fraktionsgeschäftsstelle				
3.2	dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen				
<b>4.</b>	<b>Bereitstellung einer Büroausstattung</b>				
4.1	Büromöbel und -maschinen				
4.2	sonstiges Büromaterial				
<b>5.</b>	<b>Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für</b>				
5.1	bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)				
5.2	Fachliteratur und -zeitschriften				
5.3	Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen				
5.4	Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage				
<b>6.</b>	<b>Sonstiges</b>				

## Zuwendungen an Fraktionen

### Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: FDP - Fraktion		Zweckbestimmung	Geldwert:		Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2011 EUR	Haushaltsjahr 2012 EUR	
<b>1.</b>		<b>Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit</b>			
1.1		für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)			
1.2		für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)			
1.3		für Fahrer von Dienstfahrzeugen			
<b>2.</b>		<b>Bereitstellung von Fahrzeugen</b>			
<b>3.</b>		<b>Bereitstellung von Räumen</b>			
3.1		für die Fraktionsgeschäftsstelle	7.470	7.500	(+) 30
3.2		dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen			
<b>4.</b>		<b>Bereitstellung einer Büroausstattung</b>			
4.1		Büromöbel und -maschinen	170	170	-
4.2		sonstiges Büromaterial			
<b>5.</b>		<b>Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für</b>			
5.1		bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	2.400	2.400	-
5.2		Fachliteratur und -zeitschriften			
5.3		Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen			
5.4		Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage			
<b>6.</b>		<b>Sonstiges</b>			

## Zuwendungen an Fraktionen

### Teil B: Geldwerte Leistungen

Fraktion: Die Linke		Zweckbestimmung	Geldwert:		Erläuterungen
			Haushaltsjahr 2011 EUR	Haushaltsjahr 2012 EUR	
<b>1.</b>		<b>Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit</b>			
1.1		für die Sicherstellung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb)			
1.2		für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten)			
1.3		für Fahrer von Dienstfahrzeugen			
<b>2.</b>		<b>Bereitstellung von Fahrzeugen</b>			
<b>3.</b>		<b>Bereitstellung von Räumen</b>			
3.1		für die Fraktionsgeschäftsstelle	5.900	6.500	(+) 600
3.2		dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen			
<b>4.</b>		<b>Bereitstellung einer Büroausstattung</b>			
4.1		Büromöbel und -maschinen	170	170	-
4.2		sonstiges Büromaterial			
<b>5.</b>		<b>Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für</b>			
5.1		bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung)	1.900	2.100	(+) 200
5.2		Fachliteratur und -zeitschriften			
5.3		Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen			
5.4		Rechnerzeiten auf zentraler ADV - Anlage			
<b>6.</b>		<b>Sonstiges</b>			

## Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

Art	Stand am Ende des Vorvorjahres		Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres		Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres	
	2010	TEUR	2012	TEUR	2012	TEUR
1. Anleihen	-	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen						
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich						
2.4.1 vom Bund	1.058		991		922	
2.4.2 vom Land	8.260		8.167		7.857	
2.4.3 von Gemeinden (GV)	-		-		-	
2.4.4 von Zweckverbänden	-		-		-	
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich	3.612		3.476		1.860	
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	120.789		114.743		97.820	
2.5 vom privaten Kreditmarkt						
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	116.805		134.462		139.328	
2.5.2 von übrigen Kreditgebern	-		-		-	
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung						
3.1 vom öffentlichen Bereich *)	107.900		208.900		165.900	
3.2 vom privaten Kreditmarkt	-		105.000		297.000	
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-		-		-	
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.899		5.900		5.900	
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	99.580		99.600		99.600	
7. Sonstige Verbindlichkeiten	198.497		228.180		228.180	
<b>8. Summe aller Verbindlichkeiten</b>	662.400		909.419		1.044.367	

Anmerkung:

\*) einschließlich der zur Sicherung der Liquidität eingesetzten Mittel der Ausgleichsabgabe, die in der Bilanz in der Position "Sonderposten Ausgleichsabgabe" enthalten sind, jedoch Verbindlichkeiten gegenüber der Ausgleichsabgabe darstellen.



Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Aktiva		Bilanz 31.12.2010		Passiva	
	Euro	Euro		Euro	Euro
	31.12.2010	31.12.2009		31.12.2010	31.12.2009
<b>1. Anlagevermögen</b>			<b>1. Eigenkapital</b>		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	2.727.085,54	1.743.660,54	1.1 Allgemeine Rücklage	727.569.035,87	711.403.887,44
1.2 Sachanlagen			davon zweckgebundene Deckungsrücklage	4.592.356,34 EUR	
1.2.1 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	98.844,00	101.268,00	1.2 Sonderrücklage	8.656.831,21	8.656.831,21
1.2.2 Bauten auf fremdem Grund und Boden	6.293.720,00	5.333.561,00	1.3 Ausgleichsrücklage	325.340.173,13	290.000.000,00
1.2.3 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	127.354.473,31	125.841.090,53	1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-78.422.164,68	35.340.173,13
1.2.4 Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	4.552.077,08	3.531.294,00		983.143.875,53	1.045.400.891,78
1.2.5 Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.919.402,80	18.494.877,13			
1.2.6 Anlagen im Bau	1.229.667,96	983.920,89			
	159.448.185,13	154.286.011,35			
<b>1.3 Finanzanlagen</b>			<b>2. Sonderposten</b>		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	667.673.196,24	667.673.196,24	2.1 für Zuwendungen	6.249.501,67	4.968.964,95
1.3.2 Beteiligungen	128.426.494,33	130.441.873,70	<b>2.2 Sonstige Sonderposten</b>		
1.3.3 Sondervermögen	193.034.536,82	193.034.536,82	2.2.1 Sonderposten aus der Haftpflichtversicherung der Kliniken	1.180.269,75	1.044.409,23
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	154.309,29	154.309,29	2.2.2 Sonderposten Ausgleichsabgabe	125.386.479,40	164.212.085,24
1.3.5 Ausleihungen			2.2.3 Sonderposten unselbständige Stiftungen	1.738.336,33	1.700.524,25
1.3.5.1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen (WLV)	487.823.854,37	483.582.663,67	2.2.4 Sonderposten Piepmeyer-Stiftung	684.409,27	688.461,37
1.3.5.2 Ausleihungen an Sondervermögen	286.887.260,99	282.990.747,40	2.2.5 Sonderposten LWL-BBW Soest	5.754.308,19	5.599.597,95
1.3.5.3 Sonstige Ausleihungen	230.799.033,83	239.222.077,32		140.993.304,61	178.194.052,99
	1.994.798.685,87	2.007.099.404,44	<b>3. Rückstellungen</b>		
	2.156.973.956,54	2.163.129.076,53	3.1 Pensionsrückstellungen	459.210.985,00	451.262.848,00
<b>2. Umlaufvermögen</b>			3.2 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	304.605.379,66	361.420.409,01
2.1 Vorräte	759.643,58	823.316,29		763.816.364,66	812.683.257,01
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren			<b>4. Verbindlichkeiten</b>		
<b>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
2.2.1 Öffentl.-rechtl. Forderungen, Ford. aus Transferleistungen			4.1.1 vom öffentlichen Bereich	133.719.280,97	97.403.706,26
2.2.1.1 Forderungen aus Transferleistungen	85.807.522,10	118.099.762,46	4.1.2 vom privaten Kreditmarkt	116.804.973,73	150.300.051,97
2.2.1.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.567.190,54	972.439,02		25.000.000,00	0,00
<b>2.2.2 Privatrechtliche Forderungen</b>			4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung		
2.2.2.1 Privatrechtliche Forderungen	25.546.989,13	3.276.066,54	4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.899.088,70	6.942.907,28
gegenüber dem privaten Bereich			4.4 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	99.580.323,75	57.997.812,95
2.2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	6.176.412,42	1.389.436,50	4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	198.496.953,67	205.898.562,20
gegenüber dem öffentlichen Bereich				579.500.620,82	518.543.040,66
2.2.2.3 Privatrechtliche Forderungen	2.318.246,10	39.961,80			
gegen verb. Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen			<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>		
	75.789.656,66	98.681.464,78	5.006.662,81	4.406.018,86	
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	197.206.016,95	222.459.131,10			
<b>2.3 Liquide Mittel</b>					
112.900.744,46	168.118.806,42				
310.866.404,99	391.401.253,81				
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>					
4.620.466,90	4.696.930,96				
<b>2.472.460.828,43</b>	<b>2.559.227.261,30</b>				

Münster (Westf.), 08. April 2011

Aufgestellt

*M. L. L.*  
**Matthias L. ö b**  
 Erster Landesrat und Kämmerer  
 des Landschaftsverbandes  
 Westfalen-Lippe

Bestätigt

*S. Wolgast*  
**Dr. Wolfgang K i s c h**  
 Direktor  
 des Landschaftsverbandes  
 Westfalen-Lippe



**Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung  
der Unternehmen und Einrichtungen  
mit den neuesten Jahresabschlüssen der Unternehmen  
und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit,  
an denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
mit mehr als 50 v. H. beteiligt ist**



**Ardey-Verlag GmbH**

## Ardey-Verlag GmbH, Münster

Bilanz zum 31. Dezember 2010

<u>Aktivseite</u>	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro	<u>Passivseite</u>	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro
<u>A. Anlagevermögen</u>					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Software	1.217,90	2.064,36	<u>A. Eigenkapital</u>		
			I. Gezeichnetes Kapital	61.355,03	61.355,03
II. Sachanlagen Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.110,69	3.290,13	II. Kapitalrücklage	597.446,15	597.446,15
	5.328,59	5.354,49	III. Verlustvortrag	-612.355,82	-612.355,82
			IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
<u>B. Umlaufvermögen</u>					
I. Vorräte	2.100,00		<u>B. Rückstellungen</u>		
1. Unfertige Erzeugnisse	156.878,83	121.304,30	Sonstige Rückstellungen	21.400,00	21.100,00
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	85.245,77		<u>C. Verbindlichkeiten</u>		
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.924,66		1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	2.300,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	85.245,77		2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106.217,98	55.017,81
2. Sonstige Vermögensgegenstände	22.924,66	101.194,66	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	157.046,48	117.107,19
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	62.949,14	22.632,61	davon gegenüber der Gesellschafterin		
			2010: 157.046,48 €		
			2009: 117.107,19 €		
			4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.317,17	8.515,70
			davon: aus Steuern		
			2010: 4.317,17 €		
			2009: 8.465,23 €		
	<u>335.426,99</u>	<u>250.486,06</u>		<u>335.426,99</u>	<u>250.486,06</u>

## Ardey-Verlag GmbH, Münster

### Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Euro	2010 Euro	2009 Euro
1. Umsatzerlöse		788.450,74	734.563,08
2. Erhöhung (+) / Verminderung (-) des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		25.815,24	-93.357,70
3. Sonstige betriebliche Erträge		16.988,44	3.861,67
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Waren	102.451,44		95.923,74
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>533.185,23</u>		460.909,03
		635.636,67	
5. Personalaufwand			
a) Gehälter	303.863,37		299.719,78
b) Soziale Abgaben	<u>65.822,03</u>		64.146,03
		369.685,40	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.725,60	3.732,07
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		144.496,99	125.624,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon an verbundene Unternehmen		139,45	132,93
9. Zinsaufwendungen davon an verbundene Unternehmen		1.721,94	2.578,82
2010: 1.693,02 €			
2009: 2.559,21 €			
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>-322.872,73</u>	<u>-407.433,95</u>
11. Erträge aus Verlustübernahme		<u>322.872,73</u>	<u>407.433,95</u>
12. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)		<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Ardey-Verlag GmbH,  
Münster

## ANHANG 2010

### **I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Gem. § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.V. mit § 108 Abs. 1 GO NW und § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages hat sie den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufzustellen.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts, das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (im nachfolgenden "BilMoG"), ist in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften erstmals auf den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der Gesellschaft angewendet worden. Die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2009 wurden unverändert übernommen. Die durch das BilMoG geänderten Ansatz- und Bewertungsvorschriften hatten keinen Einfluss auf die Vorjahreszahlen.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

### **II. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung**

#### **1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte mit den Anschaffungskosten abzüglich der bisher verrechneten planmäßigen Abschreibungen.

Den planmäßigen Abschreibungen lagen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgesehenen Nutzungsdauern zugrunde. Software und bewegliche Güter des Sachanlagevermögens wurden linear abgeschrieben. Für sonstige geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € wurde in den Jahren

2008 und 2009 ein Pool gebildet, der linear über 5 Jahre abgeschrieben wird. Im Jahr 2010 angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 410 € wurden im Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Herstellungskosten oder Nettoverkaufspreis unter Beachtung des Niederwertprinzips.

Zuschüsse von Autoren und Herausgebern wurden von den Herstellungskosten abgesetzt.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zum Nennwert.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen die Alleingesellschafterin.

## 2. Angaben zu Positionen der Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die Verbindlichkeiten haben eine Laufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Jahresabschlusskosten sowie Urlaubsverpflichtungen und Kosten der Berufsgenossenschaft.

Die Umsatzerlöse sind im Lagebericht aufgegliedert

## 3. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2010 sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 19 T€ an Prüfungshonoraren angefallen.

### III. Organe der Gesellschaft

#### 1. Gesellschafterversammlung

Die Alleingeschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV), Münster, wurde in der Gesellschafterversammlung durch Frau Ursula Ecks, Rietberg, vertreten.

#### 2. Aufsichtsrat

Er setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Mitglieder (bis 04.03.2010)

- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor (Vorsitzender)
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor (stv. Vorsitzender)
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Frau Maria Seifert, Rentnerin
- Herr Heinz Steffen, Berufsschuldirektor aD
- Herr Aloys Steppuhn, Landrat aD
- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter
- Herr Roland Trottenburg, Oberstudiendirektor a D
- Frau Elisabeth Veldhues, Mitglied des Landtages NRW, Fraktionsgeschäftsführerin
- Herr George Zeich, Sozialversicherungsfachangestellter aD

Mitglieder (seit 05.03.2010)

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)
- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzende)
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat (bis 30.10.2010)
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Matthias Löb, Erster Landesrat (seit 01.11.2010)
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter

#### Ständige Gäste

- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt (bis 04.03.2010)
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater (bis 04.03.2010)
- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin (seit 05.03.2010)

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung von 2.100 €. Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrates pro Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung 100 € (netto) gezahlt.

#### 3. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist:

Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück

Herr Strototte erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 3.900 €.

#### **IV. Beschäftigte**

Die Gesellschaft beschäftigte 2010, genau wie im Vorjahr, durchschnittlich 7 Angestellte. Teilzeitkräfte sowie Aushilfen wurden dabei anteilmäßig berücksichtigt.

Münster, 23.02.2011

Ardey-Verlag GmbH  
- Der Geschäftsführer -  
Bodo Strototte

Ardey-Verlag GmbH  
Anlagevermögen zum 31.12.2010

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen				Buchwert	
	31.12.2009/ 01.01.2010 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Umbuchungen + / - Euro	31.12.2010 Euro	31.12.2009/ 01.01.2010 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	31.12.2010 Euro	31.12.2009/ 01.01.2010 Euro
I. Immaterielle Ver- mögensgegenstände										
Software	33.868,75	0,00	24.721,64	0,00	9.147,11	31.804,39	846,46	24.721,64	1.217,90	2.064,36
II. Sachanlagen										
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	83.535,86	3.000,74	59.605,73	0,00	36.930,87	90.245,73	1.879,14	59.304,69	4.110,69	3.290,13
	127.404,61	3.000,74	84.327,37	0,00	46.077,98	122.050,12	2.725,60	84.026,33	5.328,69	5.354,49

## Ardey-Verlag GmbH,

### Münster

## LAGEBERICHT 2010

Die Ertragslage der Ardey-Verlag GmbH wird im Wesentlichen durch den Warenverkauf in Museumsshops, die Zeitschrift Westfalenspiegel und die Buchproduktion geprägt. Im Berichtsjahr stieg der Gesamtumsatz um rd. 54 T€ auf rd. 788 T€. Die Vorräte erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 40 T€ auf rd. 159 T€. Umsätze und Kosten entwickelten sich in 2010 unter Berücksichtigung der Bestandsveränderung planmäßig.

Die Umsätze für die einzelnen Bereiche gliedern sich wie folgt:

<b>Umsatzerlöse</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>	<b>Veränderung in %</b>
	<b>€</b>	<b>€</b>	
Buchtitel	128.186	80.845	+58,6%
Museumsshops	410.071	381.528	+7,5%
Westfalenspiegel	202.125	213.817	-5,5%
Sonstige Zeitschriften	44.236	44.295	-0,1%
Übrige	3.832	14.079	-72,8%
	<u>788.450</u>	<u>734.563</u>	<u>+7,3%</u>

Der Ardey-Verlag hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 16 Bücher herausgegeben, darunter 5 Kommissions- und 11 Verlagstitel. Durch die Buchtitel erwirtschaftete der Verlag 128 T€ Umsatzerlöse. Der Buchbestand erhöhte sich im Berichtsjahr um rd. 26 T€.

Zweitgrößter Umsatzträger nach den Museumsshops ist mit rd. 200 T€ die Zeitschrift Westfalenspiegel, im Berichtsjahr wurden sechs Ausgaben produziert. Neben der Zeitschrift Westfalenspiegel stellt der Ardey-Verlag auch die Mitarbeiterzeitung des Landschaftsverband Westfalen-Lippe her.

Die Museumsshops erzielten einen Umsatz von 410 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Umsätze um rd. 28 T€. Insbesondere die Museen im Ruhrgebiet konnten durch die Ruhr 2010 ihre Umsätze erhöhen.

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage des Verlages ereignet.

Die Ardey-Verlag GmbH verfügt über eine Finanzbuchhaltung sowie ein Controlling, welche der Größe des Unternehmens angepasst sind. Die Geschäftsführung ist in der Lage, jederzeit Auswertungen zu erstellen, die die aktuelle finanzielle Situation des Unternehmens darstellen.

Im Hinblick auf die überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft und die Art der Geschäftstätigkeit ist ein formalisiertes Risikomanagementsystem nicht erforderlich. Die Gesellschaft ist keinen erheblichen Preisänderungs-, Ausfall-, und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen ausgesetzt. Wirtschaftlich bedeutsame Chancen, aufgrund derer sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich verbessern könnte, werden nicht gesehen.

Im Jahr 2011 wird mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. -294 T€ gerechnet, das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages mit der Westfälisch-Lippischen Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH von dieser auszugleichen ist. Für 2012 werden rd. -250 T€ erwartet.

Münster, 23.02.2011

Ardey-Verlag GmbH

- Der Geschäftsführer -

Bodo Strototte

## **Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH**

# Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH

## Bilanz zum 31. Dezember 2010

<u><b>A K T I V A</b></u>	31.12.2010	31.12.2009	<u><b>P A S S I V A</b></u>	31.12.2010	31.12.2009
	€	€		€	€
<u><b>A. Anlagevermögen</b></u>			<u><b>A. Eigenkapital</b></u>		
I. Finanzanlagen			I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00
1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	40.337.872,91	40.337.872,91	II. Kapitalrücklage	107.200.000,00	107.200.000,00
2. Sonstige Ausleihungen	<u>45.000.000,00</u>	25.500.000,00	III. Gewinnrücklagen		
			andere Gewinnrücklagen	3.952.260,00	2.188.930,00
<u><b>B. Umlaufvermögen</b></u>			IV. Bilanzgewinn	<u>63.869,40</u>	47.198,53
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			davon Gewinnvortrag		
1. Forderungen gegenüber dem Gesellschaftler	24.919.544,90	9.230.558,37	31.12.2010: 47.198,53 €		
			31.12.2009: 35.237,98 €		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.006.755,57</u>	34.396.847,76	<u><b>B. Rückstellungen</b></u>		
			Sonstige Rückstellungen	6.000,00	5.500,00
II. Guthaben bei Kreditinstituten			<u><b>C. Verbindlichkeiten</b></u>		
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	41,65
				<u>111.272.129,40</u>	<u>109.491.670,18</u>
				<u>111.272.129,40</u>	<u>109.491.670,18</u>

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH**  
**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**für das Geschäftsjahr vom**  
**01.01. - 31.12.2010**

	2010	2009
	€	€
1. Aufwendungen für satzungsmäßige Zwecke	3.510.000,00	880.000,00
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.094,36	13.885,49
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenden Unternehmen: 2010: 3.162.955,03 € 2009: 316.589,57 €	5.303.095,23	1.351.826,04
4. Jahresüberschuss	1.780.000,87	457.940,55
5. Gewinnvortrag	47.198,53	35.237,98
6. Einstellung in die Gewinnrücklagen	1.763.330,00	445.980,00
7. Bilanzgewinn	63.869,40	47.198,53

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe  
gemeinnützige GmbH,  
Münster**

**ANHANG 2010**

**I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung**

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften erstellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Der Gesellschaftsvertrag sieht die Aufstellung und Prüfung entsprechend dem Dritten Buch des HGB für große Kapitalgesellschaften vor.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts, das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (im nachfolgenden "BilMoG"), ist in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften erstmals auf den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der Gesellschaft anzuwenden (Art. 66 Abs. 3 Satz 1 EGHGB). Von der Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung (Art. 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB) wurde kein Gebrauch gemacht. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen war nicht erforderlich und Änderungen in der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich durch die BilMoG-Erstanwendung nicht ergeben.

**II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und liquide Mittel sind mit dem Nennwert bilanziert.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

**III. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung**

Angaben zu Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung:

(1) Bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen handelt es sich ausschließlich um ein langfristiges Darlehen an die Gesellschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH.

(2) Die sonstigen Ausleihungen betreffen ausschließlich Schuldscheindarlehen an die WestLB AG.

- (3) Bei den Forderungen gegenüber dem Gesellschafter handelt es sich um das laufende Dispositionskonto.
- (4) Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Zinsabgrenzungen aus Geldanlagen.
- (5) Der Posten Aufwendungen für satzungsmäßige Zwecke wurde gemäß § 265 (6) HGB ergänzend zum Gliederungsschema des § 275 (2) HGB in die Gewinn- und Verlustrechnung aufgenommen. Ausgewiesen wird der Aufwand aus der Weitergabe erwirtschafteter Überschüsse, die der LWL-Kulturstiftung satzungsgemäß zur Verfügung gestellt wurden.
- (6) Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen hauptsächlich Jahresabschluss- sowie sonstige Verwaltungskosten.
- (7) Vom Jahresüberschuss wurden 1.763.330,00 € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt, so dass unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags von 47.198,53 € ein Bilanzgewinn von 63.869,40 € erwirtschaftet wurde.
- (8) Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen (§§ 251 und 285 Abs. 3 HGB) bestehen zum Stichtag nicht.

#### Sonstige Angaben:

Im Geschäftsjahr 2010 sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers, WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 6 T€ an Prüfungshonoraren angefallen.

## **IV. Organe der Gesellschaft**

### 1. Gesellschafterversammlung

Die Alleingeschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV), wurde in den Gesellschafterversammlungen durch Ursula Ecks, Rietberg, Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, vertreten.

## 2. Aufsichtsrat

### Mitglieder bis 04.03.2010

- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor (Vorsitzender)
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor (stv. Vorsitzender)
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Frau Maria Seifert, Rentnerin
- Herr Heinz Steffen, Berufsschuldirektor aD
- Herr Aloys Steppuhn, Landrat aD
- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter
- Herr Roland Trottenburg, Oberstufendirektor aD
- Frau Elisabeth Veldhues, Mitglied des Landtages NRW, Fraktionsgeschäftsführerin
- Herr George Zeich, Sozialversicherungsfachangestellter aD

### Mitglieder ab 05.03.2010

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)
- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzende)
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter

### Ständige Gäste

- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt (bis 04.03.2010)
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater (bis 04.03.2010)
- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin (seit dem 05.03.2010)

Der Aufsichtsrat erhielt in 2010 Sitzungsgelder in Höhe von 1,7 T€. Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrates pro Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung 50 € (netto) gezahlt.

### 3. Geschäftsführung

Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge für seine Tätigkeit.

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Münster, 11.03.2011

Kulturstiftung Westfalen-Lippe  
gemeinnützige GmbH  
- Der Geschäftsführer -

Bodo Strototte

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH**  
**Anlagevermögen zum 31.12.2010**

	01.01.2010		31.12.2010		01.01.2010		31.12.2010		01.01.2010		31.12.2010	
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>I. Finanzanlagen</b>												
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	40.337.872,91	0,00	0,00	40.337.872,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40.337.872,91	40.337.872,91
2. Sonstige Ausleihungen	25.500.000,00	30.000.000,00	10.500.000,00	45.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.500.000,00	45.000.000,00
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>65.837.872,91</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>10.500.000,00</b>	<b>85.337.872,91</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>65.837.872,91</b>	<b>85.337.872,91</b>

**Kulturstiftung Westfalen-Lippe  
gemeinnützige GmbH,  
Münster**

**LAGEBERICHT 2010**

Im Berichtsjahr wurde das Darlehen KEB Holding AG über 36,299 Mio. € (Verzinsung 1,98 % p.a.) am 26.04.2010 planmäßig sowie das Schuldscheindarlehen WestLB AG über 10,5 Mio. € (Verzinsung: 5,80 % p.a.) am 01.07.2010 vorzeitig zurückgezahlt.

Zum Bilanzstichtag ist der Kapitalstock wie folgt angelegt:

Wertpapierbezeichnung	Volumen	Laufzeit	Zins
Schuldscheindarlehen WestLB AG (I.)	7.500.000,00 €	30.11.2009 bis 21.12.2012	4,15 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (II.)	7.500.000,00 €	30.11.2009 bis 21.12.2012	4,20 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (III.)	10.000.000,00 €	05.05.2010 bis 24.06.2015	6,13 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (IV.)	10.000.000,00 €	05.05.2010 bis 24.06.2015	6,78 %
Schuldscheindarlehen WestLB AG (V.)	10.000.000,00 €	02.09.2010 bis 26.09.2013	4,28 %
partiarisches Darlehen WLW	40.337.872,91 €	ab 30.09.2009 bis auf unbestimmte Zeit; jährlich zum 30.09. kündbar	variable Verzinsung
Tagesgeld-/Termingeldanlagen über WLW	24.919.544,90 €	variabel	variabel
Summe	110.257.417,81 €		

In 2010 wurden drei Schuldscheindarlehen (III. bis V.) neu erworben.

Die unterschiedliche Höhe der Zinssätze bei den Schuldscheindarlehen resultiert neben den unterschiedlichen Laufzeiten daraus, dass in diesen Schuldscheinen jeweils vier unterschiedliche Referenzschuldner (Staatsanleihen bzw. bonitätsstarke DAX-/EuroStoxx-Unternehmen) mit gleichem Volumen gebündelt sind.

Emittent aller Schuldscheine ist die WestLB AG, die vorbehaltlich eines vorab definierten „Kreditereignisses“ einen Festzins für die Laufzeit garantiert. Bei Eintritt eines „Kreditereignisses“ in Bezug auf einen der vier Referenzschuldner wird das gesamte Schuldscheindarlehen sofort fällig und der

Anspruch auf weitere Zins-(kupon)zahlungen für den Schuldschein erlischt. Gleichzeitig erlischt auch der Rückzahlungsanspruch gegenüber der Bank, stattdessen liefert die Bank eine konkrete Verbindlichkeit des ausgefallenen Referenzschuldners, allerdings in der gesamten Höhe des Schuldscheindarlehens, hier also in vierfacher Höhe.

Der Verzinsungsanspruch des der Gesellschafterin Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) gewährten partiarischen Darlehens variiert in Abhängigkeit von der jährlichen Dividendenausschüttung der RWE AG, Essen. Die RWE AG hat am 23.04.2010 eine Dividende von 3,50 € pro Aktie ausgeschüttet, was für die Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH zu einem Verzinsungsanspruch von rd. 3,030 Mio. € geführt hat. Die über die Gewinnverwendung 2010 der RWE AG voraussichtlich beschließende Hauptversammlung soll am 20. April 2011 stattfinden.

Gemäß dem Gesellschaftszweck, der Förderung von Kunst, Kultur und landeskundlicher Forschung in Westfalen-Lippe, hat die Gesellschaft der LWL-Kulturstiftung in 2010 Mittel im Umfang von 3.510,0 T€ (Vorjahr 880,0 T€) zugewendet. Die LWL-Kulturstiftung fördert damit im Rahmen ihres Stiftungszwecks kulturelle Projekte anderer steuerbegünstigter Körperschaften. Die deutlich höhere Förderung war möglich, da der Gesellschaft nach einer Kapitalzuführung im Juli 2009 erheblich mehr Vermögen zur Verfügung steht.

Chancen und Risiken liegen in der Entwicklung der Dividendenausschüttungen der RWE AG sowie der am Kapitalmarkt erzielbaren Renditen für Geldanlagen. Die Geschäftsführung rechnet nicht mit Risiken, welche die Fortführung der Gesellschaft gefährden könnten. Im Hinblick auf die überschaubaren Verhältnisse der Gesellschaft und die Art der Geschäftstätigkeit ist ein formalisiertes Risikomanagementsystem nicht erforderlich.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet.

Für das laufende Geschäftsjahr 2011 wird aus der Anlage des Gesellschaftsvermögens mit Erträgen in Höhe von rd. 6,27 Mio. € gerechnet, für 2012 werden Erträge von 5,6 Mio. € erwartet.

Münster, 11.03.2011

Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH  
Der Geschäftsführer

Bodo Strototte

**Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungs-  
gesellschaft mbH (WLV)**

## Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

## Bilanz zum 31. Dezember 2010

<u>Aktivseite</u>	€	31.12.2010 €	31.12.2009 T€	€	31.12.2010 €	31.12.2009 T€
<b><u>A. Anlagevermögen</u></b>						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Software		24.749,14	19	2.000.000,00		2.000
II. Sachanlagen	94.466.592,00		94.085	470.862.681,37		470.863
1. Grundstücke und Bauten	173.703,20		167	47.286.268,14		47.286
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.478.970,25		2.384	22.149.564,20		18.988
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	107.337.004,07	101.119.265,45	96.636	250.585.596,02		264.874
III. Finanzanlagen	958.594.716,88		107.337	7.700.000,00		0
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	91.663.255,29		966.797		800.584.109,73	804.011
2. Beteiligungen	30.000.000,00		91.663			
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.276.219,23		13.276		10.322.355,23	10.751
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.179.073		1.179.073			
5. Sonstige Ausleihungen	1.200.871.195,47		1.200.871.195,47			
<b><u>B. Umlaufvermögen</u></b>						
I. Vorräte						
1. Unfertige Leistungen	1.969.290,16		1.962	21.598.119,15		53.556
2. Waren	0,00		8	2.027.607,70		1.783
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.969.290,16		1.970	1.194.903,49		696
2. Forderung gegen verbundene Unternehmen	131.766,85		320	65.266.383,63		49.569
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	156.946,48		117	510.517.768,34		516.657
4. Forderungen gegen den Gesellschafter	5.243.123,02		857	45.709.151,75		39.857
5. Sonstige Vermögensgegenstände	109.143,13		14.689		646.313.934,06	662.118
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.162.742,59		13.803.722,07		400.428,14	345
<b><u>C. Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>						
	139.767.102,50		184.751			
	65.502,37		87			
	<u>1.457.620.827,16</u>		<u>1.477.225</u>		<u>1.457.620.827,16</u>	<u>1.477.225</u>

**Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH**  
**Gewinn- und Verlustrechnung**  
**für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**

	€	2010 €	2009 T€
1. Umsatzerlöse		12.627.471,43	12.013
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen und Waren		-991,96	187
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.676.825,17	627
		<u>14.303.304,64</u>	<u>12.827</u>
4. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.758.113,78	2.940
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.019.249,52		979
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung		<u>264.265,12</u>	255
davon für Altersversorgung:			
2010: 41.137,43 €			
2009: 41.341,90 €			
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.648.062,49	7.422
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.423.974,83	759
8. Erträge aus Beteiligungen		24.998.509,25	28.498
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.192.833,01	2.975
davon aus verbundenen Unternehmen:			
2010: 2.559,21 €			
2009: 2.572,60 €			
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		3.955.737,76	1.720
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		6.378.834,00	1.454
12. Zinsaufwendungen		28.816.683,53	27.151
davon an verbundene Unternehmen:			
2010: 3.162.955,03 €			
2009: 316.589,57 €			
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme		322.872,73	407
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>-3.181.671,34</u>	<u>4.653</u>
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-41.189,00	-46
16. Sonstige Steuern		286.623,95	244
17. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss		<u>-3.427.106,29</u>	<u>4.455</u>
18. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage		0,00	133
19. Einstellung in die Instandhaltungsrücklage		3.161.931,54	2.921
20. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		0,00	1.401
21. Entnahme aus den anderen Gewinnrücklagen		14.289.037,83	0
22. Bilanzgewinn		<u><u>7.700.000,00</u></u>	<u><u>0</u></u>

**Westfälisch-Lippische  
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH,  
Münster**

**ANHANG 2010**

**I. Angaben zur Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen des § 267 HGB eine mittelgroße Kapitalgesellschaft. Gem. § 23 Abs. 2 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen i.V. mit § 108 Abs. 1 GO NW und § 14 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages hat sie den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des GmbHG aufzustellen.

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts, das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (im nachfolgenden "BilMoG"), ist in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften erstmals auf den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 der Gesellschaft anzuwenden (Art. 66 Abs. 3 Satz 1 EGHGB). Von der Möglichkeit einer vorzeitigen Anwendung (Art. 66 Abs. 3 Satz 6 EGHGB) wurde kein Gebrauch gemacht. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen im Rahmen der erstmaligen Anwendung ist nach Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB unterblieben, die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2009 wurden unverändert übernommen. Änderungen in der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung haben sich durch die BilMoG-Erstanwendung nicht ergeben.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

**II. Erläuterungen zu den Positionen von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung bzgl. Ausweis, Bilanzierung und Bewertung**

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten. Fremdkapitalzinsen wurden bei den Herstellungskosten nicht aktiviert.

Den planmäßigen Abschreibungen lagen die in den steuerlichen Abschreibungstabellen vorgesehenen Nutzungsdauern zugrunde.

Anlagenzugänge unter den Sachanlagen wurden linear abgeschrieben.

Zum 01.01.2010 wurden alle bisherigen degressiven Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens auf eine restlineare Abschreibung im Sinne von § 7 Abs. 3 EStG umgestellt, da dies dem tatsächlichen Werteverzehr besser ent-

spricht. Wesentliche Auswirkungen (Verringerung < 10T€) auf das Abschreibungsvolumen haben sich dadurch nicht ergeben. Software wurde linear abgeschrieben.

Zum 01.01.2010 wurden im Rahmen der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG unter Inanspruchnahme des Wahlrechtes in § 67 Abs. 4 EGHGB die Wertansätze der Objekte, für die in der Vergangenheit die degressive Denkmalabschreibung nach § 7i EStG vorgenommen wurde, fortgeführt. Zu Beginn des Geschäftsjahres wurde die Abschreibung dann auf eine restlineare Abschreibung umgestellt, da dies den tatsächlichen Werteverzehr besser widerspiegelt. Durch diese Umstellung reduzierte sich das Abschreibungsvolumen um ca. 3,7 Mio. €.

Der in den Jahren 2008 und 2009 gebildete Sammelposten für sonstige geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten zwischen 150 € und 1.000 € wurde im Jahr 2010 weiter linear aufgelöst. Ab 2010 neu angeschaffte geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 410 € wurden im Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt bzw. mit dem Buchwert oder dem Zeitwert der jeweiligen Einlage des Gesellschafters. Sofern der beizulegende Wert am Bilanzstichtag niedriger war, wurden die erforderlichen Abschreibungen vorgenommen.

Die Vorräte wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet.

Das Körperschaftsteuerguthaben nach § 37 IV KStG wurde mit dem Barwert unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4% angesetzt.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

## 2. Angaben zu Positionen der Bilanz

- a) Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem Anlagenspiegel ersichtlich. Die Finanzanlagen betreffen im Einzelnen:

	Stand 31.12.2009 €	Zugang €	Abgang / Abschreibung €	Stand 31.12.2010 €
1. Ardey-Verlag GmbH, Münster	61.355			61.355
2. KEB Holding AG, Dortmund	57.080.685			57.080.685
3. Kommunale Beteiligungsges. RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH, Münster	24.800			24.800
4. MVG GmbH, Lüdenscheid	205.403		205.403	0
5. SBB Dortmund GmbH,	1.487.772			1.487.772
6. VBE GmbH, Extertal	229.171		229.171	0
7. Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH, Münster	107.275.649			107.275.649
8. WLE GmbH, Lippstadt	1		1	0
9. WVG GmbH, Münster	1.389.061		1.389.061	0
10. Ausleihung KEB Holding AG, Dortmund	91.663.255			91.663.255
11. Provinzial NordWest Holding AG,	900.000.000			900.000.000
12. WestLB AG, Münster/Düsseldorf	6.378.835		6.378.834	1
13. RW Energiebeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	805			805
14. Erste Abwicklungsanstalt	654			654
15. Wertpapiere des Anlagevermögens	0	30.000.000		30.000.000
16. Sonstige Ausleihungen	13.276.219			13.276.219
	<b>1.179.073.666</b>	<b>30.000.000</b>	<b>8.202.471</b>	<b>1.200.871.195</b>

- b) Gem. § 285 Nr. 11 HGB hat die WLW die Unternehmen gesondert aufzuführen, von denen sie mindestens 20 % der Anteile besitzt.

Der Anteilsbesitz wird durch folgende Aufstellung verdeutlicht:

	Stichtag	Anteil am Kapital	Eigenkapital in T€	Jahresergebnis in T€
Kommunale Bet.ges. RWE Westfalen-Weser- Ems GmbH, Münster	31.07.2010	41,33%	43	-17
Ardey-Verlag GmbH, Münster	31.12.2010	100,00%	46	0
SBB Dortmund GmbH, Dortmund	31.12.2009	28,13%	8.160	1.036
Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH	31.12.2010	100,00%	111.266	458
Provinzial NordWest Holding AG	31.12.2009	40,00%	1.046.000	111.000
KEB Holding AG	30.09.2010	17,50%	423.441	99.889

Das Ergebnis 2010 der Ardey-Verlag GmbH ist aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages unverändert von der Gesellschaft übernommen worden.

Ardey-Verlag GmbH und Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH sind verbundene Unternehmen i. S. des § 271 Abs. 2 HGB.

- c) Erneut wurden die im laufenden Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für mit den Mietern noch nicht endgültig abgerechnete Betriebs- und Nebenkosten als unfertige Leistungen unter den Vorräten aktiviert. Die Vorauszahlungen auf Nebenkosten wurden als erhaltene Anzahlungen passiviert.

Die erhaltenen Anzahlungen setzen sich wie folgt zusammen:

	€
von fremden Dritten	1.421.383
von verbundenen Unternehmen	5.825
vom Gesellschafter LWL	600.400
<b>Summe</b>	<b>2.027.608</b>

- d) Die Forderung gegen verbundene Unternehmen betrifft das Verrechnungskonto mit der Ardey-Verlag GmbH.
- e) Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren aus dem abgegrenzten Zinsanspruch aus der Ausleihung an die KEB Holding AG sowie aus kurzfristigen Darlehen.
- f) Die Forderungen gegen den Gesellschafter betreffen ausschließlich Mieten und Nebenkostenvorauszahlungen.
- g) Für die Forderungen bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt	davon mit einer Laufzeit	
	€	bis 1 Jahr €	mehr als 1 Jahr €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	131.767	131.767	
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	156.946	156.946	
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.243.123	5.243.123	
Forderungen gegenüber dem Gesellschafter	109.143	109.143	
Sonstige Vermögensgegenstände	8.162.743	7.330.865	831.878
<b>Summen</b>	<b>13.803.722</b>	<b>12.971.844</b>	<b>831.878</b>

- h) Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen Steuererstattungsansprüche, Forderungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen, Forderungen aus dem Konjunkturpaket II sowie abgegrenzte Zinsen.
- i) Aus den anderen Gewinnrücklagen wird ein Betrag von 14,3 Mio. € entnommen, so dass nach Ausgleich des Jahresfehlbetrages von 3,4 Mio. € und einer Einstellung in die Instandhaltungsrücklage von 3,2 Mio. € ein Bilanzgewinn von 7,7 Mio. € zur Ausschüttung zur Verfügung steht.
- j) Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die noch nicht endgültig abgerechneten Anschaffungskosten für Immobilien sowie noch nicht in Anspruch genommene Beträge für das Haftungsrisiko aus dem Risikoschild für die WestLB sowie abgegrenzte voraussichtliche Zinsansprüche der Kulturstiftung gGmbH aus einem gewährten partiarischen Darlehen
- k) Aus der Umstellung der langfristigen Rückstellungen für den Risikoschild WestLB und die ausstehende Rechnung Speicherstadt aufgrund der geänderten Bewertung durch das BilMoG resultierte zum 1. Januar 2010 eine Überdeckung von insgesamt T€ 336. Da

der eigentlich aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste, wird von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Rückstellung beibehalten. Zum 31. Dezember 2010 besteht keine Überdeckung mehr.

- l) Die Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen ein partiarisches Darlehen und kurzfristige Liquiditätsanlagen der Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen der Ardey-Verlag GmbH.
- m) Die Position Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	T€
Verbindlichkeiten aus Restkaufgeldern	509.329
Übrige Gesellschafterdarlehen	1.189
<b>Summe</b>	<b>510.518</b>

- n) Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	Gesamt €	davon mit einer Laufzeit		
		bis 1 Jahr €	von 1-5 Jahren €	über 5 Jahre €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21.598.119	2.648.275	14.801.664	4.148.180
Erhaltene Anzahlungen	2.027.608	2.027.608		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.194.903	1.194.903		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	65.266.384	65.266.384		
Verbindlichkeit gegenüber dem Gesellschafter	510.517.768	510.517.768		
Sonstige Verbindlichkeiten	45.709.152	12.205.084	33.504.067	
<b>Summen</b>	<b>646.313.934</b>	<b>593.860.022</b>	<b>48.305.731</b>	<b>4.148.180</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch den Gesellschafter Landschaftsverband Westfalen-Lippe verbürgt. 1,1 Mio € sind durch Grundschulden gesichert. Die formal kurzfristigen vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe gewährten Gesellschafterdarlehen stehen der WLVL für den betriebsnotwendigen Zeitraum zu Finanzierungszwecken zur Verfügung.

o) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen:

Die Mitarbeiter sind in den Kommunalen Zusatzversorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw), Münster, versichert. Gegenüber den Arbeitnehmern besteht für den Fall, dass die kvw ihren Versorgungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, eine subsidiäre Einstandspflicht der Gesellschaft. Die Höhe einer möglichen Verpflichtung beträgt nach Mitteilung der kvw zum 31.12.2009 954 T€, der Verpflichtungsumfang zum 31.12.2010 kann noch nicht beziffert werden.

Das Bestellobligo zum Bilanzstichtag betrug 5,8 Mio. €.

3. Angaben zu Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

- a) Die Mieterträge wurden als Umsatzerlöse sowie die zugehörigen Betriebskosten und Instandhaltungsaufwendungen als Materialaufwand dargestellt.
- b) Die Abschreibungen auf Finanzanlagen erfolgten gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB.
- c) Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Ardey-Verlag GmbH.
- d) Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt 19,25 Angestellte und 0,25 Arbeiter.

4. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr sind für die erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers WIBERA Wirtschaftsberatung AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bielefeld, 32 T€ an Prüfungshonoraren angefallen.

### **III. Organe der Gesellschaft**

1. Gesellschafterversammlung

Der Alleingesellschafter Landschaftsverband Westfalen-Lippe wurde in der Gesellschafterversammlung bis zum 04.03.2010 vertreten durch Herrn Josef Geuecke, Lennestadt, Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

Mit Beschluss des Landschaftsausschusses vom 05.03.2010 bestellte der LWL Frau Ursula Ecks, Mitglied der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als Stimmführerin für die Vertretung des Alleingeschafters in den Gesellschafterversammlungen ab 2010.

## 2. Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat erhielt in 2010 Sitzungsgelder in Höhe von netto 4.950 €. Dabei wurden jedem Mitglied des Aufsichtsrates pro Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung 150 € (netto) gezahlt.

Er setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

### Mitglieder (bis 04.03.2010)

- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor (Vorsitzender)
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor (stv. Vorsitzender)
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Frau Maria Seifert, Rentnerin
- Herr Heinz Steffen, Berufsschuldirektor aD
- Herr Aloys Steppuhn, Landrat aD
- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter
- Herr Roland Trottenburg, Oberstufendirektor aD
- Frau Elisabeth Veldhues, Mitglied des Landtages NRW, Fraktionsgeschäftsführerin
- Herr George Zeich, Sozialversicherungsfachangestellter aD

### Ständige Gäste (bis 04.03.2010)

- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater

Gem. § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages der WLW werden der Vorsitzende des Aufsichtsrates, dessen Stellvertreter sowie die übrigen, nicht geborenen Mitglieder und die ständigen Gäste vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe entsandt und abberufen.

Durch Beschluss der Landschaftsversammlung vom 5.3.2010 ergab sich eine Neubesetzung des Aufsichtsrates. Seit dem 01.11.2010 ist Herr Landesrat Matthias Löb als Nachfolger für den in Ruhestand getretenen Landesrat Dr. Fritz Baur geborenes Mitglied des Aufsichtsrates der WLW.

### Mitglieder (seit 05.03.2010)

- Herr Holm Sternbacher, Polizeibeamter (Vorsitzender)

- Frau Eva Irrgang, Landrätin (stv. Vorsitzender)
- Herr Dr. Wolfgang Kirsch, LWL-Direktor
- Herr Dr. Fritz Baur, Erster Landesrat a. D. (bis 31.10.2010)
- Herr Matthias Löb, Erster Landesrat (seit 01.11.2010)
- Herr Dieter Gebhard, Studiendirektor
- Herr Stephen Paul, selbstständiger Berater
- Herr Klaus Baumann, Bürgermeister
- Herr Axel Boldt, Diplom-Volkswirt
- Herr Josef Geuecke, Landwirt
- Herr Wilhelm Stilkenbäumer, Angestellter
- Herr Hermann Päuser, Schulleiter

Ständiger Gast (seit 05.03.2010)

- Frau Barbara Schmidt, wissenschaftliche Mitarbeiterin

### 3. Geschäftsführung

Herr Bodo Strototte, Diplom-Bundesbankbetriebswirt, Rheda-Wiedenbrück

Herr Strototte erhielt für seine Tätigkeit eine Vergütung von 153 T€

### IV. Ergebnisverwendungsvorschlag

Aus den anderen Gewinnrücklagen wird ein Betrag von 14.289.037,83 € entnommen, so dass nach Deckung des Jahresfehlbetrages von 3.427.106,29 € und einer Einstellung in die Instandhaltungsrücklage von 3.161.931,54 € ein Bilanzgewinn von 7.700.000,00 € für eine Ausschüttung zur Verfügung steht.

Münster, den 11.03.2011

Westfälisch-Lippische  
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

– Der Geschäftsführer –

Bodo Strototte

**Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH**  
Anlagevermögen zum 31.12.2010

	01.01.2010		Anschaffungs- und Herstellungskosten		31.12.2010		Abschreibungen		31.12.2010		Buchwert	
	€	€	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	+/-	€	€	Zugänge	Abgänge	€	€
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>												
Software	176.316,33	13.639,04	0,00	0,00	189.955,37	0,00	189.955,37	7.850,59	0,00	165.206,23	24.749,14	18.960,69
<b>Summe immaterielle Vermögensgegenstände</b>	<b>176.316,33</b>	<b>13.639,04</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>189.955,37</b>	<b>0,00</b>	<b>189.955,37</b>	<b>7.850,59</b>	<b>0,00</b>	<b>165.206,23</b>	<b>24.749,14</b>	<b>18.960,69</b>
<b>II. Sachanlagen</b>												
1. Grundstücke und Bauten	163.936.491,15	3.098.229,46	1.002.035,06	875.259,14	166.907.944,69	0,00	166.907.944,69	3.591.820,82	1.002.035,06	72.441.352,69	94.466.592,00	94.084.924,22
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.010.890,80	56.330,02	34.446,28	0,00	1.032.774,54	0,00	1.032.774,54	48.391,08	33.308,05	859.071,34	173.703,20	166.902,49
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.383.556,74	4.970.709,85	0,00	-875.259,14	6.479.007,45	0,00	6.479.007,45	0,00	0,00	37,20	6.478.970,25	2.383.519,54
<b>Summe Sachanlagen</b>	<b>167.330.938,69</b>	<b>8.125.269,33</b>	<b>1.036.481,34</b>	<b>0,00</b>	<b>174.419.726,68</b>	<b>0,00</b>	<b>174.419.726,68</b>	<b>3.640.211,90</b>	<b>1.035.343,11</b>	<b>73.300.461,23</b>	<b>101.119.265,45</b>	<b>96.635.346,25</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	111.459.721,20	0,00	0,00	0,00	111.459.721,20	0,00	111.459.721,20	0,00	0,00	4.122.717,13	107.337.004,07	107.337.004,07
2. Beteiligungen	1.003.458.577,02	0,00	11.222.010,14	0,00	992.236.566,88	0,00	992.236.566,88	6.378.834,00	9.398.373,63	33.641.850,00	958.594.716,88	966.797.187,39
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	91.663.255,29	0,00	0,00	0,00	91.663.255,29	0,00	91.663.255,29	0,00	0,00	0,00	91.663.255,29	91.663.255,29
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	30.000.000,00	0,00	0,00	30.000.000,00	0,00	30.000.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000.000,00	30.000.000,00
5. Sonstige Ausleihungen	13.276.219,23	0,00	0,00	0,00	13.276.219,23	0,00	13.276.219,23	0,00	0,00	0,00	13.276.219,23	13.276.219,23
<b>Summe Finanzanlagen</b>	<b>1.219.857.772,74</b>	<b>30.000.000,00</b>	<b>11.222.010,14</b>	<b>0,00</b>	<b>1.238.635.762,60</b>	<b>0,00</b>	<b>1.238.635.762,60</b>	<b>6.378.834,00</b>	<b>9.398.373,63</b>	<b>37.764.567,13</b>	<b>1.200.871.195,47</b>	<b>1.179.073.665,98</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>1.387.365.027,76</b>	<b>38.138.906,37</b>	<b>12.258.491,48</b>	<b>0,00</b>	<b>1.413.245.444,65</b>	<b>0,00</b>	<b>1.413.245.444,65</b>	<b>10.026.896,49</b>	<b>10.433.716,74</b>	<b>111.230.234,59</b>	<b>1.302.015.210,06</b>	<b>1.275.727.972,92</b>

**Westfälisch-Lippische  
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH,  
Münster**

**LAGEBERICHT 2010**

**I. Bericht über die öffentliche Zwecksetzung**

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Satzungsgemäß hält die Gesellschaft in diesem Sinne Beteiligungen an Unternehmen mit regionaler Bedeutung im Gebiet des LWL. Insbesondere die Versorgung mit leitungsgebundener Energie und öffentlichen Verkehrsdienstleistungen gehört zu den Kernaufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Daneben ist die WLW an weiteren Unternehmen gemäß § 5 Abs. 1 c) Nr. 1 – 3 der Landschaftsverbandsordnung (LVerbO NRW) beteiligt und nimmt die Funktion einer Beteiligungsholding für den LWL wahr. Im Verbandsgebiet des LWL plant und errichtet die WLW Immobilien, die der Aufgabenerfüllung des LWL dienen.

**II. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft**

Einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft haben die Dividendenerträge aus den Beteiligungen im Versorgungsbereich. Zudem leisten auch die Geschäftsaktivitäten im Immobilienbereich einen stabilen Ergebnisbeitrag.

Die Beteiligungserträge belaufen sich im Berichtsjahr auf rd. 25 Mio. €. Der Bilanzwert der Beteiligung an der WestLB AG wurde aufgrund der weiter negativen Geschäftsentwicklung um 6,379 Mio. € auf einen Erinnerungswert von 1,-€ abgeschrieben.

Die Beteiligungen an den Verkehrsgesellschaften sind plangemäß in 2010 aufgegeben worden.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Beteiligung an der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH ist die mit den Gesellschaftern getroffene Verlustabdeckungsvereinbarung gegen Zahlung eines Betrages von 4,4 Mio € ab 2010 aufgehoben worden. Aus der Veräußerung der übrigen Verkehrsbeteiligungen wurde ein Gewinn von 0,8 Mio € erzielt.

Der aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages auszugleichende Jahresfehlbetrag der 100%igen Tochtergesellschaft Ardey-Verlag GmbH reduzierte sich um ca. 85 T€ auf rd. 323 T€.

Die Mieterträge erreichten im Berichtsjahr rd. 10,1 Mio. € und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. € an. In Planung und Ausführung befinden sich derzeit Objekte mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rd. 54 Mio. €.

Bedingt durch die außerplanmäßigen Abschreibungen auf die Beteiligung an der WestLB AG und die Einmalzahlung für die Aufhebung der Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Westfälische Landes-Eisenbahn GmbH ergibt sich im Berichtsjahr ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 3,9 Mio. €. Um dennoch einen ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn von 7,7 Mio. € auszuweisen und eine Einstellung in die Instandhaltungsrücklage in Höhe von knapp 3,2 Mio. € dotieren zu können, wurde aus den anderen Gewinnrücklagen ein Betrag von 14,8 Mio. € entnommen. Die Dotierung der Instandhaltungsrücklage folgt dem Grundsatz sorgfältiger kaufmännischer Kalkulation und dient der Vorsorge für die mittel- und langfristig anstehenden Instandhaltungsaufwendungen im Immobilienbestand der WLW.

Nach wie vor ist das Vermögen der WLW überwiegend im Anlagevermögen gebunden. Die Anlagenintensität ist mit 89,3% rd. 3 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Der Anstieg resultiert aus der mittelfristigen Anlage freier Liquidität in Schuldscheindarlehen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt im Wesentlichen durch Darlehen des Gesellschafters LWL (510,5 Mio. €, Vj.: 516,6 Mio. €) sowie durch ein langfristiges Darlehen der Tochter Kulturstiftung Westfalen-Lippe gGmbH und durch mittel- bis langfristige Darlehen verschiedener Banken. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2010 jederzeit sichergestellt. Unter Einbeziehung der Gesellschafterdarlehen als eigenkapitalähnliche Mittel ergibt sich eine Eigenkapitalquote von fast 90%, die angesichts der besonders kapitalintensiven Geschäftsbereiche der Gesellschaft als gut bezeichnet werden kann.

### **III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die WLW verfügt über ein der Größe des Unternehmens angemessenes, integriertes EDV-System auf SAP-Basis für Anlagen- und Finanzbuchhaltung sowie Controlling. Die Geschäftsführung ist jederzeit in der Lage, Auswertungen zu erstellen, welche eine zeitnahe Analyse der aktuellen finanziellen Situation des Unternehmens ermöglichen. Das im Vorjahr eingeführte, formalisierte Risikomanagementsystem wurde im Berichtsjahr weiter verfeinert, für die Folgejahre sind fortlaufende Aktualisierungen vorgesehen.

Nachdem im Berichtsjahr die Beteiligung an der WestLB auf einen Erinnerungswert abgeschrieben und die Beteiligungen an Verkehrsgesellschaften veräußert wurden, erwartet die WLW mittelfristig keine nennenswerten Belastungen aus dem verbliebenen Beteiligungsportfolio. Chancen und Risiken liegen hier in der Entwicklung der Beteiligungserträge sowie der am Kapitalmarkt erzielbaren Renditen für Geldanlagen.

Das Immobiliengeschäft der Gesellschaft läuft stabil und wird stetig ausgebaut. Risiken liegen hauptsächlich in schlecht kalkulierbaren Nachfolgenutzungen (Leerstandsrisiko bzw. niedrigere Mieten) nach Auslaufen von Pachtverträgen.

Weitere Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen können, sind nicht zu erkennen.

#### **IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag**

Nach dem Bilanzstichtag sind weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WLW nicht zu verzeichnen.

#### **V. Ausblick**

Die Geschäftsführung geht für das Geschäftsjahr 2011 von Beteiligungserträgen von ca. 36 Mio. € aus, für das Geschäftsjahr 2012 werden wegen gesunkener Dividendenprognosen der Energieversorger nur noch rd. 31,8 Mio. € als Beteiligungsertrag erwartet.

Aufgrund des Erwerbs und der Fertigstellung weiterer Immobilien erwartet die Geschäftsführung einen Anstieg der Mieterträge auf voraussichtlich 10,3 Mio. € in 2011 und 11,5 Mio. € in 2012. Wesentliche Mietausfälle werden nicht gesehen, da der Hauptteil der Immobilien an den LWL vermietet ist.

Die WLW plant mit Wirkung zum 01.08.2011, die Beteiligung des LWL sowie alle übrigen Anteile an der Kommunale Aktionärsvereinigung RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH zu übernehmen. Ebenso sollen sämtliche Anteile an der Kommunale Beteiligungsgesellschaft RWE Westfalen-Weser-Ems GmbH erworben werden. Beide nicht mehr aktiv tätigen Gesellschaften können dann effizient innerhalb eines Zeitraumes von rd. 2-3 Jahren abgewickelt werden.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die WLW zukünftig wieder ein mindestens ausgeglichenes Jahresergebnis erwirtschaften kann.

Münster, den 11.03.2011

Westfälisch-Lippische  
Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH

– Der Geschäftsführer –

Bodo Strototte



## **Gemeindepsychiatrisches Zentrum GmbH**

## Anlagen

### Jahresabschluss und Lagebericht

Blatt

Bilanz zum 31. Dezember 2010

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

Anhang

1 - 7

Lagebericht

1 - 6

Rechtliche Verhältnisse

1

Kapitalflussrechnung

3

Definition der Kennzahlen

4

Aufgliederung der Posten des Jahresabschlusses

5

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

19

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

## Jahresabschluss und Lagebericht

### Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold Bilanz zum 31. Dezember 2010

#### AKTIVSEITE

	31.12.2010		31.12.2009
	€	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	4.081,16		7.978,78
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	10.496.862,55		10.609.330,69
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	236.598,75		236.585,15
3. Technische Anlagen	54.354,40		68.943,03
4. Einrichtungen und Ausstattungen	557.316,38		687.110,51
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00		82.230,07
	<u>11.345.132,08</u>		<u>11.684.199,45</u>
		11.349.213,24	11.692.178,23
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.400,00		8.400,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	802.631,67		810.078,83
2. Forderungen nach dem Krankenhaus- finanzierungsrecht	3.292,00		2.193,04
3. Sonstige Vermögensgegenstände	1.753,06		49.758,28
	<u>807.676,73</u>		<u>862.030,15</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>7.764.289,12</u>		<u>6.790.772,35</u>
		8.580.365,85	7.661.202,50
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.563,42	3.773,05
		<u>19.931.142,51</u>	<u>19.357.153,78</u>

## PASSIVSEITE

	31.12.2010		31.12.2009
	€	€	€
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	30.677,51		30.677,51
II. Kapitalrücklage	1.635.954,12		1.635.954,12
III. Gewinnvortrag	2.124.266,97		1.490.112,21
IV. Jahresüberschuss	<u>628.037,76</u>		<u>634.154,76</u>
		4.418.936,36	3.790.898,60
<b>B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens</b>			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	9.742.370,77		10.111.148,23
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	113.523,77		0,00
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	<u>137,08</u>		<u>172,08</u>
		9.856.031,62	10.111.320,31
<b>C. Rückstellungen</b>			
Sonstige Rückstellungen		4.938.428,58	4.664.025,00
<b>D. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.118,89		145.834,70
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 97.118,89			(145.834,70)
2. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	499.598,35		489.804,91
davon nach der BPflV € 70.635,00			(99.214,00)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 499.598,35			(489.804,91)
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	19.827,60		0,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 19.827,60			(0,00)
4. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	0,00		69.874,36
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00			(69.874,36)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	101.201,11		85.395,90
davon aus Steuern € 64.307,82			(60.789,10)
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 101.201,11			<u>(85.395,90)</u>
		<u>717.745,95</u>	<u>790.909,87</u>
		<u>19.931.142,51</u>	<u>19.357.153,78</u>

**Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold**  
**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**

	2 0 1 0		2009	
	€	€	€	€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen		6.762.635,27		6.644.830,51
2. Erlöse aus Wahlleistungen		11.134,24		5.354,70
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses		577.789,41		560.213,57
4. Nutzungsentgelte der Ärzte		1.897,42		4.044,20
5. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand		324,64		649,28
6. Sonstige betriebliche Erträge davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre € 28.768,00		345.176,58		255.326,28
				(26.072,00)
			7.698.957,56	7.470.418,54
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.090.262,56			4.088.178,21
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 665.998,14	1.319.865,90			933.188,53
				(273.218,37)
		5.410.128,46		5.021.366,74
8. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	623.509,18			601.109,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	349.211,61			354.369,09
		972.720,79		955.478,39
			6.382.849,25	5.976.845,13
Zwischenergebnis			1.316.108,31	1.493.573,41
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG € 121.752,15		178.028,15		191.180,37
				(121.306,01)
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		460.115,92		476.235,94
			638.144,07	667.416,31
Zwischenergebnis			1.954.252,38	2.160.989,72
11. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonder- posten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		173.325,31		187.351,72
12. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen		7.230,98		6.984,71
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen		462.883,79		479.292,31
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre € 0,00		745.367,66		943.544,78
				(28.690,00)
			1.388.807,74	1.617.173,52
Zwischenergebnis			565.444,64	543.816,20
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			63.392,99	90.992,61
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			628.837,63	634.808,81
17. Steuern			799,87	654,05
18. Jahresüberschuss			628.037,76	634.154,76

## Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold Anhang

### I. ALLGEMEINE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUM JAHRESABSCHLUSS

#### 1. Allgemeine Angaben

Die Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Detmold ist Trägerin des Krankenhauses, das mit 127 Planbetten / Plätzen in den Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen aufgenommen wurde und in den Anwendungsbereich der Bundespflegesatzverordnung (BpflV) fällt. Als Zweckbetrieb ist das Krankenhaus gem. § 67 AO von der Körperschaftsteuer nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG befreit. Die Gliederung der Bilanz zum 31. Dezember 2010 und der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 entspricht den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV).

Die Gesellschaft wurde mit notariellem Vertrag vom 26. August 1997 (UR 215/97) errichtet und hat zu diesem Zeitpunkt ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen. Am Stammkapital von Tsd. € 30,7 sind der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) mit 2/3 und der Kreis Lippe mit 1/3 beteiligt. Die Stammeinlagen waren bar zu erbringen.

Die Gesellschaft ist nunmehr Trägerin von 2 Betriebsstätten der vollstationären und tagesklinischen Behandlung in den Stadtgebieten von Detmold und Horn-Bad Meinberg (nur Tagesklinik).

Die Gesellschaft erfüllt hinsichtlich der Bilanzsumme, der Umsatzerlöse und der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer die Merkmale einer mittelgroßen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB.

Die Wertansätze in der Bilanz zum 31. Dezember 2009 wurden unverändert übernommen.

Die Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 29. Mai 2009 wurden erstmalig angewendet. Auf eine Anpassung der Vorjahresbeträge wurde in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 8 EGHGB verzichtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

## II. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr 2010 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer im Jahr der Anschaffung zeitanteilig linear abgeschrieben. Die Nutzungsdauer der abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens entspricht im Regelfall den steuerlichen Tabellen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden im Abstand von 3 Jahren durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt und zu Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tagespreisen am Bilanzstichtag bewertet. Als Verbrauchsfolge wird unterstellt, dass die zuerst beschafften Güter auch zuerst verbraucht werden. Für die Vorräte 2010 wurde ein Festwert auf der Basis des Wertes zum 31. Dezember 2009 abgebildet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zu Nennwerten bilanziert. Für Forderungen, deren Realisierung unsicher erscheint, wurden angemessene Einzelwertberichtigungen abgesetzt. Für das in den Forderungen enthaltene allgemeine Kreditrisiko wurde darüber hinaus eine Pauschalwertberichtigung in ausreichender Höhe von den Forderungen abgesetzt.

In die Sonderposten wurden die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendeten Investitionszuschüsse eingestellt. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Die Sonderposten werden jährlich in der Höhe ertragswirksam aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter entspricht. Damit werden diese Abschreibungen im Jahresabschluss neutralisiert.

Die **sonstigen Rückstellungen** enthalten alle bekannten Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Die Bewertung erfolgte mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung.

Die in Vorjahren gebildete Aufwandsrückstellung nach § 249 Abs. 2 HGB a.F. von T€ 1.053 wurde unter Bezugnahme auf das Wahlrecht in Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Für die Mitarbeiter bestehen mittelbare Versorgungszusagen für die Altersversorgung bei der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Die Zusatzversorgungskasse ist eine Sonderkasse der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (Körperschaft des öffentlichen Rechts). Zweck der Versorgungskasse ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder durch Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Zusatzversorgungskasse ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird durch Umlagen finanziert. Die Höhe des Umlagensatzes beträgt 4,5 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld in Höhe von 3 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der der Umlage zugrunde liegenden Löhne und Gehälter rd. 3,8 Mio. €. Das Sanierungsgeld dient der Schließung der Deckungslücke und wird auch noch in den kommenden 5 Jahren erhoben. Die zu erwartenden Sanierungsgelder werden seit dem Berichtsjahr mit dem Erfüllungsbetrag passiviert. Daher wurde im Jahresabschluss 2010 eine abgezinste Rückstellung in Höhe T€ 492 gebildet.

Die sonstigen Vermögenswerte wurden mit den Nennwerten, die Verbindlichkeiten jeweils im Einzelnen mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde in Anlehnung an IDW RS HFA 3 gebildet.

### III. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

#### 1. Aktivseite

Die Aktivierung von Gegenständen des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten einschließlich der nicht abziehbaren Vorsteuer. Die Abschreibungen erfolgten linear und wurden systemkonform durch Entnahme aus dem Sonderposten neutralisiert.

Gemeindeverwaltungszentrum GmbH, Jürmold  
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010  
Anhang

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen ergibt sich wie folgt:

Bilanzposten	Anschaffungs- und Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Restbuchwerte		
	Stand 01.01.2010	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Stand 31.12.2010	Stand 01.01.2010	Zugang	Um- buchungen	Abgang	Stand 31.12.2010	Stand 31.12.2010	Stand Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	13
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	55.341,22	285,60	0,00	0,00	55.626,82	47.362,44	4.183,22	0,00	0,00	51.545,66	4.081,16	7.978,78	
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	11.928.769,88	0,00	104.845,86	0,00	12.033.615,74	1.319.439,19	217.314,00	0,00	0,00	1.536.753,19	10.496.862,55	10.609.330,69	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	236.585,15	13,60	0,00	0,00	236.598,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	236.598,75	236.585,15	
4. Technische Anlagen	158.995,53	4.236,40	0,00	0,00	163.231,93	90.052,50	18.825,03	0,00	0,00	108.877,53	54.354,40	68.943,03	
5. Einrichtungen und Ausrüstungen													
4.1 Anlagegüter	1.737.437,13	74.154,97	21.304,85	27.880,02	1.805.016,83	1.050.326,82	222.561,54	0,00	25.187,71	1.247.700,45	557.316,38	687.110,51	
4.2 Gebrauchsgüter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Aufträge im Bau	82.230,07	43.920,64	- 126.150,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	82.230,07	
	14.144.017,76	122.325,51	0,00	27.880,02	14.238.463,25	2.459.818,31	458.700,57	0,00	25.187,71	2.893.331,17	11.345.132,08	11.684.199,45	
	14.189.358,98	122.611,11	0,00	27.880,02	14.294.090,07	2.507.180,75	462.883,79	0,00	25.187,71	2.944.876,83	11.349.213,24	11.692.178,25	

Im Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite der Bilanz sind zum Bilanzstichtag Zahlungen an die Lippische Landes-Brandversicherung in Höhe von T€ 1,5 enthalten.

#### 2. Passivseite

Die Rückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Personalkosten	424.986,35
Prüfungs- und Abschlusskosten	19.800,00
Ausgleiche Vorjahre	2.614.322,00
Ausstehende Eingangsrechnungen	25.000,00
Aufwandsrückstellung gem. § 249 Abs.2 HGB a.F.	1.032.850,23
OK-MDK Fälle	63.000,00
Sanierungsgeld	491.590,00
Sonstige Rückstellungen	<u>266.880,00</u>
	<u>4.938.428,58</u>

Die Strukturierung der Verbindlichkeiten nach Fälligkeit ergibt sich wie folgt:

Bilanzposition	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr EUR	Restlaufzeit > 1 Jahr und ≤ 5 Jahre EUR	Restlaufzeit > 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag EUR	Sicherheiten
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	97.118,89	0,00	0,00	97.118,89	keine
Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	499.598,35	0,00	0,00	499.598,35	keine
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	19.827,60	0,00	0,00	19.827,60	Keine
Sonstige Verbindlichkeiten	101.201,11	0,00	0,00	101.201,11	keine
Summe	717.745,95	0,00	0,00	717.745,95	

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

#### **Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, liegen nicht vor.

#### **IV ERLÄUERTUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**

Die Erträge und Aufwendungen aus den Gliederungspunkten 1 bis 8 und 14 bis 18 ergeben sich aus der laufenden Geschäftsführung.

In den Positionen 9 bis 13 wird die erfolgsneutrale Behandlung aus der Zuweisung von Fördermitteln zur Finanzierung des Sachanlagevermögens und der Abschreibungen – soweit es sich um solche für geförderte Anlagegüter handelt – entsprechend der Ausweisvorschrift der KHBV ausgewiesen.

Die periodenfremden Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 225.

#### **V ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG**

Die Geschäftsführung schlägt vor (in Übereinstimmung mit der Gesellschafterversammlung), den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von T€ 628.037,76 € auf neue Rechnung vorzutragen.

#### **VI SONSTIGE ANGABEN**

##### **Leitungs- und Aufsichtsorgane und ihr Bezüge**

Geschäftsführer der Gesellschaft im Jahr 2010 waren:

Herr Thomas Fehnker, Detmold

Kaufmännischer Geschäftsführer

Herr Privatdozent Dr. Hans-Jörg Assion, Schwerte

Ärztlicher Geschäftsführer

Dem Gesellschafterausschuss gehörten an:

- Herr Stahl, Münster (Vorsitzender ab 08.1.2010)
- Herr John, Detmold (Vorsitzender bis 07.1.2010)
- Herr PD Dr. Kronmüller, Gütersloh (Mitglied ab 05.03.2010, davor unbesetzt)
- Frau Schüte, Lemgo (Mitglied seit 03.11.2009)

Die Mitglieder des Gesellschafterausschusses erhielten keine Vergütung.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Geschäftsführung werden unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB nicht genannt.

### Angabe nach § 42 Abs. 3 GmbHG

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind solche gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 1) enthalten.

### Abschlussprüferhonorare

Das für das Geschäftsjahr vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 13 (Abschlussprüfung: TEUR 11, Steuerberatung: TEUR: 2).

### Anzahl Mitarbeiter

Im Jahr 2010 waren durchschnittlich 118 Arbeitnehmer beschäftigt, die sich nach Gruppen wie folgt aufgliedern:

-	Ärztlicher Dienst	14,75
-	Pflegedienst	57,25
-	Med.-Techn. Dienst	28,00
-	Funktionsdienst	9,00
-	Klinisches Hauspersonal	2,00
-	Wirtsch. U. Versorg.Dienst	1,00
-	Technischer Dienst	3,00
-	Verwaltungsdienst	<u>3,00</u>
		118,00

Detmold, 05.04.2011

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung

gez. Thomas Fehnker  
Kfm. Geschäftsführer

gez. PD Dr. Hans-Jörg Assion  
Ärztl. Geschäftsführer

# **Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Detmold**

## **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010**

### **I. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft**

#### **1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Auch im Geschäftsjahr 2010 haben verschiedene Gesetzesänderungen sowie die Nachwirkungen der Tarifvereinbarungen der Vorjahre zu weiteren finanziellen Belastungen (z. B. Preissteigerungen, höhere Personalkosten) geführt und somit die Ertragslage der Krankenhäuser in 2010 weiter verschlechtert. Die Veränderungsrate für 2010 beträgt lediglich 1,54 % und reicht nicht aus, die Kostensteigerungen zu kompensieren. Im Jahr 2011 ist damit zu rechnen, dass die Veränderungsrate nicht in voller Höhe von den Kostenträgern an die Krankenhäuser weitergegeben wird.

#### **2. Branchenentwicklung mit Einfluss auf das Unternehmen**

In vielfältigen „Gesundheitsreformen“ der Vergangenheit, haben sich nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen der Leistungserbringung für Krankenhäuser zum Teil erheblich verändert. Im Ergebnis stehen die Krankenhäuser weiterhin unter starkem Kostendruck und unter einer deutlichen Verschärfung des Wettbewerbs untereinander.

In 2010 haben insbesondere folgende Sachverhalte die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser geprägt:

- unterschiedliche Bewertung von Leistungssteigerungen bzw. -kürzungen der vereinbarten Budgets durch die Kostenträger und die Krankenhäuser
- weitere Verlagerung von stationären Leistungen in den ambulanten Bereich und vermehrte Prüfung der Zulässigkeit von stationären Aufenthalten durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen
- Personal- und Sachkostensteigerungen aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen wie auch der Tarifabschlüsse
- steigende Energiekosten
- stärkerer Aufwand für Dokumentation
- verändertes Nachfrageverhalten der Patienten.

Auch im Berichtsjahr hat die Budgetdeckelung bei der Budgetfindung ihren Niederschlag gefunden. Die Krankenhäuser wurden nicht in die Lage versetzt, die Personal- und Sachkostensteigerungen durch die Budgeterhöhung aufzufangen. Es ist festzuhalten, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Krankenhäuser aufgrund der restriktiven Politik auch in 2011 nicht verbessert haben.

Im Geschäftsjahr zeigte sich, dass die Frage der Auslastungen der Krankenhäuser eine entscheidende Rolle in den Budgetverhandlungen einnehmen wird. Dieses ist insbesondere vor dem Hintergrund des Mehrerlösausgleichs und der eher geringen Bettenzahl der psychiatrischen Krankenhäuser in der Region von Bedeutung.

Aber auch die Veränderung der Gesetzgebung im Land Nordrhein-Westfalen hatte einen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des gpz im Berichtsjahr. Die in der Vergangenheit bestehende Form der Finanzierung von Investitionen, sowohl im Bereich der Pauschal- wie auch der Einzelantragsförderung ist mit Inkrafttreten des KHGG NRW zum 01.01.2008 auf eine neue Zuteilungsbasis gestellt worden. So werden die seitens des Landes zur Verfügung gestellten Finanzierungsmittel pauschaliert allen Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Dabei ist die Leistung eines Krankenhauses, gemessen an den vereinbarten Bewertungsrelationen bzw. den voll- und teilstationären Belegungstagen die zentrale Kenngröße. Die Landesregierung stellt nun für jeden Punkt der Bewertungsrelationen bzw. Belegungstag einen festen Betrag den Krankenhäusern zur Verfügung. Durch den Wegfall der Einzelmaßnahmenförderung werden zukünftig sämtlichen Kliniken Investitionsmittel in Form der so genannten Baupauschale jährlich verfügbar gestellt. Dies gilt auch bei der Pauschalförderung, auch hier erfolgt eine Neuerung und Umstellung weg vom Planbett hin zu den Bewertungsrelationen oder zum Belegungstag. Somit können anstehende Baumaßnahmen nicht mehr vollständig durch Landesmittel finanziert oder erst deutlich später in Angriff genommen werden. Diese gravierenden Änderungen erfordern von den Krankenhäusern neue Wege zu gehen und alternative Finanzierungsstrategien zu entwickeln. Anzumerken ist, dass diese gesetzliche Umstellung allerdings zu keiner Erhöhung der Fördersummen führen wird.

### **3. Lage des Unternehmens**

Die Gesellschaft hat am 1. Mai 2003 die Geschäftstätigkeit aufgenommen.

Die Gesellschaft verfügt über 64 vollstationäre Betten (+ 18 vollstationäre Betten im Rahmen des geplanten Neubaus) und 25 tagesklinische Plätze in Detmold sowie 20 tagesklinische Plätze in Horn-Bad Meinberg, die in den Krankenhausplan Nordrhein-Westfalen aufgenommen sind. Sie hat die Pflichtversorgung für die Erwachsenenpsychiatrie des Südkreises Lippe mit den Kommunen Augustdorf, Blomberg, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Leopoldshöhe, Lügde, Oerlinghausen, Schieder-Schwalenberg und Schlangen ab 01.10.2003 übernommen. Darüber hinaus gehört eine psychiatrische Institutsambulanz zur Gesellschaft.

Der Wirtschaftsplan für 2011 wurde am 23.11.2010 von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Das Ergebnis der Budgetverhandlung 2010 wurde mit Schreiben vom 18.02.2011 von der Bezirksregierung Detmold genehmigt.

#### **3.1 Belegungsentwicklung und Budget**

Im Geschäftsjahr 2010 konnten 23.182 vollstationäre Berechnungstage und 11.033 teilstationäre Berechnungstage erzielt werden. Damit wurde im vollstationären Bereich eine Auslastung von 99,2 % (Vorjahr: 98,0 %) und im teilstationären Bereich der Tagesklinik Detmold eine Auslastung von 98,2 % (Vorjahr: 97,1 %) erzielt.

Die Tagesklinik in Bad Meinberg erzielte 2010 eine Auslastung von 96,1 % (Vorjahr 93,4 %).

Den Ist-Leistungen stehen 22.394 Berechnungstage im vollstationären Bereich und 10.531 Berechnungstage im teilstationären Bereich aus der Budgetvereinbarung gegenüber. Es zeigt, dass das gpz mit seiner Leistung über den mit den Sozialleistungsträgern vereinbarten Werten liegt.

Der Vergleich der wesentlichen Leistungsdaten der gpz GmbH aus dem Jahr 2010 mit dem Jahr 2009 lässt folgende Veränderungen erkennen:

	2009	2010	Diff.
<b>Belegungstage vollstationär</b>	22.896	23.182	286
<b>Belegungstage teilstationär</b>	10.783	11.033	250
<b>vollstationäre Patienten</b>	1.055	1.098	43
<b>teilstationäre Patienten</b>	343	371	28

Die Verweildauer in den Kliniken im vollstationären Bereich lag im Jahr 2010 bei 21,1 Tagen und damit um 0,6 Tage niedriger als im Vorjahr.

Die Entwicklung der Leistungszahlen zeigt deutlich, dass das gpz seinen Versorgungsauftrag übererfüllt hat und bei der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz hat.

### 3.2 Investitionen

Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von ca. T€ 122 getätigt. Für Einrichtungen und Ausstattungen in Betriebsbauten wurde ein Betrag in Höhe von ca. T€ 74 verwandt.

### 3.3 Personal- und Sozialbereich

Im Jahresdurchschnitt waren im gpz 118 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. 12 Mitarbeiter wurden im Jahr 2003 im Rahmen der Übernahme der Tagesklinik und Institutsambulanz von der LWL-Klinik Gütersloh übernommen. Für diese Mitarbeiter wird der BAT-LWL bezahlt. Alle anderen Mitarbeiter werden nach Individualverträgen vergütet. Im Berichtsjahr stand wie auch in allen anderen Krankenhäusern die Vergütung der Mitarbeiter im Fokus der Betrachtung. Diese ergibt sich aus den Tarifabschlüssen für ärztliche Mitarbeiter mit dem Marburger Bund und dem Tarifabschluss der nichtärztlichen Mitarbeiter im Rahmen des TVöD. Da im gpz eine tarifliche Bindung nicht besteht, wurde im Jahr 2010 mit den Mitarbeitergruppen eine Vereinbarung getroffen, die sich an den Tarifabschlüssen anderer Einrichtungen orientiert.

### 3.4 Interne Organisation

Die interne Organisation spiegelt die Struktur wider, welche im Landeskrankenhausgesetz verankert ist. So besteht die Betriebsleitung aus dem ärztlichen Direktor (Ärztlicher Geschäftsführer), dem Pflegedienstleiter und dem Leiter des Wirtschafts- und Verwaltungsdienstes (Kaufmännischer Geschäftsführer). Die Betriebsleitung ist für die Führung des Unternehmens gegenüber dem Träger und auch Dritten verantwortlich.

Der Betriebsleitung steht der Gesellschafterausschuss zur Seite. Es handelt sich um ein Gremium der Gesellschaft, welches satzungsgemäß aus 4 Mitgliedern besteht und paritätisch aus dem Kreis der Gesellschafter benannt ist. Er hat die Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen und Beschlüsse, welche der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, vorzubereiten.

Die Gesellschafterversammlung stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Grundsätzliche Angelegenheiten, wie z. B. die Feststellung des Jahresabschlusses, sind ihr vorbehalten. Die Gesellschafterversammlung besteht aus 8 Mitgliedern, welche sich paritätisch aus der Landschaftsversammlung und dem Kreistag zusammensetzt. Ihr gehören der/die Landrat/Landrätin an.

Die Gesellschafterversammlung und der Vorsitzende des Gesellschafterausschusses erhalten regelmäßig die Plan- und Ist-Werte der Belegungsdaten, d.h. die Berechnungstage, die Fallzahlen, die durchschnittliche Verweildauer sowie die Plan- und Ist-Kosten und -erlöse, die Liquiditätsbetrachtung, Erlös- und Kostenrechnung stationär und ambulant. Ebenfalls erfolgt ein Bericht über die Fördermittel.

### 3.5 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das gpz weist für das Jahr 2010 einen Jahresüberschuss von 628,0 T€ aus (im Vorjahr Jahresüberschuss von 634,2 T€).

Die höheren Erträge aus stationärer Krankenhausleistung sind u. a. auf die Erhöhung des Budgets bedingt durch die Grundlohnsummensteigerungsrate sowie den gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erlösausgleich zurückzuführen.

Auch das positive Finanzergebnis hat zu dem Jahresüberschuss beigetragen.

Auf der Aufwandsseite ist eine wesentliche Einflussgröße auf das Jahresergebnis die Entwicklung der Personalkosten. Ein wesentlicher Teil resultiert aus der mit den Mitarbeitern getroffenen Vereinbarung zur Erhöhung der Vergütung. Ausschlaggebend war dabei die tarifliche Vereinbarung in anderen Krankenhäusern mit dem Marburger Bund für die ärztlichen Mitarbeiter, aber auch die Erhöhung des TVöD für nichtärztliche Mitarbeiter.

Durch den im Jahr 2010 erzielten Jahresüberschuss hat sich die Finanzierungsstruktur weiterhin verbessert. Dieses darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass auch zukünftig die Mittelzuflüsse nicht ausreichen werden, um die Refinanzierung von Investitionen aufgrund verstärkter eigenfinanzierter Investitionen zu decken. Gerade die geänderte Investitionsfinanzierung des Landes zeigt deutlich, dass den Krankenhäusern in NRW ein stärkeres Eigenengagement gegenüber den Vorjahren abverlangt wird. Es lässt sich schon jetzt erkennen, dass durch die seitens des Landes vorgenommene Änderung der Finanzierung die Krankenhäuser in Vorleistung treten müssen und damit die Jahresergebnisse negativ beeinflusst werden.

Anhand ausgesuchter Zahlen lässt sich die Vermögens- und Ertragslage wie folgt darstellen:

	31.12.2010 rd. €	31.12.2009 rd. €
Anlagevermögen	11.349.213,--	11.692.178,--
Eigenkapital	4.418.936,--	3.790.898,--
Bilanzsumme	19.931.142,--	19.357.153,--
	2010 rd. €	2009 rd. €
Ordentliche Erträge	7.808.957,--	7.470.418,--
Ordentliche Aufwendungen	5.520.128,--	5.021.366,--
Materialaufwand	972.720,--	955.478,--
Jahresüberschuss	628.037,--	634.154,--

Die Entwicklung des Jahres 2010 kann angesichts der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der schwierigen Ausgangsvoraussetzung für die Budgetverhandlung als günstig bezeichnet werden.

## II. Chancen und Risiken

Das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG), welches im Vorjahr verabschiedet wurde, hatte für die Psychiatrie als wesentlichen Aspekt die verbesserte Ausstattung der Krankenhäuser mit Stellen gemäß der Psychiatriepersonalverordnung (PsychPV). Dem Gesetz folgend sollten die Krankenhäuser einen Anspruch auf eine 90%ige Besetzung haben. Dieses wurde auch im Geschäftsjahr von den Krankenhäusern eingefordert.

Darüber hinaus beabsichtigt die Bundesregierung, die Vergütung der stationären psychiatrischen Behandlung zu verändern. Mit dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) wurde im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) der § 17d KHG zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen eingefügt. Es soll 2013 ein Entgeltsystem eingeführt werden, welches sich an der Erkrankung der Patienten orientiert. Dazu sind die Krankenhäuser gefordert, ab Mitte des Jahres 2010 umfassende Daten über die Therapie an die Sozialleistungsträger zu übermitteln, welche dann die Basis zur Kalkulation der Entgelte darstellen. Die Erfahrung der vergangenen Jahre, insbesondere in der Somatik zeigen, dass dem gestiegenen Dokumentationsaufwand kaum zusätzliche Einnahmen gegenüberstehen. Ebenso kann nicht davon ausgegangen werden, dass in der Gesamtheit den psychiatrischen Krankenhäusern mehr Finanzmittel zur Verfügung stehen werden.

Zum Ende des Jahre 2010 wurde das im Sommer stark diskutierte Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung – GKV-FinG verabschiedet. Das Ziel der Bundesregierung liegt darin, die erwartete Ausgabensteigerung in der GKV zu verringern. Dazu wurde im Krankenhausbereich im Wesentlichen die Begrenzung der Budgeterhöhung diskutiert. Um das zu erreichen, sollte der Anstieg der Budgets durch eine geringe Grundlohnrate und eine Reduzierung der Finanzierung von Mehrleistungen reduziert werden. Festgelegt wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens, dass die Grundlohnrate für 2011 von 1,15 % im Jahr 2011 um 0,25 % und im Jahr 2012 um 0,50 % reduziert wird. Somit steht den psychiatrischen Krankenhäusern eine Budgeterhöhung von 0,90 % zu. Ebenfalls kann davon ausgegangen werden, dass der gesetzlich vorgesehen Tarifausgleich mit 0,23 % zum Tragen kommt.

Die gute Akzeptanz des gpz zeigt sich auch durch die Belegung des Krankenhauses über das Jahr 2010 hinaus und bildet die Ausgangslage für das Jahr 2011.

Zur Ergänzung des bisherigen Leistungsangebots des gpz und dem Grundkonzept des gpz Rechnung tragend sind Kooperationen mit komplementären Einrichtungen anzustreben.

Außerdem beabsichtigt die gpz GmbH, am jetzigen Standort Detmold (Hohenloh) ein neues Gebäude zu errichten. In dem neuen Gebäude sollen zwei Pflegestationen - bevorzugt in zwei Geschossen - sowie zusätzliche Therapieräume entstehen. Eine ebenerdige Station mit 18 Behandlungsplätzen (Betten) soll künftig für gerontopsychiatrische Patienten geschaffen werden, damit die vorhandene Station 3 künftig 16 Behandlungsplätze für Suchterkrankungen beherbergt.

Auch für die Jahre 2011 und 2012 ist mit einem positiven Jahresergebnis zu rechnen, wobei aufgrund des Erweiterungsbaus die Kosten der Finanzierung des Gebäudes das Ergebnis beeinflussen werden.

### III. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, haben sich nicht ereignet.

Detmold, 05.04.2011

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Thomas Fehnker  
Kfm. Geschäftsführer

PD Dr. Hans-Jörg Assion  
Ärztl. Geschäftsführer

**Westfälische Werkstätten GmbH**  
**- Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen -**

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige  
Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010  
und Lagebericht und Bestätigungsvermerk

## **Inhaltsverzeichnis**

	Blatt
Bilanz zum 31. Dezember 2010	
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	
Anhang	1 - 7
Lagebericht	1 - 14
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	

## Jahresabschluss und Lagebericht

### Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen, Lippstadt

Bilanz zum 31. Dezember 2010

#### AKTIVSEITE

	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Software-Lizenzen	2.176,00	4.376,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.689.368,00	2.660.134,00
2. Technische Anlagen und Maschinen	50.972,00	58.004,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	217.426,00	261.084,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	60.011,24
	<u>2.957.766,00</u>	<u>3.039.233,24</u>
	2.959.942,00	3.043.609,24
<b>B. Umlaufvermögen</b>		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.310,00	1.437,00
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	2.714,00
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	20.858,00	41.351,00
	<u>26.168,00</u>	<u>45.502,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	324.119,23	264.620,10
davon gegen Gesellschafter € 211.654,56		(194.813,47)
2. Sonstige Vermögensgegenstände	81.266,99	96.257,70
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 63.038,32		(62.362,68)
	<u>405.386,22</u>	<u>360.877,80</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	<u>369.430,09</u>	<u>354.578,94</u>
	800.984,31	760.958,74
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<u>1.213,97</u>	<u>1.011,89</u>
	<u>3.762.140,28</u>	<u>3.805.579,87</u>



**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010**

	2 0 1 0		2009
	€	€	€
1. Umsatzerlöse	3.128.794,67		3.028.782,51
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.084.923,91		1.092.895,71
		4.213.718,58	4.121.678,22
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	272.899,56		265.025,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	37.312,14		28.038,28
		310.211,70	293.063,61
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.832.601,58		1.806.898,79
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.250.592,16		1.240.080,98
davon für Altersversorgung € 112.853,26			(109.168,35)
		3.083.193,74	3.046.979,77
		<u>3.393.405,44</u>	<u>3.340.043,38</u>
Zwischenergebnis		820.313,14	781.634,84
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	59.314,00		62.007,20
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	257.420,32		258.680,39
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	656.284,15		571.502,38
		- 854.390,47	- 768.175,57
Zwischenergebnis		- 34.077,33	13.459,27
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.372,49		5.785,89
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.683,10		3.631,46
davon aus Aufzinsung € 6.225,91			(0,00)
		- 12.310,61	2.154,43
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		- 46.387,94	15.613,70
11. Außerordentliche Aufwendungen		49.047,83	0,00
davon aus Bewertungsänderung BilMoG € 49.047,83			(0,00)
		- 49.047,83	0,00
12. Außerordentliches Ergebnis		- 95.435,77	15.613,70
13. Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss		- 95.435,77	15.613,70

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Anhang**

**1 Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss**

**10 Allgemeine Angaben**

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für Kapitalgesellschaften in der Fassung des am 29. Mai 2009 in Kraft getretenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) aufgestellt. Eine Anpassung der Vorjahresbeträge wurde nicht vorgenommen.

Die Gesellschaft erfüllt die Merkmale einer kleinen Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 1 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Anhang**

## **11 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden einschließlich deren Änderung**

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr 2010 planmäßig fortgeführten Abschreibungen nach der linearen oder der geometrisch-degressiven Methode bewertet. Dabei werden bei immateriellen Vermögensgegenständen Nutzungsdauern von drei Jahren und bei Gebäuden 33 Jahre zu Grunde gelegt. Bei Einrichtungen und Ausstattungen entspricht die Nutzungsdauer im Regelfall den steuerlichen Tabellen. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von € 150 bis € 1.000 ohne Umsatzsteuer werden in einem Sammelposten erfasst, der über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert angesetzt.

Die Vorräte wurden durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt und unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Als Verbrauchsfolge wurde unterstellt, dass die zuerst beschafften Güter auch zuerst verbraucht wurden.

In die Sonderposten sind die für aktivierungsfähige Maßnahmen verwendeten Investitionszuschüsse eingestellt. Sie stellen den Finanzierungsgegenwert zu den unter dem Anlagevermögen ausgewiesenen Buchwerten jener Anlagegüter dar, die mit den Investitionszuschüssen beschafft wurden. Die Sonderposten werden jährlich in der Höhe ertragswirksam aufgelöst, die dem Betrag der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter entspricht.

Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Die Altersteilzeitrückstellung wurde gemäß IDW RS HFA 3 gebildet und beinhaltet alle bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung abgeschlossenen Verträge mit der voraussichtlich maximalen Inanspruchnahme. Im vorliegenden Jahresabschluss beträgt der durchschnittliche Abzinsungsfaktor 4 %, künftige Preis- und Kostensteigerungen wurden mit einer jährlichen Rate von 2 % berücksichtigt.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Anhang**

In Vorjahren gebildete Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. werden unter Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 3 EGHGB in voller Höhe von T€ 170 beibehalten. Es erfolgte eine Inanspruchnahme in 2010.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden mit den Nennwerten, die Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Mittelbare Versorgungszusagen gegenüber der Arbeitnehmerschaft bestehen bei den kommunalen Versorgungskassen für Westfalen-Lippe, Münster. Auf eine Bilanzierung der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB verzichtet. Die kommunalen Versorgungskassen sind eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zweck der Anstalt ist es, Arbeitnehmern der Beteiligten im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Berufsunfähigkeits-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Die Anstalt ist keine im Wettbewerb stehende Einrichtung. Die Altersversorgung wird über Beiträge finanziert. Als Beitrag werden 4,5 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts erhoben. Im Berichtsjahr betrug die Höhe der verbeitragten Löhne und Gehälter T€ 1.505. Das zusätzlich vom Arbeitgeber für 2010 zu zahlende Sanierungsgeld beträgt 3,0 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts.

Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt

Anhang

2 Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

20 Aktivseite

Zu A. Anlagevermögen

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte				
	Anfangs-stand	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Endstand
	€	€	€	€	€
1	2	3	4	5	6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Software-Lizenzen	10.889,49	0,00	0,00	0,00	10.889,49
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.442.948,69	16.973,57	154.998,61	0,00	3.614.920,87
2. Technische Anlagen und Maschinen	372.675,02	17.846,54	0,00	0,00	390.521,56
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	982.798,87	45.885,60	0,00	2.150,00	1.026.534,47
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	60.011,24	94.987,37	- 154.998,61	0,00	0,00
	4.858.433,82	175.693,08	0,00	2.150,00	5.031.976,90
	4.869.323,31	175.693,08	0,00	2.150,00	5.042.866,39

Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwerte	Restbuchwerte
Anfangs-stand	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Um- buchungen	Entnahme für Abgänge	Endstand	(Stand 31.12.2010)	(Stand 31.12.2009)
€	€	€	€	€	€	€
7	8	9	10	11	12	13
6.513,49	2.200,00	0,00	0,00	8.713,49	2.176,00	4.376,00
782.814,69	142.738,18	0,00	0,00	925.552,87	2.689.368,00	2.660.134,00
314.671,02	24.878,54	0,00	0,00	339.549,56	50.972,00	58.004,00
721.714,87	87.603,60	0,00	210,00	809.108,47	217.426,00	261.084,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	60.011,24
1.819.200,58	255.220,32	0,00	210,00	2.074.210,90	2.957.766,00	3.039.233,24
1.825.714,07	257.420,32	0,00	210,00	2.082.924,39	2.959.942,00	3.043.609,24

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Anhang**

## **21 Passivseite**

### **D. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Grundschulden besichert und haben mit € 16.100 eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten haben € 105.917,21 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Das Darlehen des Integrationsamtes (LWL), das unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird, ist in Höhe von € 159.719,59 durch Grundschulden besichert.

## **3 Sonstige Angaben**

### **Leitungs- und Aufsichtsorgane**

Organe der Gesellschaft sind:

- Gesellschafterversammlung
- Gesellschafterausschuss
- Geschäftsführung.

**Westfälische Werkstätten GmbH - Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen,  
Lippstadt**

**Anhang**

Der Gesellschafterausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Klaus Stahl, Dipl.-Soz. Wissenschaftler, Vorsitzender,  
Wolfgang Kißler, Geschäftsführer, stellvertretender Vorsitzender,  
Verena Meyer, Dipl.-Betriebswirtschafterin,  
Werner Hüsten, Unternehmer,  
Helmut Sigfried Ullrich, kaufmännischer Direktor.

Geschäftsführer ist Martin Dittmer, Lippstadt.

(Einzel-)Prokura ist Friedhelm Otto, Paderborn, erteilt.

Lippstadt, am 14. Juni 2011

Westfälische Werkstätten GmbH -  
Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen

Martin Dittmer

# **LAGEBERICHT**

**DER**

**WESTFÄLISCHE WERKSTÄTTEN GMBH**  
**- Gemeinnützige Werkstatt für behinderte Menschen -**

**ALLEE 7**

**59556 LIPPSTADT – BENNINGHAUSEN**

**FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2010**

---

## INHALTSVERZEICHNIS

1.	Entwicklung der Werkstatt (WfbM).....	3
2.	Wirtschaftliche Situation .....	3
2.1.	Geschäftsverlauf.....	3
2.2.	Vermögens- und Finanzlage.....	5
2.3.	Betreuungssätze.....	8
2.3.1.	Entlohnung der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	8
3.	Darstellung der Lage der Bereiche .....	8
3.1.	Park- und Landschaftspflege .....	8
3.1.1.	Floristik.....	9
3.2.	Industrielle Produktion .....	9
3.3.	Café .....	9
4.	Organisatorisches.....	9
4.1.	Personalwesen .....	9
5.	Risikomanagement .....	11
6.	Entwicklungsperspektiven.....	12
7.	Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken .....	12
8.	Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres .....	14



## 1. Entwicklung der Werkstatt (WfbM<sup>2</sup>)

Unsere Werkstatt hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Einrichtung entwickelt, die durch eine große Nähe der Betreuer zu den Rehabilitanden gekennzeichnet ist. Förderung findet nicht still am Schreibtisch statt - statt dessen wird gemeinsam angepackt und im Rahmen dieses Wir-Gefühls ein Erleben von Bedeutung durch die Rehabilitanden widerfahren. Es wird gemeinsam an der Erledigung der Aufträge gearbeitet, wobei uns die Erfolge bei den Weiterentwicklungen der Rehabilitanden Recht geben. Weiterhin haben wir eine Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt erreichen können, die offenkundig belegt, dass unsere Werkstatt keine Sackgasse für die Menschen mit Behinderung ist. Und auch bei der Qualität und der Menge der erledigten Arbeiten liegen wir in Vergleichen sehr weit vorn.

## 2. Wirtschaftliche Situation

### 2.1. Geschäftsverlauf

Der Ergebnisvergleich der Geschäftsjahre 2010 und 2009 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2 0 1 0		2 0 0 9		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	3.273	77,7	3.138	77,3	135	4,3
Betriebskostenzuschüsse	925	22,0	907	22,4	18	2,0
Sonstige betriebliche Erträge	16	0,4	13	0,3	3	23,1
Betriebliche Erträge	4.214	100,1	4.058	100,0	156	3,8
Personalaufwand	3.083	73,2	3.047	75,1	36	1,2
Materialaufwand	310	7,4	293	7,2	17	5,8
Abschreibungen auf nicht bezuschusstes Anlagevermögen	198	4,7	196	4,8	2	1,0
Übrige betriebliche Aufwendungen	655	15,5	558	13,8	97	17,4
Betriebliche Aufwendungen	4.246	100,8	4.094	100,9	152	3,7
Betriebsergebnis	- 32	0,7	- 36	0,9	4	11,1
Fördermittelergebnis	0		0		0	
Finanzergebnis	- 12		2		- 14	
Neutrales Ergebnis	- 51		50		- 101	
Jahresergebnis	- 95		16		- 111	

<sup>2</sup> WfbM = Werkstatt für behinderte Menschen



Das erzielte Betriebsergebnis liegt mit - 32 T€ auf dem Niveau des Vorjahres. Aufgrund von außerordentlichen Effekten, vor allem aus der erstmaligen Anwendung des HGBs in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes, wurde in 2010 ein Jahresfehlbetrag von 95 T€ erzielt.

Die Haupteinflussfaktoren für das Ergebnis der Gesellschaft sind die Tagessatzerlöse, die bedingt durch Belegungsschwankungen leicht über dem Vorjahresniveau liegen sowie die erzielten Umsätze aus unseren Arbeiten, die um etwa 8% über den Umsatzergebnissen des Vorjahres liegen. Den um 135 T€ gestiegenen Umsatzerlösen stehen 55 T€ für Lohnkostensteigerungen und den Mehrbedarf an Personalkosten (ohne Veränderung der Personalkosten für Mitarbeiter mit Behinderung) gegenüber. Des Weiteren wurde im Geschäftsjahr Instandhaltungsmaßnahmen von 50 T€, damit um 11 T€ mehr als im Vorjahr, durchgeführt. Außerdem wurden Softwareanpassungen vorgenommen, die zu um 24 T€ höheren Verwaltungskosten führten.

Zur Jahresmitte fiel die Entscheidung, das vorübergehend betriebene Café in Warstein aufgrund unwirtschaftlicher Ergebnisse zum Ende September aufzugeben. Da die Kosten durch den 10-monatigen Betrieb des Cafés im gleichen Umfang angestiegen sind, wurde kein positiver Ergebnisbeitrag realisiert. Bereinigt um die zusätzlichen Umsätze des Cafés in 2010 hatten wir einen Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr um etwa 13% zu verzeichnen.

Bei den Dienstleistungen, die in wesentlichen Teilen aus den Arbeiten unserer Gärtnerei bestehen, gab es einen witterungsbedingten Umsatzanstieg durch den Winterdienst um 8% zum Vorjahr. Dabei sind jedoch aufgrund des starken Schneefalls die erhöhten Aufwendungen für Fremdleistungen gestiegen.

Die Erlöse im Bereich unseres floristischen Verkaufs lagen, aufgrund umfangreicher Baumaßnahmen am Jahresanfang, nur leicht über dem Vorjahr.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass den betrieblichen Erträgen in Höhe von 4.214 T€ betriebliche Aufwendungen in Höhe von 4.246 T€ gegenüberstanden. Somit wurde unter Berücksichtigung des Zinsergebnisses sowie dem neutralen Ergebnis ein Verlust von 95 T€ erzielt.



## 2.2. Vermögens- und Finanzlage

### Vermögensstruktur

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Langfristige Aktiva</b>					
Anlagevermögen	2.960	78,7	3.044	80,0	- 84
Sonstige Vermögensgegenstände	63	1,7	62	1,6	1
	<b>3.023</b>	<b>80,4</b>	<b>3.106</b>	<b>81,6</b>	<b>- 83</b>
<b>Kurzfristige Aktiva</b>					
Vorräte	26	0,7	45	1,2	- 19
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	324	8,6	265	7,0	59
Sonstige Vermögensgegenstände	18	0,5	34	0,9	- 16
Liquide Mittel	370	9,8	355	9,3	15
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0,0	1	0,0	0
	<b>739</b>	<b>19,6</b>	<b>700</b>	<b>18,4</b>	<b>39</b>
	<b>3.762</b>	<b>100,0</b>	<b>3.806</b>	<b>100,0</b>	<b>- 44</b>

### Kapitalstruktur

	31.12.2010		31.12.2009		Veränderung T€
	T€	%	T€	%	
<b>Eigenkapital</b>					
Sonderposten	1.537	40,9	1.632	42,9	- 95
	<b>1.445</b>	<b>38,4</b>	<b>1.505</b>	<b>39,5</b>	<b>- 60</b>
	<b>2.982</b>	<b>79,3</b>	<b>3.137</b>	<b>82,4</b>	<b>- 155</b>
<b>Langfristige sonstige Passiva</b>					
Rückstellungen	252	6,7	133	3,5	119
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	95	2,5	0	0,0	95
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	149	4,0	160	4,3	- 11
	<b>496</b>	<b>13,2</b>	<b>293</b>	<b>7,8</b>	<b>203</b>
	<b>3.478</b>	<b>92,5</b>	<b>3.430</b>	<b>90,2</b>	<b>48</b>
<b>Kurzfristige Passiva</b>					
Rückstellungen	60	1,6	234	6,1	- 174
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	0,5	0	0,0	20
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	112	3,0	69	1,8	43
Sonstige Verbindlichkeiten	92	2,4	72	1,9	20
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0,0	1	0,0	- 1
	<b>284</b>	<b>7,5</b>	<b>376</b>	<b>9,8</b>	<b>- 92</b>
	<b>3.762</b>	<b>100,0</b>	<b>3.806</b>	<b>100,0</b>	<b>- 44</b>



Es wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 176 T€ durchgeführt, denen Abschreibungen in Höhe von 259 T€ gegenüberstehen. Insgesamt verringerte sich das Anlagevermögen um 84 T€. Trotz der durchgeführten Investitionen lag zum Bilanzstichtag die Liquidität bei 370 T€. Anhand der unten dargestellten Cash-Flow-Rechnung ist die Veränderung der liquiden Mittel erkennbar.

Das Eigenkapital II (Eigenkapital einschl. Sonderposten) der Gesellschaft betrug zum Abschluss tag 2.982 T€ (VJ 3.137 T€) mithin rd. 80% (VJ 82%) Eigenkapitalquote II. Die Eigenmittel decken damit das gesamte Anlagevermögen (2.960 T€) sowie Teile des Umlaufvermögens. Verbindlichkeiten wurden innerhalb der Zahlungsfrist beglichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele vereinnahmt.

Die Finanzlage am Bilanzstichtag stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
Liquide Mittel	370	355
<u>Abzüglich</u>		
Kurzfristiges Fremdkapital	284	376
Liquidität I	86	- 21
<u>Zuzüglich</u>		
Kurzfristige Forderungen	342	299
Liquidität II	428	278
<u>Zuzüglich</u>		
Vorräte	26	45
Liquidität III/Überdeckung	454	323
Veränderung des Liquiditätssaldos	131	

Die Vermögens- und Finanzlage kann daher als zufriedenstellend bezeichnet werden.



Die Entwicklung der Zahlungsströme stellt sich wie folgt dar:

	2010	2009
	T€	T€
<b>Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	85	- 17
<b>Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit</b>	- 175	- 209
<b>Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	105	22
<b>Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	15	- 204
Liquide Mittel am Anfang der Periode	355	559
<b>Liquide Mittel am Ende der Periode</b>	<b>370</b>	<b>355</b>

Der Finanzmittelbestand im Jahr 2010 konnte trotz der durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen leicht erhöht werden. Insgesamt fand die Erhöhung der liquiden Mittel durch die langfristige und abschreibungsgleiche Fremdfinanzierung einer Kommissionierhalle statt.



### 2.3. Betreuungssätze

Im Berichtszeitraum fanden folgende Veränderungen der Betreuungssätze statt.

Betreuungssätze im Berichtszeitraum:

<u>BERUFSBILDUNGSBEREICH:</u>		<u>ARBEITSBEREICH:</u>	vor/nach 1.4.
Regelfälle:	38,27 €	Regelfälle:	27,80/28,32 €
Schwerstmehrfachbeh.:	n. V.	Schwerstmehrfachbeh.:	55,67/56,60 €

#### 2.3.1. Entlohnung der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Grundbetrag von 75 € (bzw. 73 € bis einschl. Juli 2010) wurde an jeden im Arbeitsbereich Beschäftigten in voller Höhe ausgezahlt. Der leistungsabhängige Steigerungsbetrag wurde je nach individuellem Leistungsvermögen gemäß unserem Leistungslohnsystem gezahlt. Zusätzlich zahlte die WfbM das Arbeitsförderungsgeld in Höhe von bis zu 26 € pro Person. Die im vergangenen Jahr 2009 durchgeführte Lohnkürzung wurde aufgrund der wirtschaftlichen Situation weiter aufrechterhalten.

Das im Arbeitsbereich gezahlte Durchschnittsentgelt im Jahre 2010 lag bei 142 € (zum Vergleich: in 2006/2007/2008/2009 = 134 €/155 €/157 €/145 €) einschließlich freiwilliger sozialer Leistungen.

## 3. Darstellung der Lage der Bereiche

### 3.1. Park- und Landschaftspflege

Die Auftragslage der Park- und Landschaftspflege war gut. Im Berichtszeitraum erhielten wir den Auftrag des ausgeschriebenen Winterdienstes an den Standorten Lippstadt und erstmalig auch am Standort Warstein der LWL-Einrichtungen Lippstadt. Dabei haben sich die Überschüsse aufgrund des sehr starken und vor allem schneereichen Winters Ende 2010 nicht so gut entwickelt, wie es ohne den vielen Schnee gewesen wäre, da wir dafür auf externe Hilfen mit Großgeräten angewiesen sind. Deshalb sind auch die Aufwendungen für Fremdleistungen entsprechend angestiegen.



### 3.1.1. Floristik

Die Entwicklungen in der Floristik sind bei rel. geringen Umsätzen weiterhin auf niedrigem Niveau positiv. Seit Mai 2011 läuft die Floristik nach dem Umbau wieder in vollem Betrieb. Dank der abgeschlossenen Instandhaltungsmaßnahmen an den Gewächshäusern stieg der Umsatz um 2% an.

### 3.2. Industrielle Produktion

Der Bereich unserer Industriellen Produktion (Umsätze Lohnarbeiten) hatte die größten Umsatzsteigerungen zu verzeichnen. So war es gelungen, nicht nur den Umsatz des schlechten Jahres 2009 zu übertreffen, sondern auch den Umsatz des guten Jahres 2008 noch um mehr als 20% zu steigern. Diese Steigerung verteilte sich jedoch nicht gleichmäßig auf unsere Auftraggeber. Unser größter Auftraggeber hatte dabei die größten Steigerungen zu verzeichnen. Bei den übrigen Auftraggebern fanden die Steigerungen erst nach der ersten Jahreshälfte statt. Insgesamt wurde bei fast allen Auftraggebern das „Normalniveau“ von 2008 zum Jahresende hin wieder erreicht.

### 3.3. Café

Das von Februar 2009 betriebene Café wurde wie oben berichtet, ab Oktober 2010 aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr von uns betrieben. Trotz der eingetretenen Umsatzdaten reichten die Einnahmen nicht aus, um einen sicheren Betrieb auf Dauer fortführen zu können.

## 4. Organisatorisches

### 4.1. Personalwesen

Wie auch in den vergangenen Jahren haben vielfältige Fortbildungen und Qualifizierungen statt gefunden, um die Arbeiten auf einem hohen Niveau und sicher durchführen zu können.



Auf eine bevorstehende Verrentung wurde durch frühzeitige Einstellung und gute Einarbeitung reagiert, um den Übergang reibungslos zu gestalten.

Alle im Rahmen der Personalbedarfsrichtlinien für Werkstätten für behinderte Menschen möglichen Betreuungsstellen sind ganzjährig besetzt gewesen.

Im Berichtszeitraum haben zwei in unterschiedlichen Bereichen der Werkstatt tätige Mitarbeiterinnen an der Sonderpädagogischen Zusatzausbildung teilgenommen.

### **Fortbildungen/Qualifikationen**

#### Sicherheit / Gesundheit:

- Ersthelfer-Grundausbildung
- Aufbaukurs Erste Hilfe
- Basis-Unterweisung Arbeitsschutz
- Arbeitssicherheit-Baumarbeiten I
- Arbeitssicherheit-Baumarbeiten II
- Hautschutz-Seminar
- Pressen in der Metallverarbeitung
- Erstbelehrung Infektionsschutzgesetz
- Folgebelehrung Infektionsschutzgesetz

- Professioneller Umgang mit Gewalt und Aggression/Aufsichtspflicht in Einrichtungen der Behindertenhilfe
- Sonderpädagogische Zusatzausbildung

#### Park- und Landschaftspflege:

- Vegetation Pflege
- GaLa-Bau-Symposium
- Moderne Baumpflege
- Arbeitssicherheit im Garten- und Landschaftsbau
- Wellness für den Rasen
- Unkrautbekämpfung

#### Pädagogik:

- psychische Störungen im Überblick Zukunft:

Teil 1

- Inklusion

- psychische Störungen im Überblick

Teil 2

- Betriebsratsfortbildungen nach den Neuwahlen und neuen Mitgliedern



## Fluktuation

Bedingt durch die Aufgabe des Cafés in Warstein verließen 6 Aushilfen unser Unternehmen. Im Bereich der Industriellen Produktion für unseren größten Auftraggeber gab es punktuell eingesetzte Produktionshelfer, um Auftragsspitzen abzufangen. Eine mitarbeiterseitige Kündigung gab es in den vergangenen Jahren sehr selten.

## Entlohnungssystem

Als Entlohnungssystem wird nach wie vor die Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes in vollem Umfang angewendet.

In diesem Zusammenhang ist die Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung gemäß dem Tarif am Jahresende durch eine individuelle Leistungsbeurteilung zu erwähnen, denn unsere Werkstatt hat von Anfang an ein eigenes Beurteilungssystem erarbeitet und seit Jahren erfolgreich erprobt. Bei den aktuellen Steigerungen dieses Betrages durch die Tarifvertragsparteien wird dies zukünftig von immer größerer Bedeutung.

Besonders positiv hervorzuheben ist auch im Jahr 2010 der Einsatz des Personals bei der kundenorientierten Erledigung der Arbeiten unseres neuen Auftraggebers. Hier haben Alle zum Wohle der Werkstatt, der Beschäftigten und des Kunden engagiert gearbeitet und durch hohen persönlichen Einsatz für den Bestand, Erhalt und die Ausweitung des Auftrages und eine hohe Zufriedenheit des Kunden gesorgt. Mittlerweile wird unsere effiziente Art der Auftragserledigung hervorgehoben und als Vorbild für andere Kunden unseres Auftraggebers angeführt.

## 5. Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagement-Systems (RMS) wurden alle Bereiche aufgefordert, wahrgenommene oder vermutbare Risiken zu eruieren und zu melden, um das RMS weiter zu verfeinern. Damit ist das RMS inhaltlich sehr gewachsen- wenngleich die Risiken selber dadurch nicht angestiegen sind. Alle erkannten Risiken wurden klassifiziert und entsprechend ihrem Risiko- bzw. Auswirkungspotential in unterschiedlichen Zeiträumen zur Revision eingestuft.



## 6. Entwicklungsperspektiven

Auch wenn es uns nicht gelungen ist, das Café als Integrationsbetrieb zu führen, so ist es weiterhin begleitender Gedanke, einen Integrationsbetrieb gründen zu wollen, sobald die entsprechenden Gegebenheiten es zulassen.

Um dem zugangssuchenden Personenkreis, der immer spezieller wird, entsprechen zu können und auch Sonderformen bei Behinderungsbildern adäquat begegnen zu können, wird nun ein Mitarbeiter, der für die Versorgung Schwerstmehrfachbehinderter Personen in unserem dafür vorhandenen Bereich „Arbeitsbereich mit intensiver Betreuung“ (AiB) zuständig ist, ausgebildet, um Menschen mit Autismus professionell begleiten und fördern zu können.

Im Rahmen der aktuellen UN-Behindertenrechtskonvention war es auch uns ein Anliegen, dass wir uns mit der Bedeutung des Begriffes Inklusion auseinandersetzen und ihn mit Leben füllen. Dies ist ein Entwicklungsprozess, an dessen Anfang wir stehen und der uns lange begleiten wird.

Es ist uns in diesem Zusammenhang gelungen, eine Laufgruppe ins Leben zu rufen, die sich aus Rehabilitanden unserer Werkstatt und Läufern aus dem Umfeld zusammen setzt.

Im Berichtszeitraum haben die Aktivitäten unseres Integrationsassistenten dazu geführt, dass wir eine unserer Rehabilitandinnen auf ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis des ersten Arbeitsmarktes integrieren konnten. Dies zeigt umso mehr, dass unsere Werkstatt keine Sackgasse ist, sondern es wird deutlich, dass wir den Menschen weiter helfen auf ihrem individuellen Weg durchs (Arbeits-)Leben.

## 7. Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

Die stabile wirtschaftliche Marktsituation bietet die Chance auf gleichbleibende oder gar steigende Umsätze. Die Vielzahl der in der Industriellen Produktion vorzufindenden Arbeiten bietet die Chance durch weitere Optimierungen die Arbeit zu erleichtern und mit weniger Aufwand, die gleichen Mengen zu bewältigen.

Die bisherigen Erfahrungen, das Angebot der Einrichtung auf weitere Personenkreise auszuweiten sollen weiter forciert und ausgebaut werden.



Die erneute Ausschreibung der Arbeiten zur Park- und Landschaftspflege der LWL-Einrichtungen am Standort Lippstadt bietet bei der Gefahr, den Auftrag nicht zu erhalten auch die Chance, die Preise anzupassen und damit zu einer besseren Wirtschaftlichkeit zu gelangen.

Die ins Auge gefasste Reduzierung der Tagessätze bei gleichzeitigen Preis- und Tarifsteigerungen durch den Kostenträger bringt die Gefahr mit sich, ein ausgeglichenes Jahresergebnis und damit langfristig gar den Bestand der Werkstatt - insbesondere wegen der geringen Größe der Einrichtung - zu gefährden.

Risiken bestehen in der weiteren Entwicklung unserer Werkstattbelegung. Entgegen dem bundesweiten Trend ist unsere Belegung seit Jahren rel. stabil - jedoch mit einer leicht sinkenden Tendenz. Dies resultiert einerseits aus dem sehr kleinen Einzugsgebiet unserer Werkstatt und andererseits aus dem zunehmenden Trend der Dezentralisierung und Ambulantisierung im Wohnbereich, der einen Werkstattwechsel nach sich ziehen kann. Nach wie vor haben wir jedoch bezogen auf unsere Anerkennungsgröße von 120 Werkstattplätzen eine geringfügige Überbelegung. Vorgespräche über diese Entwicklung sind mit dem zuständigen Kostenträger geführt worden.

Die fehlende Möglichkeit, die zukünftigen Erstattungen der Agentur für Arbeit bei Vorliegen aller Voraussetzungen zur Refinanzierung von Altersteilzeitfällen als Forderungen einzubuchen, erschwert in den Jahren der Arbeitsphase des Blockmodells die Gewährleistung linearer Ergebnisse.

Die Werkstatt wird auch in absehbarer Zeit alle Beschäftigten mit Arbeit versorgen können. Die wirtschaftliche Situation unserer Werkstatt wird sich in den nächsten Jahren sukzessive wieder verbessern zu einem positiven Jahresergebnis führen.



## 8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nicht vor.

Lippstadt im Juni 2011

Martin Dittmer  
Dipl.-Ing. (FH),  
Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)  
Geschäftsführer





**Jahresabschlüsse der rechtlich selbständigen Stiftungen,  
bei denen der Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
mehrheitlich zum Stiftungskapital beigetragen hat**

## 1. LWL-Kulturstiftung

### A. Erfüllung der Stiftungszwecke in 2010

Die LWL-Kulturstiftung hat in 2010 die Kultur in Westfalen-Lippe auf breiter Basis sowohl im Bereich der bildenden Kunst, der Literatur als auch der landeskundlichen Forschung gefördert. Konkret wurden folgende Projekte unterstützt:

Ausgezählte Fördermittel:

Projekt	Träger	Förderung in €
Germanistisches Institut der WWU Münster, Münster	Niederdeutsch für Westfalen (Historisches digitales Textarchiv)	30.000,00 €
Gesellschaft zur Förderung der westfälischen Kulturarbeit, Münster	Summerwinds, Intern. Holzbläserfestival	50.000,00 €
LWL-Archäologiemuseum, Herne	AufRuhr! Anno 1225	167.500,00 €
LWL-Archäologiemuseum, Herne	Ergänzungsantrag "AufRuhr!Anno 1225"	67.500,00 €
LWL-Industriemuseum, Standort Hattingen	Helden	167.500,00 €
LWL-Industriemuseum, Standort Hattingen	Ergänzungsantrag "Helden.Von der Sehnsucht nach dem Besonderen"	112.500,00 €
LWL-Medienzentrum, Münster	Elisabeth Wilms	12.000,00 €
Kulturamt der Stadt Bottrop	Kulturkanal; Westfälisches Kleinkunst und Musikfest – Ein Projekt der Ruhr 2010	15.000,00 €
Westdeutscher Künstlerbund e.V., Bochum	„Landpartie“ – 32. Gesamtausstellung des Westdeutschen Künstlerbundes 2010	15.000,00 €
Städtische Museen der Stadt Rheine	Ausstellung „In Cruce salus. 800 Jahre Kreuzherrenkunst in Westeuropa“	28.000,00 €
Städtische Museen der Stadt Rheine	Ergänzungsantrag Ausstellung „In Cruce salus. 800 Jahre Kreuzherrenkunst in Westeuropa“	10.000,00 €
LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster	Dissertationsprojekt zu Karl Friedrich Kolbow	12.000,00 €
Lehrstuhl Geschichte und Theorie der Architektur der TU Dortmund	Ausstellung und Katalog „Auf den zweiten Blick – Architektur der Nachkriegszeit in NRW“	20.000,00 €

Westfälischer Kunstverein e.V., Münster	Ausstellungsprojekte „Home Depot“ und Vortragsreihe „Tag um Tag ist ein guter Tag“	45.000,00 €
Josef Albers Museum Quadrat, Bottrop	Ausstellung Alexej und Jawlensky und Josef Albers: Farbe, Abstraktion, Serie	33.833,00 €
Haus der Kamener Stadtgeschichte, Kamen	Ausstellung Mensch und Fluss – 7000 Jahre Freunde und Feinde	40.000,00 €
Integration e.V., Düsseldorf	Palaixbrut – ein „inklusive“ Kunstprojekt für die Region Rhein-Ruhr	50.000,00 €
Biennale für Internationale Lichtkunst gGmbH, Unna	Biennale für Internationale Lichtkunst 2010 - open light in private spaces	60.000,00 €
Fachbereich Weiterbildung und Kultur der Stadt Hattingen	Route der Wohnkultur – Wie wohnt und lebt das Ruhrgebiet	12.700,00 €
LWL-Kulturabteilung, Münster	Kultur in Westfalen-Lippe	100.000,00 €
LWL-Freilichtmuseum Detmold	Themenjahr "Planet Westfalen"	200.000,00 €
Verein Westfalen-Initiative	4. Internationales Orgelfestival Westfalen-Lippe	10.000,00 €
Kulturamt der Stadt Bottrop	Ausstellungsprojekt "Fremde Feinde Freunde - Franzosen in Bottrop und im Land an Emscher und Lippe vom 16. bis 21. Jahrhundert	20.000,00 €
Stadtmuseum Hattingen, Stadt Hattingen	Ausstellung "gesucht, gefunden! Hattinger Helden"	12.000,00 €
Westfälisches Literaturbüro e.V., Unna	Europäischer Preis für Kriminalliteratur "Region trifft Europa. Krimiland Westfalen"	13.000,00 €
Kulturbüro, Kreis Siegen-Wittgenstein in Kooperation mit dem der Univ. Siegen	Europäisches Literaturfestival vielseitig	25.000,00 €
Verband Freie Darstellende Künste NRW e.V., Dortmund	Theaterfestival Favoriten 2010 - 25 Jahre Theaterzweig NRW	15.000,00 €
MARTA Herford gGmbH	Ausstellung "Westfälische Splitter - Spiegelungen des Künstlers Erik Schmidt in der Region Ostwestfalen-Lippe	53.000,00 €
Initiativkreis MOMM, Museum of Modern Music e.V., Dortmund	MOMMENTA - Konzerte in den Häusern der Stadt und des Umlands	20.000,00 €
LWL-Industriemuseum, Zeche Zollern, Dortmund	Internationale Tagung zur Zukunft der Industrie-Kultur	6.000,00 €
Fakultät für Kulturwissenschaften der Universität Paderborn	Wanderausstellung "Kloster und Schloss Corvey als Orte abendländischer Bildungs- und Mediengeschichte"	21.100,00 €
LWL-Kulturabteilung, Münster	Klosterbuch "Klosterlandschaft Westfalen-Lippe"	60.000,00 €

LWL-Museum für Naturkunde, Münster	Ausstellung "Messel on Tour" - Fossile Schätze aus dem UNESCO-Weinaturerbe-Denkmalgrube Messel"	1.15.000,00 €
LWL-Museum für Naturkunde, Münster	Ausstellung "Bionik - Patente der Natur"	98.000,00 €
Europ. Gesellschaft zur Förderung von Kunst und Kultur in der Psychiatrie e.V., Dortmund	Ausstellung "InnenWeltenAußenWelten"	50.000,00 €
Universität Siegen	Sprachatlas Siegen-Wittgenstein: Wiedervorlage des Antrags mit Ergänzung zum "Sprechenden Sprachatlas"	31.500,00 €
Stiftung Kloster Dalheim - LWL-Landesmuseum für Klosterkultur, Lichtenau	Ausstellung "Macht des Wortes" - Benediktinisches Mönchtum im Spiegel Europas"	500.000,00 €
Kunsthalle Bielefeld gGmbH, Bielefeld	Ausstellung "Picasso 1905 in Paris"	500.000,00 €
LWL-Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte, Münster	Ausstellung "Goldene Pracht. Mittelalterliche Schatzkunst in Westfalen"	25.000,00 €
		2.823.133,00 €

## B. Ergebnis

### Mittelherkunft

Der LWL-Kulturstiftung sind in 2010 Spenden in Höhe von 3.510,0 T€ zugeflossen. Daneben konnte die Stiftung im Geschäftsjahr 2010 auf einen Mittelvortrag aus 2009 in Höhe von 5,8 T€ und über sonstige Zinserträge im Wesentlichen aus der Verwaltung eigenen Vermögens in Höhe von 20,1 T€ zurückgreifen.

#### Mittelherkunft 2010 in T€

	2010 (in T€)	2009 (in T€)
Spenden	3.510,0	880,0
Mittelvortrag	5,8	45,3
Zinserträge	20,1	49,1

### Mittelverwendung

Wie im Vorjahr hat die Kulturstiftung den größten Teil ihrer Erträge für die Förderung von Kulturprojekten eingesetzt. So wurden mit rd. 2.823 T€ direkt Projekte in 2010 gefördert. Feste Neuzusagen für Projektförderungen in den Jahren 2010 ff. wurden in Höhe von 156 T€ gegeben. Die Mittel sind entsprechend den gemeinnützigen kulturellen Zwecken der Stiftung verwendet worden. Mit 30,2 T€ sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen für die Verwaltung der Kulturstiftung um 1,5 T€ gestiegen.

#### Mittelverwendung 2010 in T€

	2010 (in T€)	2009 (in T€)
Förderungen	2.823,0	836,0
Verwaltungsaufwand*	136,1	28,7
Rücklage	357,7	103,9
Mittelvortrag	215,8	5,7

\* davon 108,6 T€ Projektkosten für das Eigenprojekt  
„Nachrichtendienst für Westfalen“

Zum 31.12.2010 ist ein Jahresüberschuss in Höhe von 567,8 T€ (Vj.: Jahresüberschuss 64,4 T€) entstanden. Aus diesem Jahresüberschuss und unter Berücksichtigung des Mittelvortrages aus 2009 in Höhe von 5,8 T€ (Vj.: 45,3 T€) führte die Stiftung gem. § 58 Nr. 7a AO den Betrag von 6,7 T€ (1/3 aus dem Überschuss der Vermögensverwaltung) sowie von 351 T€ (zusätzlich 10% ihrer sonstigen zeitnah zu verwendenden Mittel) einer Rücklage zu. Der verbleibende Betrag von 215,8 T€ (Vj.: 5,8 T€) wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Das Stiftungsvermögen ist zum Bilanzstichtag in vollem Umfang erhalten.

**C. Bilanz zum 31. Dezember 2010**

Aktivseite	31.12.2010 €	31.12.2009 €	Passivseite	31.12.2010 €	31.12.2009 €
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Finanzanlagen			I. Stiftungskapital	1.115.810,00	1.115.810,00
1. sonstige Ausleihungen	0,00	500.000,00	davon: Grundstockvermögen: 1.000 T €		
davon: Grundstockvermögen: 500 T €			II. Ergebnisrücklage gem. § 58 Nr. 7 Buchst. a) AO	884.680,00	526.990,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	III. Mittelvortrag	<u>215.850,31</u>	<u>5.783,66</u>
				2.216.340,31	1.648.583,66
<b>B. Umlaufvermögen</b>			<b>B. Rückstellungen</b>		
I. Sonstige Vermögensgegenstände	3.629.945,18	1.344.866,62	Sonstige Rückstellungen	14.300,00	6.000,00
davon: Grundstockvermögen: 500 T €					
II. Guthaben bei Kreditinstituten	34.806,58	617,04	<b>C. Verbindlichkeiten</b>		
			1. Verbindlichkeiten aus Projektzusagen	1.432.006,60	190.900,00
			2. Sonstige Verbindlichkeiten	2.104,85	
			davon aus Steuern: 2.104,85 €		
	<u>3.664.751,76</u>	<u>1.845.483,66</u>		<u>3.664.751,76</u>	<u>1.845.483,66</u>

## D. Gewinn- und Verlustrechnung 2010

	2010	2009
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge.....	0,00	0,00
2. Spendeneinnahmen .....	3.510.000,00	880.000,00
3. Satzungsmäßige Leistungen .....	2.823.133,00	836.000,00
4. Personalaufwand.....	74.378,44	0,00
5. Abschreibungen .....	3.062,11	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen.....	61.744,89	28.687,77
7. Sonstige Zinserträge .....	20.075,09	49.057,59
8. Zinsaufwendungen.....	0,00	0,13
9. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss .....	567.756,65	64.369,69
10. Mittelvortrag aus dem Vorjahr.....	5.783,66	45.263,97
11. Einstellung in Ergebnismrücklagen (gem. § 58 Nr. 7 Buchst. a) AO) .....	357.690,00	103.850,00
12. Mittelvortrag .....	<u>215.850,31</u>	<u>5.783,66</u>

## - Anhang zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2010 -

### I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB für kleine Kapitalgesellschaften erstellt. Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden den Erfordernissen der gemeinnützigen Stiftung in der Postenbezeichnung und Gliederung angepasst bzw. erweitert.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind an den handelsrechtlichen Vorschriften ausgerichtet. Aus der Erstanwendung der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ergaben sich keine bilanziellen Auswirkungen.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31.12.2009 wurden unverändert übernommen.

### II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Die sonstigen Vermögensgegenstände und die liquiden Mittel sind mit dem Nennwert angesetzt. Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Erfüllungsbeträge dotiert. Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nominalwert passiviert.

### III. Erläuterungen zu den Positionen in Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung

#### 1. Bilanzpositionen

- a) Ein weiteres Schuldschein Darlehen über 500 T€ (Verzinsung: 5,80 % p.a.) wurde am 01.07.2010 von der Bank vorzeitig gekündigt und zurückgezahlt. Der Betrag wurde anschließend gemeinsam mit weiterer freier Liquidität als Tages- und Termingeldanlage über die Westfälisch-Lippische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLIV), eine 100%ige Tochtergesellschaft des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, angelegt.
- b) Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen die Anlagen im Geldmarkt, die über die WLIV getätigt wurden.
- c) Der das Grundstockvermögen (1 Mio. €) übersteigende Betrag des Stiftungskapitals in Höhe von rd. 116 T€ resultiert aus Vermögenszuflüssen der ersten beiden Jahre nach Gründung (§ 58 Abs.12 AO).
- d) In Übereinstimmung mit § 58 Nr. 7a AO führte die Stiftung den Betrag von 6.690,00 € (1/3 aus dem Überschuss der Vermögensverwaltung) sowie 351.000,00 € (zusätzlich 10% ihrer sonstigen zeitnah zu verwendenden Mittel) der Ergebnisrücklage zu. Von der Ergebnisrücklage von insgesamt rd. 884 T€ dienen zum Bilanzstichtag rd. 357 T€ der vom Kuratorium am 25.05.2004 beschlossenen Inflationssicherung des Stiftungskapitals.
- e) Die Rückstellungen betreffen die Jahresabschlusskosten.
- f) Die Verbindlichkeiten aus Projektzusagen bestehen für im Geschäftsjahr 2010 zugesagte Mittel für Projektförderungen in Folgejahren.

#### 2. Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

- a) Die Spendeneinnahmen betreffen die Zuweisungen der Kulturstiftung Westfalen-Lippe gemeinnützige GmbH.

- 166
- b) Die satzungsmäßigen Leistungen betreffen Auszahlungen und Zusagen für die im Jahr 2010 geförderten Projekte.
  - c) Für das Eigenprojekt „Nachrichtendienst für Westfalen“ der LWL-Kulturstiftung sind Aufwendungen in Höhe von 108.562,12 € entstanden. Diese Aufwendungen setzen sich zusammen aus den Personalkosten (74.378,54 T€), den Miet- und Raumkosten (20.346,21 T€) und dem sonstigen Aufwand (13.837,37 T€).
  - d) Der Personalaufwand entfällt auf im Jahresdurchschnitt zwei beschäftigte Angestellte für das Projekt „Nachrichtendienst für Westfalen“.
  - e) Die Zinserträge ergeben sich aus den verzinslichen Anlagen im Finanzanlagevermögen sowie aus den kurzfristigen Anlagen innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände.

#### **IV. Haftungsverhältnisse und sonstige Angaben**

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen im Sinne der §§ 251 und 285 Abs. 3 HGB bestehen zum Stichtag nicht.

Der Gesamtbestand der für folgende Jahre unter Finanzierungsvorbehalt zugesagten Mittel beträgt am Bilanzstichtag 2.133 T€

#### **V. Organe der Gesellschaft**

##### 1. Kuratorium

Es setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

##### Mitglieder

Herr Dieter Gebhard, Vorsitzender  
Herr Karl Dittmar, stv. Vorsitzender  
Herr Karl-Heinz Dingerdissen  
Herr Markus Lewe  
Herr Hermann Päuser  
Herr Michael Pavlicic  
Frau Silke Rommel  
Frau Monika Schnieders-Pförtzsch  
Herr Holm Sternbacher

##### Ständiger Gast

Frau Melanie Werner

##### 2. Vorstand:

Herr Dr. Wolfgang Kirsch  
Herr Dr. Fritz Baur (bis zum 31.10.2010)  
Herr Mathias Löb (seit dem 01.11.2010)  
Frau Dr. Barbara Rüschoff-Thale

3. Geschäftsführung:

Frau Dr. Kathrin Höltge  
Herr Bodo Strototte

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Münster, 07.03.2011

Dr. Wolfgang Kirsch

Matthias Löb

Dr. Barbara Rüschoff-Thale



# Glossar zu den Begriffen des doppischen Haushalts im



NEUES KOMMUNALES FINANZMANAGEMENT

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Abschreibung	Betrag, der bei Vermögensgegenständen die eingetretene Wertminderungen erfassen soll und der dementsprechend als →Aufwand (bzw. in der Kostenrechnung als →Kosten) angesetzt wird.	Aktivierung	Siehe →Aktiva.
Aktiva	Summe des →Anlagevermögens, des →Umlaufvermögens und der aktiven →Rechnungsabgrenzungsposten, die auf der linken Seite / Sollseite der →Bilanz aufgeführt werden. Die Aktiva zeigen die konkrete Verwertung der eingesetzten finanziellen Mittel. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Aktiva wird als Aktivierung bezeichnet. Gegensatz: →Passiva.	Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören all die →Vermögensgegenstände, die dazu bestimmt sind, dauerhaft der Aufgabenerfüllung des LWL zu dienen. Das Anlagevermögen setzt sich zusammen aus dem Immateriellen Vermögen, z.B. Konzessionen, den Sachanlagen, z.B. Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie den Finanzanlagen, z.B. Beteiligungen. Gegensatz: →Umlaufvermögen

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Aufwand	Bewerteter → Ressourcenverbrauch einer Rechnungsperiode.	Bilanz	In der Bilanz werden zu einem Stichtag die Vermögenswerte dem Kapital gegenübergestellt.
Ausgabe	Ist-Ausgaben im kameralen Sinne entsprechen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – dem hier verwendeten betriebswirtschaftlichen Begriff der → Auszahlung. Unter Ausgaben werden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement sämtliche Geldvermögensminderungen in barer und unbarer Form verstanden. Hierzu gehören u. a. die Verminderung des Kassenbestandes, die Verminderung des Forderungsbestandes und die Erhöhung des Verbindlichkeitenbestandes.	Buchführung	Auf der Aktivseite wird das → Vermögen mit den zum Stichtag ermittelten Werten aufgeführt, auf der Passivseite werden das → Eigenkapital und die → Schulden dargestellt. Die Bilanz dokumentiert damit auch die Kapitalverwendung (Mittelverwendung) und die Finanzierung (Mittelherkunft). Die Bilanz ist immer ausgeglichen (→ Aktiva = → Passiva).
Auszahlung	Auszahlungen sind Verminderungen des Zahlungsmittelbestandes (Kassenbestände und Bankguthaben).	Buchwert	Alle Geschäftsvorfälle des LWL werden in der Finanzbuchhaltung in wertmäßiger Form erfasst und über einen regelmäßigen jährlichen Abschluss zur → Bilanz, → Ergebnisrechnung und → Finanzrechnung verdichtet (externes bzw. normiertes → Rechnungswesen).
Bargeld	Münzen, Banknoten, fremde Geldsorten.	Deckungsrücklage	In der → Bilanz ausgewiesener Wert eines Aktiv- oder Passivpostens, der nach bestimmten Bewertungsgrundsätzen (vgl. → Bewertung, Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung) gebildet wird.
Bewertung	Verfahren mit dem Ziel, die unter den einzelnen Bilanzpositionen (→ Aktiva und → Passiva) darzustellenden Güter zu bewerten. Bei der Bewertung sind die Bewertungsgrundsätze des NKf zu beachten. Diese orientieren sich weitestgehend am Handelsrecht.		Werden Ermächtigungen für → Aufwendungen in das folgende Haushaltsjahr übertragen, ist in deren Höhe in der → Bilanz unter → Eigenkapital eine zweckgebundene Deckungsrücklage anzusetzen. Diese soll unter der allgemeinen → Rücklage als „davon“-Ansatz gesondert ausgewiesen werden.
Bewirtschaftung	Bewirtschaftung ist die Verwaltung der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel einschließlich der → Verpflichtungsermächtigungen und die Überwachung ihrer Inanspruchnahme.		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Doppik	<p>Abkürzung für doppelte →Buchführung. Im engeren Sinn eine Bezeichnung für die Buchführungstechnik. Im weiteren Sinn steht der Begriff für das kaufmännische →Rechnungswesen insgesamt, einschließlich Ansatz- und Bewertungsregeln und Ressourcenverbrauchskonzept etc.</p> <p>Da im Rahmen der Doppik jeder Geschäftsvorfall doppelt gebucht wird, zuerst im Soll und danach im Haben, ist eine indirekte Kontrollfunktion vorhanden, welche die Buchungssicherheit erhöht.</p>	Einnahme	<p>Ist-Einnahmen im kameralen Sinne entsprechen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – dem hier verwendeten betriebswirtschaftlichen Begriff der →Einzahlungen.</p> <p>Unter Einnahmen werden im Neuen Kommunalen Finanzmanagement sämtliche Geldvermögenszugänge in barer und unbarer Form verstanden. Hierzu gehören u. a. die Erhöhung des Kassenbestandes, die Erhöhung des Forderungsbestandes und die Verminderung des Verbindlichkeitenbestandes.</p>
Eigenkapital	<p>Unter Eigenkapital wird in der Doppik die Differenz zwischen dem →Vermögen (→Aktiva) und den →Schulden (→Verbindlichkeiten und →Rückstellungen) sowie den →Sonderposten verstanden. →Jahresüberschüsse erhöhen und →Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Gegensatz: →Fremdkapital.</p>		
	<p>Das Eigenkapital wird in der Bilanz des LWL wie folgt untergliedert:</p>		
	<ol style="list-style-type: none"> <li>I. Allgemeine →Rücklage</li> <li>II. Sonderrücklage</li> <li>III. Ausgleichsrücklage</li> <li>IV. →Jahresüberschuss / →Jahresfehlbetrag</li> </ol>		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Einzahlung	Einzahlungen sind Zunahmen des Zahlungsmittelbestandes (Kassenbestand, Bankguthaben).	Finanzanlage	Finanzanlagen sind diejenigen Werte des →Anlagevermögens in der →Bilanz, die auf Dauer finanziellen Anlagezwecken (u. a. Wertpapiere) bzw. Unternehmensverbindungen (Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen) dienen. Des Weiteren gehören hierzu Ausleihungen (langfristige Darlehen und Investitionszuschüsse), die der LWL im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung vergibt.
Ergebnisplan	Der Ergebnisplan ist die der →Ergebnisrechnung entsprechende Planungskomponente. Er ist Bestandteil des Haushaltsplans. Die Bezeichnungen der einzelnen Zeilen des Ergebnisplanes und der →Ergebnisrechnung sind identisch. Der Ergebnisplan ist das maßgebliche Instrument für die Feststellung des Haushaltsausgleichs.	Finanzmittel	Siehe → Liquide Mittel.
Ergebnisrechnung	Eine der drei Komponenten des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. →Ertrag (Ressourcenaufkommen) und →Aufwand (→Ressourcenverbrauch) werden einander gegenübergestellt; sie ist daher das Äquivalent zur →Gewinn- und Verlustrechnung des kaufmännischen →Rechnungswesens. Der Saldo der Ergebnisrechnung stellt den →Jahresüberschuss bzw. →Jahresfehlbetrag dar. Ein →Jahresüberschuss erhöht und ein →Jahresfehlbetrag senkt das →Eigenkapital.	Finanzplan	Im Neuen Kommunalen Finanzmanagement wird die Planungskomponente zur →Finanzrechnung als Finanzplan bezeichnet. Der Finanzplan ist Bestandteil des Haushaltsplans. Die Bezeichnungen der einzelnen Zeilen des Finanzplans und der →Finanzrechnung sind grundsätzlich identisch. Der Finanzplan dient vor allem der →Liquiditätsplanung.
Eröffnungsbilanz	Die erstmalig aufgestellte →Bilanz wird als Eröffnungsbilanz bezeichnet. Des Weiteren kann auch die →Bilanz zu Beginn eines Wirtschaftsjahres als Eröffnungsbilanz - auch Anfangsbilanz - bezeichnet werden. Die einzelnen Bilanzpositionen der Eröffnungs-/Anfangsbilanz müssen denen der →Schlussbilanz des abgelaufenen Jahres (Prinzip der Bilanzidentität) entsprechen.	Finanzrechnung	Die Finanzrechnung ist im Neuen Kommunalen Finanzmanagement eine Komponente des →Jahresabschlusses. Sie dient dem Nachweis der empfangenen →Einzahlungen und der geleisteten →Auszahlungen eines Jahres sowie der Änderungen des Bestandes an →Finanzmitteln.
Ertrag	Bewertetes Ressourcenaufkommen einer Rechnungsperiode.	Fremdkapital	Bezeichnung für die in der →Bilanz ausgewiesenen →Schulden (→Verbindlichkeiten und →Rückstellungen) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital dient, wie das Eigenkapital, der Finanzierung des →Vermögens und ist somit eine Passivposition in der →Bilanz. Gegensatz: →Eigenkapital.
		Gewinn	Siehe →Jahresergebnis.

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Gewinn- und Verlustrechnung	Im kaufmännischen →Rechnungswesen wird die der →Ergebnisrechnung entsprechende Rechnung als Gewinn- und Verlustrechnung bezeichnet.	Investitionsmaßnahmen, Nachweis der	Der Nachweis der Investitionsmaßnahmen ist die dem →Plan der Investitionsmaßnahmen entsprechende Komponente des →Jahresabschlusses. Er ist als Teil B Bestandteil der →Teilfinanzrechnung.
Haushaltssatzung	Die Haushaltssatzung ist die Rechtsgrundlage der gemeindlichen Haushaltsführung für ein oder zwei Haushaltsjahr/e. Sie ist eine Pflichtenatzung. Durch die Festsetzung des Haushaltsplanes in der Satzung erhält dieser seine Rechtsverbindlichkeit.	Investitionsmaßnahmen, Plan der	Der Plan der Investitionsmaßnahmen weist alle geplanten →Ein- und →Auszahlungen im Zusammenhang mit Investitionen eines →Produktbereichs oder einer →Produktgruppe aus.
Inventar	Verzeichnis der →Vermögensgegenstände und →Schulden, erstellt durch das Verfahren der →Inventur. Das Inventar ist Grundlage für das Erstellen der →Bilanz.	Jahresabschluss	Dabei werden die erheblichen Investitionen maßnahmenscharf dargestellt. Der Plan der Investitionsmaßnahmen ist als Teil B Bestandteil des →Teilfinanzplans. Beim LWL wurde die Wertgrenze für den Einzelausweis von Investitionsmaßnahmen für mehrjährige und bestimmte einjährige Investitionen auf 250.000 EUR festgelegt.
Inventur	Inventur ist die art-, mengen- und wertmäßige Erfassung aller →Vermögensgegenstände, →Schulden und →Rechnungsabgrenzungsposten, die an einem Stichtag wirtschaftlich zum Unternehmen gehören. Alle körperlichen →Vermögensgegenstände werden durch Zählen, Messen und Wiegen erfasst, alle nicht körperlichen Vermögensteile auf der Grundlage buchhalterischer Aufzeichnungen und Belege.	Jahresabschluss	Der Jahresabschluss stellt das Spiegelbild des Haushaltsplanes dar und dokumentiert das Ergebnis seiner Ausführung. Hauptbestandteile sind die drei Komponenten →Bilanz, →Ergebnisrechnung und →Finanzrechnung. Als Spiegelbild zum →produktorientierten Haushalt enthält der Jahresabschluss →Teilergebnisrechnungen, →Teilfinanzrechnungen und Ist-Werte zu den Produktkennzahlen und Leistungsmengen. Weitere Bestandteile des Jahresabschlusses sind der Anhang mit dem Anlagenspiegel, dem Forderungsspiegel, dem Rückstellungsspiegel und dem Verbindlichkeitspiegel sowie der Lagebericht.

Begriff	Erläuterung
Jahresergebnis	<p>Jahresergebnis ist die Differenz aller → Erträge und → Aufwendungen der Kommune bzw. eines im → pro-duktorientierten Haushalt (bzw. im → Jahresabschluss) abgebildeten → Produktbereichs oder einer dort abge-bildeten → Produktgruppe.</p> <p>Jahresergebnisse werden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in der Planung in Zeile 26 des → Ergebnisplans und in der Zeile 29 der → Teilergebnispläne,</li> <li>- im Jahresabschluss in Zeile 26 der → Ergebnisrech-nung und in der Zeile 29 der → Teilergebnisrech-nungen ausgewiesen.</li> </ul> <p>Falls das Jahresergebnis der Kommune negativ ist, wird es als → Jahresfehlbetrag, falls es positiv ist, als → Jahresüberschuss bezeichnet.</p> <p>Im kaufmännischen → Rechnungswesen wird der → Jahresfehlbetrag auch als → Verlust, der → Jahres-überschuss teilweise als → Gewinn bezeichnet.</p> <p>Der → Jahresfehlbetrag mindert und der → Jahresüber-schuss erhöht das → Eigenkapital.</p>
Jahresfehlbetrag	Siehe → Jahresergebnis.
Jahresüberschuss	Siehe → Jahresergebnis.
Kosten	In Geldeinheiten bewerteter Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen für die Beschaffung, Erstellung und Abgabe von betrieblichen → Leistungen.
Begriff	Erläuterung
Kredite zur Liquidi-tätssicherung	Kredite zur Liquiditätssicherung dienen der Verstärkung des Finanzmittelbestandes zur rechtzeitigen Verfügbar-keit der für die → Auszahlungen erforderlichen → Fi-nanzmittel.
Leistung	<p>Die Leistung entspricht den in Geldeinheiten bewerteten Gütern und Dienstleistungen, die in einer Periode im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit erbracht worden sind. Gegenbegriff: → Kosten.</p> <p>Im Rahmen der Einführung des Neuen Steuerungs-mo-dells (NSM) und bei der Produktdefinition (s. vorläufige Produktleitlinien des LWL) wird dieser Begriff ebenfalls für die Bezeichnung abgeschlossener Arbeitsergeb-nisse verwendet, die inhaltlich zum Spektrum eines Pro-duktes gehören. Eine Leistung wird im Arbeitsprozess i. d. R. durch eine Reihe von Arbeitsschritten erzeugt. Eine Leistung setzt also ihrerseits verschiedene einzel-ne Tätigkeiten voraus.</p>
Liquide Mittel	<p>Die liquiden Mittel umfassen den Bestand an → Bargeld und die Guthaben bzw. Kontokorrentverbindlichkeiten auf Bankkonten.</p> <p>Synonym werden die Begriffe „→ Finanzmittel“, „finanzielle Mittel“ und „→ Zahlungsmittel“ verwendet.</p> <p>In welcher Höhe und durch welche Zahlungsarten sich der Finanzmittelbestand geändert hat, ergibt sich aus der → Finanzrechnung.</p>
Liquidität	Liquidität umschreibt die Fähigkeit, den bestehenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht und betragsgenau nachzukommen.

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Liquiditätsplanung	Ermittlung des Bedarfs an →Finanzmitteln unter Einbeziehung der im →Finanzplan ausgewiesenen →Einnahmen und →Auszahlungen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit.	Produktbereich	Produktbereiche sind die höchste Stufe der Aggregation von →Produkten bzw. →Produktgruppen. Durch das Innenministerium des Landes NRW wurden im Runderlass vom 24.02.05 (Anlage 5 zu § 4 GemHVO) aus Gründen der aufsichtsrechtlichen Nachvollziehbarkeit und der Vergleichbarkeit 17 Produktbereiche als Mindestgliederung des kommunalen Haushalts für verbindlich erklärt.
Nutzungsdauer	Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzung eines Anlagegutes. Hier wird i.d.R. die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer zugrundegelegt. Im Runderlass des Innenministeriums des Landes NRW vom 24.02.05 (Anlage 15 zu § 35 GemHVO) sind gemeindeübergreifend Abschreibungszeiträume weitestgehend festgelegt worden. Siehe auch →Abschreibungen.	Produktbeschreibung	Produktbeschreibungen dienen der Konkretisierung der →Produkte. Sie sind im Rahmen der Produktbildung von den Abteilungen, Einrichtungen und Außenstellen zu erstellen und haben folgende Inhalte:  Organisationseinheit, Bezeichnung und Nummer der →Produktgruppe bzw. des →Produktes, Produktverantwortliche/r, Beschreibung des →Produktes, Auftragsgrundlage, Zielgruppe/n des →Produktes, Produktziele und Kennzahlen des →Produktes.
Output	Output ist das außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit erkennbare und nachgefragte Ergebnis der Produktion der Organisationseinheit.	Produktgruppe	→Produkte werden thematisch (u. a. nach Zielgruppen, Objekten) zu Produktgruppen zusammengefasst. Da die →Produkte regelmäßig zu zahlreich und zu detailliert für die Gliederung des Haushalts sind, hat sich der LWL entschieden, die Produktgruppen als Gliederungsebene für den doppelischen Haushaltsplan zu wählen.  In den Produktgruppen werden neben dem →Teilergebnis- und dem →Teilfinanzplan eine Kurzbeschreibung sowie eine Übersicht der zugehörigen →Produkte mit deren Zielen ausgewiesen. Zu den einzelnen →Produkten werden Kennzahlen und Leistungsmengen dargestellt. Darüber hinaus wird bei den Produktgruppen ein Stellenplanauszug ausgewiesen.
Passiva	Summe von →Eigenkapital einschließlich →Rücklagen, von →Sonderposten, →Rückstellungen und weiteren →Verbindlichkeiten sowie passiven →Rechnungsabgrenzungsposten, die auf der rechten Seite / Habenseite der →Bilanz aufgeführt werden. Die Passivseite einer →Bilanz gibt somit Auskunft über die Mittelherkunft.		
Pensionsrückstellungen	Pensionsanwartschaften stellen ungewisse Verbindlichkeiten dar, für die →Rückstellungen gebildet werden müssen.		
Produkt	Ein Produkt ist das Endergebnis eines internen Leistungsprozesses einer produzierenden Organisationseinheit für externe oder interne „Kunden“. Das Produkt ist Träger aller für Planung, Vollzug und Rechenschaftslegung relevanten Informationen.  Das Produkt ist grundsätzlich der Kostenträger, dem der →Ressourcenverbrauch (→Kosten) und Erlöse sowie Transferzahlungen zugeordnet werden können.		

Begriff	Erläuterung	Erläuterung
Produktorientierter Haushalt	Produktorientierter Haushalt ist der Teil eines Haushaltsplans, in dem für jedes Element der vorgegebenen Ebene (also für den LWL die →Produktgruppen) jeweils ein →Teilergebnisplan, ein →Teilfinanzplan mit dem dazugehörigen Plan der →Investitionsmaßnahmen und eine Übersicht über die →Produkte abgebildet werden.	Rechnungswesen Das Rechnungswesen dient der Abbildung und Steuerung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger betrieblicher Tatbestände und Vorgänge. Mit Hilfe verschiedener Begriffe und Begriffspaare lassen sich bestimmte Zwecke erreichen. →Ein- und →Auszahlungen informieren über →Liquidität, →Erträge und →Aufwendungen über das →Jahresergebnis, →Leistungen und →Kosten über die Wirtschaftlichkeit des Betriebsprozesses, →Aktiva und →Passiva über →Vermögen und Kapital.
Produktrahmen	Entsprechend dem Runderlass des Innenministeriums des Landes NRW vom 24.02.05 (Anlage 5 zu § 4 GemHVO) werden die verbindlich vorgeschriebenen 17 →Produktbereiche dargestellt und die Zuordnung der fachlichen Verwaltungsaufgaben und der wirtschaftlichen Betätigungen zu den jeweiligen →Produktbereichen geregelt.	Im NKF wird zwischen dem normierten und dem nicht normierten Rechnungswesen unterschieden. Der Haushaltsplan und der →Jahresabschluss bilden das normierte Rechnungswesen. Die interne Kosten- und Leistungsrechnung wird als nicht normiertes Rechnungswesen bezeichnet.
Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)	Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite →Ausgaben vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie →Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Auf der Passivseite sind als Rechnungsabgrenzungsposten →Einnahmen vor dem Abschlussstichtag auszuweisen, soweit sie →Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.	Ressourcenverbrauch Verbrauch von Gütern, Arbeitsleistungen und Dienstleistungen.
		Ressourcenverbrauchs-konzept Das dem ehemaligen Haushaltsrecht zu Grunde liegende Konzept der kameralistischen Einnahme- und Ausgaberechnung wird im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements durch das Ressourcenverbrauchs-konzept abgelöst, um dem kommunalen Haushaltsrecht eine periodengerechte Ausweisung des vollständigen →Ressourcenverbrauchs zu ermöglichen.

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Rücklage	<p>Rücklagen sind Teil des →Eigenkapitals. Sie sind die Differenz zwischen →Aktiva und allen übrigen →Passiva. Änderungen der Rücklage ergeben sich durch →Jahresüberschüsse und durch →Jahresfehlbeträge in der →Ergebnisrechnung</p> <p>Der hier definierte Begriff „Rücklage“ hat eine andere Bedeutung als der kamerale Rücklagenbegriff. Rücklagen im Sinne der hier verwendeten Definition stellen keine →Finanzmittel oder Liquiditätsreserven dar. Diese sind vielmehr der Aktivseite der →Bilanz zu entnehmen.</p>	Sonderposten	<p>Sonderposten werden als Bilanzposten zwischen dem →Eigenkapital und den →Rückstellungen ausgewiesen. Hierdurch soll verdeutlicht werden, dass der Sonderposten eine Zwitterstellung zwischen →Eigenkapital und →Fremdkapital innehat.</p> <p>Die kommunale →Bilanz unterscheidet folgende vier Sonderposten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sonderposten für (investive) Zuwendungen</li> <li>- Sonderposten für Beiträge</li> <li>- Sonderposten für den Gebührenaussgleich</li> <li>- Sonstige Sonderposten</li> </ul> <p>Der Sonderposten dient u. a. als Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung von Drittmitteln.</p>
Rückstellung	<p>Mit Hilfe von Rückstellungen werden jene Vorgänge im →Rechnungswesen des laufenden Rechnungsjahres abgebildet, die wirtschaftlich betrachtet im laufenden Rechnungsjahr verursacht wurden und somit als →Aufwand zu betrachten sind; sie führen aber erst in einer späteren Periode zu einer →Auszahlung bzw. Minus der →einzahlung. Dabei sind die Beträge sowohl ihrer Höhe nach und/oder dem Fälligkeitszeitpunkt nach ungewiss. Rückstellungen mindern den Erfolg der Periode, in der sie gebildet werden, sind aber in dieser Periode nicht liquiditätswirksam, da noch keine Zahlung erfolgt ist. Sie stellen eine Verpflichtung dar und werden deshalb als →Fremdkapital betrachtet und als solches in der →Bilanz auf der Passivseite ausgewiesen.</p>	Teilergebnisplan	<p>Der Teilergebnisplan ist die der →Teilergebnisrechnung entsprechende Planungskomponente. Der Teilergebnisplan enthält die von der Landschaftsversammlung bewilligten →Aufwendungen und die voraussichtlichen →Erträge für die →Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die →Produktgruppen. Der Teilergebnisplan entspricht in Form und Aufbau der →Teilergebnisrechnung.</p>
Schlussbilanz	<p>Typisches Beispiel für Rückstellungen sind →Pensionsrückstellungen.</p>	Teilergebnisrechnung	<p>Für die →Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die →Produktgruppen ist im →produktorientierten Haushalt im →Jahresabschluss eine Teilergebnisrechnung zu erstellen. Sie enthält die →Aufwendungen und →Erträge des →Produktbereiches, des Dezernatsbudgets bzw. der →Produktgruppe.</p>
Schulden	<p>→Bilanz am Ende einer Rechnungsperiode.</p> <p>Schulden sind sämtliche →Verbindlichkeiten. Sie sind in der →Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Im bilanziellen Sinne umfassen Schulden auch →Rückstellungen.</p>		

Begriff	Erläuterung	Begriff	Erläuterung
Teilfinanzplan	Der Teilfinanzplan einschließlich des Planes der → Investitionsmaßnahmen stellt die der → Teilfinanzrechnung entsprechende Planungskomponente dar. Der Teilfinanzplan enthält die von der Landschaftsversammlung bewilligten → Auszahlungen und die voraussichtlichen → Einzahlungen für die → Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die → Produktgruppen. Der Teilfinanzplan entspricht in Form und Aufbau der → Teilfinanzrechnung.	Verbindlichkeit	Verbindlichkeiten sind alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Zahlungsverpflichtungen. Verbindlichkeiten sind in der → Bilanz mit ihrem Rückzahlungsbetrag anzusetzen. Sie sind dem → Fremdkapital zuzuordnen.
Teilfinanzrechnung	Für die → Produktbereiche (summarisch), die Dezernatsbudgets (summarisch) und die → Produktgruppen ist im → produktorientierten Haushalt im → Jahresabschluss eine Teilfinanzrechnung einschließlich eines Nachweises der → Investitionsmaßnahmen zu erstellen. Sie enthält die → Auszahlungen und → Einzahlungen des → Produktbereiches, des Dezernatsbudgets bzw. der → Produktgruppe.	Verlust	Siehe → Jahresergebnis.
Transferaufwand	Leistung des LWL an Dritte, die nicht auf einem Leistungsaustausch beruht (z.B. Sozialhilfe, Jugendhilfe).	Vermögen	Das Vermögen ist die Summe aller → Vermögensgegenstände. Es wird auf der Aktivseite der → Bilanz ausgewiesen.
Transferertrag	Leistung von Dritten an den LWL, die nicht auf einem Leistungsaustausch beruht (z.B. Rückzahlungen von Sozial- und Jugendhilfe).	Vermögensbewertung	Siehe → Bewertung.
Umlaufvermögen	Sammelbezeichnung für → Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen und nicht → Rechnungsabgrenzungsposten sind. Gegensatz: → Anlagevermögen. Zum Umlaufvermögen gehören z.B. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Vorräte, Forderungen.	Vermögensgegenstand	Es gibt hierfür keine einheitliche Definition. Jedoch besteht überwiegend Einigkeit darin, dass zu den Vermögensgegenständen alle Güter gehören, die selbstständig veräußerbar und selbstständig bewertbar sind.
		Man unterscheidet Vermögensgegenstände des → Anlagevermögens und Vermögensgegenstände des → Umlaufvermögens.	
		Verpflichtungsermächtigungen	Verpflichtungsermächtigungen sind Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsauszahlungen künftiger Haushaltsjahre.
		Zahlungsmittel	Siehe → liquide Mittel.
		Zuwendungen / Zuweisungen / Zuschüsse	Der Begriff Zuwendungen wird als Oberbegriff für Zuweisungen und Zuschüsse verwendet. Unter Zuweisungen versteht man die Übertragung finanzieller Mittel innerhalb des öffentlichen Bereichs. Zuschüsse sind zwischen dem öffentlichen Bereich und dem unternehmerischen oder übrigen Bereich und umgekehrt übertragene → Finanzmittel.